

LIVE

RKI-CHEF WIELER

„Wenn wir Impfungen nicht steigern, kann vierte Welle fulminanten Verlauf nehmen“

Stand: 11:51 Uhr

RKI-Chef Wieler warnt vor einem drastischen Verlauf der vierten Welle in diesem Winter. Die Zahl der Impfungen müsse dringend gesteigert werden. Gesundheitsminister Spahn sprach von einer Welle der Ungeimpften, eine „Impfwoche“ soll nun niedrigschwellige Angebote bieten. Mehr im Live-Ticker.

Der Chef des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, warnt vor einem gefährlichen Verlauf der neuen Corona-Welle. „Wenn es uns nicht gelingt, die Impfungen drastisch zu steigern, dann kann die aktuelle vierte Welle einen fulminanten Verlauf nehmen“, sagt er in Berlin.

Die Intensivbetten-Belegung habe sich in den letzten beiden Wochen fast verdoppelt. „Auch auf den Intensivstationen wird der Altersdurchschnitt immer jünger.“ Auch daher müsse es mehr Impfungen geben. „Sie sind unsere Chance, die Pandemie zu beenden.“ Derzeit sind in Deutschland etwas über 60 Prozent der Menschen vollständig geimpft. „Wir haben es immer noch in der Hand, wie sich diese Welle entwickelt.“

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) ruft ab kommendem Montag zu einer „gemeinsamen Impfwoche“ auf. Bund, Länder und Kommunen sollten dann ihre Anstrengungen in der Impfkampagne vor Ort bündeln, sagt Spahn in Berlin. In den sozialen Medien läuft die Aktion unter dem Hashtag [hierwirdgeimpft](#), zudem gibt es eine gleichnamige Internetseite. Impfen bleibe eine persönliche Entscheidung. „Aber es ist auch eine Entscheidung, die andere betrifft“, sagt Spahn. „Was wir gerade sehen, ist eine Pandemie der Ungeimpften.“ Auch auf den Intensivstationen lägen zumeist, mit rund 95 Prozent, Covid-19-Patienten, die nicht geimpft seien.

Alle Entwicklungen im Liveticker

DAS IST PASSIERT

11:26

„Wenn wir Impfungen nicht steigern, kann 4. Welle fulminanten Verlauf nehmen“

07:15	<u>Quarantäne-Entschädigung kostet mehrere Hundert Millionen Euro</u>
07.09.2021	<u>Drei Bewohner von Seniorenheim nach Drittimpfung reanimiert - eine Person stirbt</u>
07.09.2021	<u>Intensivstationen in Schweiz zu 80 Prozent ausgelastet - Debatte über nachrangige Behandlung von Ungeimpften</u>
07.09.2021	<u>Biontech-Impfung schützt Schwangere gut vor Infektion</u>
07.09.2021	<u>Neun von zehn corona-infizierte Kinder wegen anderer Diagnose in Klinik</u>
07.09.2021	<u>Kuba impft flächendeckend Zwei- bis Elfjährige - Vakzine von WHO nicht anerkannt</u>
06.09.2021	<u>Laschet für Auskunftspflicht zu Impfstatus in allen Betrieben</u>
06.09.2021	<u>Ostbeauftragter warnt vor stark steigenden Fallzahlen</u>
05.09.2021	<u>Til Schweiger nennt Impfung bei Kindern „entsetzlich“</u>

11:47

Gewerkschaften gegen Auskunftspflicht zu Impfschutz in Betrieben

Arbeitnehmer sollten nach Meinung der Gewerkschaften IG Metall und IG BCE nicht gezwungen werden, ihren Corona-Impfstatus dem Arbeitgeber offenzulegen. Man erteile der von Arbeitgeberseite geforderten allgemeinen Auskunftspflicht eine klare Absage, teilten die Gewerkschaftschefs Jörg Hofmann und Michael Vassiliadis am Mittwoch gemeinsam mit. Man halte es aber für sinnvoll, dass die Beschäftigten ihren jeweiligen Status den Arbeitgebern freiwillig offenlegten. Auch riefen die beiden Gewerkschaften alle Beschäftigten auf, sich impfen zu lassen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sollten die Arbeitgeber weiterhin kostenlose Tests zur Verfügung stellen, damit auch Ungeimpfte diskriminierungsfrei ihrer Arbeit nachgehen könnten. Diese 3G-Lösung sei der richtige Weg. Einen 2G-Zugang ausschließlich für Geimpfte und Genesene lehnten die Gewerkschaften ab. „Den Beschäftigten muss es weiterhin möglich sein, auch durch Tests nachzuweisen, dass sie niemanden

gefährden. Die betrieblichen Hygienekonzepte unterliegen der Mitbestimmung“, erklärte IG-Metall-Chef Hofmann.

11:46

Handel unterstützt Impfkampagne

Auch der Einzelhandel unterstützt die Impfkampagne. „Der Handel steht für Leben statt Lockdown“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes HDE, Stefan Genth, bei einer Pressekonferenz mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Berlin. Der Handel wolle einen „Aufbruch in eine Zeit, in der wir mit dem Virus leben, leben müssen.“ Bislang seien in Einkaufszentren bundesweit bereits mehr als 100.000 Impfdosen verabreicht worden. Der Handel wolle diese Kampagne nun ausweiten. Laut Genth konnten mehr als 100.000 Impfdosen im Einzelhandel beim Einkaufen verabreicht werden.

KiK-Chef Patrick Zahn, der sich mit der Kik-Kette an der Impfkaktion beteiligt, sprach davon, dass er vor allem bei jungen Frauen Fragezeichen bei der Impfung sehe. Die Frauen machten sich Sorgen um ihre Fruchtbarkeit. Es gebe keine völlige Ablehnung von Impfungen, es bedürfe aber mehr Aufklärung.

11:46

Lehrerverbände befürchten wegen vierter Corona-Welle Fernunterricht

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft rechnet damit, dass wegen mangelnder Corona-Schutzmaßnahmen im Herbst wieder Schulen schließen müssen. „Meine Befürchtung ist, dass wir im Herbst wieder über Fernunterricht reden werden“, sagte GEW-Landeschefin Monika Stein am Mittwoch in Stuttgart. Die Verantwortung dafür liege bei Bund, Land und Kommunen, die nicht genügend in Schutzmaßnahmen investiert hätten. „Alle drei haben zu wenig dafür getan, Schulen so sicher wie möglich zu machen.“

Auch der Vorsitzende des Berufsschullehrerverbands im Land, Thomas Speck, sagte: „Meiner Meinung nach ist der Präsenzunterricht gefährdet.“ Beide kritisierten, dass es

noch immer kaum Luftfilter in den Schulen gebe.

11:26



"Wenn wir Impfungen nicht steigern, kann 4. Welle fulminanten Verlauf nehmen"

Der Chef des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler, warnt vor einem gefährlichen Verlauf der neuen Corona-Welle. „Wenn es uns nicht gelingt, die Impfungen drastisch zu steigern, dann kann die aktuelle vierte Welle einen fulminanten Verlauf nehmen“, sagt er auf einer Pressekonferenz in Berlin. Die Intensivbetten-Belegung habe sich in den letzten beiden Wochen fast verdoppelt. „Auch auf den Intensivstationen wird der Altersdurchschnitt immer jünger.“ Auch daher müsse es mehr Impfungen geben. „Sie sind unsere Chance, die Pandemie zu beenden.“ Derzeit sind in Deutschland etwas über 60 Prozent der Menschen vollständig geimpft. „Wir haben es immer noch in der Hand, wie sich diese Welle entwickelt.“ Zwischen Januar und Juli hätten Impfungen bislang rund 77.000 Krankenhaus-Einweisungen verhindert.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ruft ab kommendem Montag zu einer „gemeinsamen Impfwoche“ auf. Bund, Länder und Kommunen sollten dann ihre Anstrengungen in der Impfkampagne vor Ort bündeln, sagt Spahn in Berlin. In den sozialen Medien läuft die Aktion unter dem Hashtag hierwirdgeimpft, zudem gibt es eine gleichnamige Internetseite. Impfen bleibe eine persönliche Entscheidung. „Aber es ist auch eine Entscheidung, die andere betrifft“, sagt Spahn. „Was wir gerade sehen, ist eine Pandemie der Ungeimpften.“ Auch auf den Intensivstationen lägen zumeist Covid-19-Patienten, die nicht geimpft seien. Mit der derzeitigen Impfquote sei nicht sichergestellt, dass im Winter das Gesundheitswesen nicht wieder stark belastet werde.

Auf die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Impfquote und Wahlverhalten gebe, sagte Spahn, dass es schon Erkenntnisse gebe, dass Querdenker sich weniger impfen ließen. In dem Zusammenhang sagte er zu den Imp fzahlen: „Die Impfquote in Bremen ist 30 Prozent höher als in Sachsen.“ Spahn lobte die Impfkampagnen in Bremen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und Schleswig-Holstein, in denen die Quote bei den Erstimpfungen laut Statistischem Bundesamt bei über 70 Prozent liegt.

Wieler sagte auf Nachfrage, er sehe noch nicht, dass die Inzidenzen sinken. Dass die hohen Inzidenzen unter Ungeimpften daran lägen, dass die Geimpften sich nicht testen lassen, lehnte Wieler als Überlegung ab. Es werden diejenigen vor allem getestet, die Symptome haben - Geimpfte und Ungeimpfte. Auch Spahn sagte, er blicke dabei vor allem auf die Intensivstationen und dort lägen mehr als 90 Prozent Ungeimpfte.

Spahn sagte, es brauche noch rund fünf Millionen Impfungen, damit die Impfquote bei den 12- bis 59-Jährigen bei 75 Prozent liege und bei den über 60-Jährigen bei 90 Prozent.

10:59

Hilfsorganisation startet Corona-Massentest in Bangkoks größtem Slum

Auch Thailand kämpft derzeit gegen eine dritte Corona-Infektionswelle – Schnelltests zur Feststellung einer Infektion sind für arme Familien in dem südostasiatischen Land aber kaum erschwinglich. Diesem Problem hat sich die Hilfsorganisation Bangkok Community Help Foundation angenommen: Sie startete einen Massentest im größten Slum der Hauptstadt Bangkok, in dem rund 100.000 Menschen auf engstem Raum zusammenleben.

Fast tausend Menschen in dem Slum Khlong Toei seien in den vergangenen Tagen bereits getestet worden, sagte Friso Poldervaart von der Hilfsorganisation der Nachrichtenagentur AFP. „Dort leben viele Menschen in sehr engen Räumen“, sagte Poldervaart. In vielen Fällen lebten zehn Menschen auf 20 Quadratmetern. „Das bedeutet, wenn jemand Covid hat, dann haben die anderen es auch.“

10:58

DEL-Chef Tripcke fordert Fortführung der Corona-Staatshilfen

Die Deutsche Eishockey Liga fordert die Fortsetzung der Corona-Staatshilfen über das Jahresende hinaus. „Wenn Beschränkungen bei den Zuschauern bleiben, wäre es

wichtig, dass die Hilfen bis Saisonende 2021/22 weitergezahlt werden“, sagte DEL-Geschäftsführer Gernot Tripcke der „Sport Bild“.

Für die Jahre 2020 und 2021 soll jeder Club bis zu 1,8 Millionen Euro für ausgefallene Ticketeinnahmen aufgrund des Lockdowns in der Coronavirus-Pandemie erhalten. Die Unterstützung läuft zum Jahresende aus. „Außerdem hoffen wir, dass auch die bisherige Obergrenze von 1,8 Millionen Euro pro Club noch einmal angehoben wird. Der vom Bund zur Verfügung gestellte Topf würde definitiv reichen“, sagte Tripcke.

10:57

Mehr Krankenhausinfektionen seit Beginn von Corona-Pandemie

Die Zahl der Krankenhausinfektionen in Deutschland ist in der Corona-Pandemie gestiegen. Wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Barmer-Krankenhausreport hervorgeht, gab es seit Pandemiebeginn bis zum Ende vergangenen Jahres deutschlandweit etwa 34.000 zusätzlich Infizierte und bis zu 1300 weitere Todesfälle aufgrund einer sogenannten nosokomialen Infektion.

Darunter versteht man eine Infektion, die im Zusammenhang mit einer medizinischen Behandlung zum Beispiel in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder auch ambulanten Praxen erfolgte. Beispiele sind Wundinfektionen nach Operationen, Infektionen durch Katheter oder Harnwegsinfektionen.

09:33

GEW will Schüler auch mit einem „Döner-Gutschein“ zum Impfen bringen

Der Weg zur Impfung kann nach Einschätzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auch über Appetit und Magen gehen. Um die Impfquote bei den Schülerinnen und Schülern im Südwesten zu erhöhen, seien Kreativität und Ideen des Gesundheitsministeriums um Minister Manne Lucha (Grüne) gefragt. „Wie wäre es zum Beispiel mit einem Lucha-Schüler*innen-Döner-Gutschein für jede geimpfte Person ab zwölf Jahren?“, schlägt die GEW-Landeschefin Monika Stein vor.

Es reiche nicht, wenn die Schulleitungen vom Kultusministerium Internet-Links zum Thema Impfen zugesandt bekämen, sagte sie vor einer Pressekonferenz der Bildungsgewerkschaft an diesem Mittwoch. Sie empfiehlt zudem leicht verständliche Flugblätter zum Impfen für Jugendliche und deren Eltern an den weiterführenden Schulen. Diese könnten am ersten Schultag verteilt werden.

09:25

Menschen im Norden Englands härter von Corona-Pandemie betroffen

Die Menschen im Norden Englands sind einer Untersuchung zufolge bislang härter von der Corona-Pandemie betroffen als der Rest ihrer Landsleute. Sie verbrachten im Schnitt rund anderthalb Monate mehr in Lockdowns, hatten mehr psychische Leiden sowie ein größeres Risiko, an Covid-19 zu sterben, wie aus einer am Mittwoch veröffentlichten Auswertung der Northern Health Science Alliance hervorgeht.

Die Sterberate an Covid-19 lag im Norden demnach 17 Prozent höher als im Rest des größten britischen Landesteils, in Pflegeheimen sogar 26 Prozent höher. Da die Corona-Lockdowns in England zeitweise abhängig von der regionalen Infektionslage verhängt wurden, verbrachten die Menschen im Norden Englands durchschnittlich 41 Tage länger unter harten Beschränkungen. Die Studienautoren führen die Unterschiede zu großen Teilen auf eine größere Armut in der Region sowie einen schlechteren Gesundheitszustand der Bürgerinnen und Bürger bereits vor dem Ausbruch der Pandemie zurück.

08:37

Kinderhilfswerk fordert Impfung aus Rücksicht auf Kinder

Angesichts drohender Corona-Einschränkungen im Herbst fordert der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks, Thomas Krüger, von allen Erwachsenen, sich mit Rücksicht auf die Kinder impfen zu lassen. „Es ist vollkommen rücksichtslos, sich nicht impfen zu lassen“, sagte Krüger der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Den Kindern

sei in den vergangenen Monaten durch die Schließung von Schulen und Kitas schon sehr viel abverlangt worden, um die Älteren zu schützen, obwohl sie selbst weniger zu den Treibern der Pandemie gehörten. Viele litten an psychischen Beeinträchtigungen, Bewegungsmangel und Übergewicht, warnte Krüger.

Jetzt müsse die Rücksichtnahme auch mal in die andere Richtung gehen: „Nun fordern wir als Kinderrechtsorganisation mit der gleichen Vehemenz von den Erwachsenen ein, sich impfen zu lassen, um die Kinder zu schützen“, sagte Krüger. „Derzeit rollt die vierte Welle an Corona-Infektionen auf uns zu. Je mehr Erwachsene und auch je mehr Jugendliche ab zwölf Jahren geimpft sind, desto größer ist die Chance, diese Welle zu brechen.“

07:15



Quarantäne-Entschädigung kostet mehrere Hundert Millionen Euro

Die Bundesländer haben seit Beginn der Corona-Pandemie mehrere Hundert Millionen Euro an Entschädigungen für Verdienstaufschläge durch eine Quarantäne gezahlt. Wie eine Umfrage des Evangelischen Pressedienstes (epd) unter den Ländern ergab, wurden mehr als 450 Millionen Euro dafür ausgegeben. Die höchste Summe an Entschädigungszahlungen kam in Nordrhein-Westfalen zusammen. Nach Angaben des dortigen Sozialministeriums wurden rund 120 Millionen Euro dafür aufgewendet. Die Summen variieren aber erheblich von Land zu Land: Bremen entschädigte betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beispielsweise in Höhe von rund 4,7 Millionen Euro, Rheinland-Pfalz zahlte etwa 15,8 Millionen Euro, Sachsen 25,1 Millionen Euro, Bayern 83 Millionen Euro.

Die Summe aus insgesamt 13 Bundesländern liegt bei rund 458 Millionen Euro. Niedersachsen, Thüringen und das Saarland machten keine Angaben.

07:14

Bericht: Verheerende Auswirkung von Covid-19 auf andere Krankheiten

Die Covid-19-Pandemie wirkt sich katastrophal auf den Kampf gegen andere tödliche Krankheiten aus. Das berichtete der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria am Mittwoch in Genf. Betroffen seien vor allem Tuberkulose- und Aids-Patienten – bei beiden Krankheiten sei die Zahl der Behandlungen und Tests infolge der Pandemie deutlich gesunken. „Die Covid-19-Pandemie hatte verheerende Auswirkungen auf den Kampf gegen Aids, Tuberkulose und Malaria im Jahr 2020.“

Dem Bericht zufolge sank im Jahr 2020 die Zahl der gegen Arzneimittel resistenten Tuberkulose behandelten Menschen in den Ländern, in die der Fonds investiere, um 19 Prozent. Auch die Zahl der Menschen, die mit Aids-Präventionsprogrammen erreicht worden seien, sei im Vergleich zu 2019 um 11 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der HIV-Tests sei um 22 Prozent zurückgegangen, was den Beginn einer Behandlung in den meisten Ländern verzögert habe. Der Kampf gegen Malaria sei durch Covid-19 nicht ganz so stark betroffen gewesen, hieß es weiter. Allerdings sei die Zahl der getesteten Malariaverdachtsfälle um 4,3 Prozent zurückgegangen.

06:09

Corona-Zahlen in Neuseeland sinken - Lockdown weitgehend aufgehoben

Neuseeland hat den landesweiten Corona-Lockdown nach drei Wochen weitgehend wieder aufgehoben. Die Zahl der Neuinfektionen war in den vergangenen Tagen im Vergleich zum August deutlich gesunken. Am Mittwoch meldeten die Gesundheitsbehörden zum vierten Mal in Folge etwa 20 Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden. Vor einigen Wochen lag die Zahl kurzzeitig bei über 80. Lediglich in der Millionenstadt Auckland, dem Epizentrum des derzeitigen Ausbruchs, sollen die Beschränkungen zunächst weiter gelten.

06:03

Studie: Wenige Betriebe kürzen wegen Kurzarbeit den Urlaub

Ein Großteil der Unternehmen in Deutschland hat einer Studie zufolge darauf verzichtet, den Jahresurlaub von Beschäftigten in Kurzarbeit zu kürzen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg fand in seiner Untersuchung heraus, dass nur jeder neunte Betrieb Urlaubstage seiner kurzarbeitenden Mitarbeitenden strich – vor allem Unternehmen mit hohem Arbeitsanfall.

Aktuell ist noch nicht abschließend geklärt, ob Kurzarbeit zu geringeren Urlaubsansprüchen führen kann, wenn an weniger Tagen oder gar keine Arbeit geleistet wird. Der Europäische Gerichtshof hatte diese Sichtweise mit europäischen Recht vereinbar erklärt. Nach deutschem Recht gab es zuletzt unterschiedliche Urteile. Im November muss nun das Bundesarbeitsgericht entscheiden.

04:35

RKI registriert 13.565 Corona-Neuinfektionen - Inzidenz bei 82,7

Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen ist erneut leicht gefallen. Nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) vom Mittwochmorgen lag sie bei 82,7 – am Vortag hatte der Wert bei 83,8 gelegen, vor einer Woche bei 75,7. Die Gesundheitsämter in Deutschland meldeten dem RKI binnen eines Tages 13.565 Corona-Neuinfektionen. Das geht aus Zahlen hervor, die den Stand des RKI-Dashboards von 04:09 Uhr wiedergeben. Vor einer Woche hatte der Wert bei 13 531 Ansteckungen gelegen.

04:34

Ärztepräsident Reinhardt fordert Neustart der Corona-Impfkampagne

Ärztepräsident Klaus Reinhardt fordert einen Neustart der Corona-Impfkampagne. „Die Impfquote ist in ganz Deutschland zu niedrig, insbesondere aber in den östlichen Bundesländern“, sagte Reinhardt der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Das sei mit Blick auf den Herbst und Winter bedenklich.

Viele Ungeimpfte seien keine überzeugten Impfverweigerer. „Um diese Unentschlossenen zu erreichen, muss die Impfkampagne in Deutschland komplett neu

aufgestellt werden“, sagte der Präsident der Bundesärztekammer. Die Aufforderung „Ärmel hoch“ habe anfangs genützt. „Jetzt aber brauchen wir viel zielgenauere Kommunikationsmaßnahmen und niedrigschwellige Impfangebote.“ Gefragt seien kreative Konzepte.

03:27

Venezuela erhält erste Lieferung Corona-Impfstoffe von Covax-Initiative

Venezuela hat nach monatelangen Kontroversen eine erste Lieferung Corona-Impfstoffe von der internationalen Impfinitiative Covax erhalten. Die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (Paho) bestätigte am Dienstag die Lieferung der fast 700.000 Impfdosen des chinesischen Herstellers Sinovac. Insgesamt soll das Land 12 Millionen Dosen via Covax erhalten. Zuvor hatte es Streitigkeiten um die Bezahlung der Lieferungen gegeben.

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hatte Sanktionen der USA für Verzögerungen bei der Zahlung der 120 Millionen Dollar (100 Millionen Euro) verantwortlich gemacht. Im Juli stellte Maduro der zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehörenden Paho sogar ein Ultimatum: „Entweder ihr schickt uns die Impfstoffe oder gebt uns das Geld zurück“.

02:07

Virologe Dittmer warnt vor Überlastung der Intensivstationen

Der Direktor der Virologie am Universitätsklinikum Essen hat angesichts steigender Inzidenzzahlen bei Ungeimpften vor einer Überlastung der Intensivstationen gewarnt. „Wir machen uns langsam das Gesundheitssystem kaputt“, sagte Ulf Dittmer der Düsseldorfer „Rheinischen Post“. Die Kräfte in den Intensivstationen kämen angesichts der steigenden Fallzahlen wieder an ihre Grenze.

01:24

Kinderärzte: Lehrer sollten Auskunft über eigene Impfung geben müssen

Die Länder sollten ihre Lehrer aus Sicht von Kinder- und Jugendärzten dazu verpflichten, Auskunft über ihren Corona-Impfstatus zu geben. „Inzwischen zeigt man bei jedem Restaurant- und Kinobesuch seinen Impfausweis. Warum soll das nicht auch in der Schule möglich sein, wo es ein wichtiger Baustein für die Sicherheit unserer Kinder wäre?“, sagte Axel Gerschlauer, Sprecher des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte Nordrhein (BVKJ) der „Rheinischen Post“ (Mittwoch).

Der Bundestag hatte am Dienstag beschlossen, dass Arbeitgeber von Beschäftigten in Kitas, Schulen und Pflegeheimen künftig Auskunft über eine Corona-Impfung oder eine überstandene Covid-Erkrankung verlangen können. Der Bundesrat muss noch zustimmen.

00:43

Neue Version der Corona-Warn-App bietet neue Warnoption für Events

Die offizielle Corona-Warn-App des Bundes zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist um eine zusätzliche Warnfunktion für Events erweitert worden. Damit können Veranstalter ihre Gäste vor einer möglichen Risikobegegnung mit einer später positiv getestete Person warnen, selbst wenn dieser Besucher gar nicht über die App eing_checked war. Die neue Version 2.9 wird an diesem Mittwoch erscheinen.

Möglich wird dieses zusätzliche Warnverfahren durch eine Stellvertreter-Regelung für den Veranstalter. Freigegeben wird die Option durch das Gesundheitsamt. Stellt das Gesundheitsamt bei der Nachverfolgung von Infektionsketten fest, dass eine positiv getestete Person auf einer Veranstaltung war, kann es den Veranstalter kontaktieren. Hatte der Veranstalter einen QR-Code zum Check-in über die Corona-Warn-App erstellt, kann das Gesundheitsamt dann eine Transaktionsnummer ausstellen. Damit kann der Veranstalter eine Warnung aussprechen, die alle Personen erhalten, die für das Event eing_checked waren.

07.09.2021

20:43

NRW: Nur infizierte Kinder sollen in Quarantäne

In Nordrhein-Westfalen sollen im Fall von Corona-Infektionen in Schulen und Kitas zunächst nur die erkrankten Kinder selbst in Quarantäne. Dies teilte das NRW-Gesundheitsministerium am Abend in Düsseldorf mit. Die geltenden Hygienemaßnahmen wie regelmäßiges Lüften, Testen und das Tragen medizinischer Masken seien weiter einzuhalten. Die notwendigen Erlasse und Änderungsverordnungen sollen bis spätestens Ende der Woche veröffentlicht werden.

Das Ministerium sprach von „Quarantäne-Erleichterungen“ und nannte als Beispiel die Infektion eines einzelnen Kindes innerhalb einer Klasse, eines Kurses, einer Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflegestelle. Das Kind werde dann in eine 14-tägige Quarantäne geschickt. „Die übrigen Kinder müssen in der Regel nicht in Quarantäne.“ Zur Kontrolle werde bei einem Fall in Schulen die Zahl der wöchentlichen Testungen erhöht. In der Kindertagesbetreuung sollen neben den freiwilligen Selbsttests nach Auftreten eines Infektionsfalls Pflicht-Selbsttests eingeführt werden.

19:33



Drei Bewohner von Seniorenheim nach Drittimpfung reanimiert - eine Person stirbt

Drei Tage nach einer Corona-Auffrischungsimpfung in einer Pflegeeinrichtung in Oberhausen mussten in der vergangenen Woche bei drei Bewohnern Wiederbelebungsmaßnahmen vorgenommen werden. Eine der drei Personen sei gestorben, die beiden anderen befänden sich in einem stabilen Zustand, sagte ein Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein am Dienstag. Die verstorbene Person sei zuvor bereits palliativ betreut worden.

Ob es in den drei Fällen einen Zusammenhang mit der Impfung gibt, ist offen. Insgesamt seien 90 Bewohner geimpft worden, wovon es bei rund zehn Prozent zu

auffälligen gesundheitlichen Störungen gekommen sei, im Wesentlichen in Form von Herz-Kreislauf-, Atemwegs- und neurologischen Störungen.

Die Fälle seien dem Landesgesundheitsministerium und der Arzneimittelaufsichtsbehörde, dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), gemeldet worden, sagte der Sprecher weiter. Er ging davon aus, dass jetzt untersucht werde, ob die Notwendigkeit von Wiederbelebensmaßnahmen bei den drei Bewohnern mit der Impfung zusammenhängt. Derzeit wird der dritte Corona-Piks in Deutschland in einigen Bundesländern älteren Menschen und anderen Risikogruppen angeboten, wenn ihre ersten Impfungen mindestens sechs Monate zurückliegen.

Der Vorstand der Kreisstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein bat niedergelassene Ärzte „selber ärztlich zu entscheiden, ob Sie auf eine Empfehlung durch die Stiko beziehungsweise EMA warten oder ob die dritten Impfungen nun zeitlich bei Ihren eigenen Patienten so dringlich sind, dass Sie diese ohne Empfehlung durchführen müssen.“

19:00

Quarantäne-Regeln für Schulen und Kitas im Saarland gelockert

Im Saarland werden die Quarantäne-Regeln für Schulen und Kitas ab sofort gelockert. Die Gesundheitsämter seien vor dem Hintergrund der Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen bereit, nur noch für enge Kontaktpersonen – im direkten Nahfeld des Infizierten – Quarantäne anzuordnen, teilte das Gesundheitsministerium in Saarbrücken nach Beratungen mit.

Enge Kontaktpersonen könnten sich nach fünf Tagen per PCR-Test frei testen – das gelte ab sofort, auch rückwirkend. Geimpfte und Genesene seien in der Regel von Quarantäne ausgenommen, hieß es, allerdings „in Abhängigkeit von der jeweiligen Virus-Variante“. Durch die Konzentration auf das Nahfeld muss nicht wie bisher oft die ganze Klasse oder Gruppe in Quarantäne – was sowohl zu einer Erleichterung bei vielen Familien führe als auch die Gesundheitsämter entlaste. „Beim Auftreten von Infektionsfällen in Kinderbetreuungseinrichtungen sollen die Behörden mit Augenmaß

und vor allem mit Blick auf die Belange der Kinder Quarantänemaßnahmen anordnen“, sagte Gesundheitsministerin Monika Bachmann (CDU).

19:00

Bundesregierung will mit Aktionswoche für Impfungen werben

Mit einer „Impfaktionswoche“ will die Bundesregierung in der kommenden Woche zur Immunisierung gegen das Coronavirus aufrufen. Bei der Aktion arbeite die Regierung mit zahlreichen Verbänden und Organisationen zusammen, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in der Fernsehsendung „RTL Direkt“. Das Spektrum der Teilnehmer reiche von Sportvereinen über Ärzteverbände bis hin zu Richtervereinigungen.

Ziel sei, „dass wir einen gemeinsamen Ruck für viele Impfungen in Deutschland bekommen – Sportplatz, Kirchplatz, Arbeitsplatz, Spielplatz, wo immer sich eine einfache Gelegenheit ergibt“, sagte Spahn. Er wundere sich immer wieder, wie viele Menschen noch nicht geimpft seien, obwohl sie prinzipiell keine Einwände gegen eine Impfung hätten. „Denen wollen wir eine einfache Gelegenheit geben“, sagte der Minister.

18:14

Brandenburg will Zahl der Klinikpatienten als Maßstab nutzen

Die Brandenburger Landesregierung will die Zahl der Corona-Patienten in Krankenhäusern als Messlatte zur Beurteilung der Pandemielage einführen. Die landesweite Zahl der im Krankenhaus aufgenommenen Corona-Patienten (Hospitalisierung) solle die Sieben-Tage-Inzidenzen der Landkreise und kreisfreien Städte als Leitmaß für Regeln ablösen, teilte das Gesundheitsministerium in Potsdam mit. Das Kabinett werde voraussichtlich am Dienstag kommender Woche (14. September) eine neue Corona-Verordnung beschließen, eine Woche früher als geplant.

Der Bundestag beschloss das neue Leitmaß am Dienstag, der Bundesrat soll am Freitag noch zustimmen.

18:07

Biden will „Sechs-Punkte-Strategie“ vorstellen

Angesichts stark gestiegener Infektionszahlen will US-Präsident Joe Biden neue Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie ergreifen. Biden werde seine „Sechs-Punkte-Strategie“ am Donnerstag in einer Rede vorstellen, sagte ein Vertreter des Weißen Hauses. Es gehe darum, die Ausbreitung der Delta-Variante zu stoppen und die Zahl der Impfungen zu steigern.

„Wie der Präsident seit seinem ersten Tag im Amt sagt, wird seine Regierung alle Hebel in Bewegung setzen, um die Pandemie unter Kontrolle zu bringen“, sagte der Mitarbeiter des Weißen Hauses. Die Pläne werden demnach sowohl den öffentlichen als auch den Privatsektor umfassen.

In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Neuinfektionen wieder stark angestiegen. Derzeit werden täglich im Durchschnitt mehr als 150.000 Neuinfektionen und mehr als 1000 Todesfälle verzeichnet. Experten führen als Gründe für den Wiederanstieg die Ausbreitung der Delta-Variante, die große Zahl von Impfskeptikern und die Abkehr von anderen Schutzmaßnahmen wie das Maskentragen an. Besonders betroffen sind konservativ regierte Bundesstaaten im Süden des Landes wie Florida, Texas, Mississippi und Alabama.

18:06

Lauterbach warnt Geimpfte vor Infektion

Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach warnt vollständig gegen Corona geimpfte Personen davor, sich mit dem Virus zu infizieren. „Es ist richtig, dass eine Corona-Infektion nach einer doppelten Impfung die Immunität abrundet“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Aber ich würde niemandem empfehlen, sich freiwillig zu infizieren oder eine Ansteckung auch nur zu riskieren“, ergänzt er. „Auch vollständig Geimpfte können mit schweren Verläufen ins Krankenhaus kommen.“

Außerdem gibt es das Risiko von Long Covid auch bei Geimpften“, sagte Lauterbach. „Und drittens vergrößert eine solche Praxis die Gefahr für alle Ungeimpften auf eine riskante Art und Weise.“

17:41

Bremen verlängert Corona-Verordnung mit Änderungen

Der Bremer Senat hat die geltende Corona-Verordnung mit einigen Änderungen um einen Monat bis zum 11. Oktober verlängert. Weil in diese Zeit die Bundestagswahl am 26. September fällt, erließ die Regierung des kleinsten Bundeslandes unter anderem einheitliche Hygieneanforderungen an die Wahllokale. Grundsätzlich muss im Wahllokal eine Maske getragen werden. Ausnahmen gibt es zur Identitätsfeststellung und für Wahlvorstände während des Auszählens und der Ergebnisermittlung. Die Verordnung wäre am kommenden Montag (13. September) ausgelaufen.

Bei Schulen geht Bremen einen etwas anderen Weg, als am Montag zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist, um nicht ganze Schulklassen in Quarantäne schicken zu müssen. Wenn ein Kind infiziert ist, dürfen die Mitglieder seiner Kohorte (einer großen Lerngruppe oder eines ganzen Jahrgangs) weiter zur Schule kommen. Sie müssen sich aber sieben Schultage lang täglich testen lassen und eine Maske tragen. Nur das infizierte Kind und enge Kontaktpersonen von außerhalb der Kohorte müssen 14 Tage in Quarantäne.

17:40

Schweden will die meisten Beschränkungen aufheben

Nach Dänemark will auch Schweden seine Corona-Beschränkungen weitestgehend aufheben. Sozialministerin Lena Hallengren sagte, dass die Personenbegrenzungen bei öffentlichen Veranstaltungen wie Konzerten und Fußballspielen und bei privaten Feiern am 29. September aufgehoben würden. Auch die Empfehlung, von zu Hause aus zu arbeiten, werde zurückgenommen.

„Dank einer erfolgreichen Impfkampagne sind wir im Umgang mit der Pandemie weit gekommen“, sagte die Ministerin. Die schwedische Gesellschaft befinde sich in einer

besseren Situation. Nun seien es hauptsächlich ungeimpfte Menschen, die krank würden und im Krankenhaus behandelt werden müssten. Am Dienstag lagen 57 Patienten wegen einer Covid-19-Infektion auf einer Intensivstation.

In Schweden haben inzwischen rund 82 Prozent der Bevölkerung über 16 Jahren eine Impfdosis und 70 Prozent zwei Dosen bekommen. Der Direktor der Gesundheitsbehörde, Johan Carlson, sagte, Geimpfte könnten nach dem 29. September im Prinzip ein normales Leben führen. Für Ungeimpfte bestehe weiterhin die Gefahr einer schweren Erkrankung.

17:09



Intensivstationen in Schweiz zu 80 Prozent ausgelastet - Debatte über nachrangige Behandlung von Ungeimpften

In der Schweiz gerät das Gesundheitssystem durch Covid-19 wieder an seine Belastungsgrenze. Wie verschiedene Medien berichten, sind landesweit 80 Prozent der Intensivbetten belegt, ein Drittel davon mit Covid-Patienten. Bei weiter steigenden Infektionszahlen, sei man von einer Überlastung der Kliniken nicht mehr weit entfernt.

Ein Grund: Die Schweiz hat die niedrigste Impfquote Westeuropas. 51 Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft, in Deutschland sind es 62 Prozent.

Der Berner Impfchef Gregor Kaczala brachte auch deswegen die Idee ins Spiel, Ungeimpfte im ultimativen Falle einer nötigen Triage nachrangig zu behandeln. „Wenn man im Leben A sagt, sagt man auch B“, sagte er der Zeitung „Blick“. Da Geimpfte eine bessere Überlebenschance als Ungeimpfte hätten, sei dies auch in Einklang mit den Richtlinien der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften.

Die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli warf Ungeimpften vor, das Gesundheitssystem zu belasten. „Wer Impfgegner ist, der müsste eigentlich eine Patientenverfügung ausfüllen, worin er bestätigt, dass er im Fall einer Covid-Erkrankung keine Spital- und Intensivbehandlung will. Das wäre echte Eigenverantwortung“, sagte die dem Tagesanzeiger.

Experten: Impfstoffe decken bald weltweiten Bedarf

Die Verfügbarkeit von Corona-Impfstoffen steigt nach Einschätzung von Experten weiter deutlich an. Bis Ende 2021 werden zwölf Milliarden Dosen produziert sein, wie die auf Unternehmens- und Wissenschaftsdaten spezialisierte Firma Airfinity in Genf mitteilte. Rund die Hälfte davon gehe auf das Konto chinesischer Vakzine, die andere Hälfte produzierten westliche Hersteller, hieß es. Aktuell sei fast jeder dritte Mensch auf der Erde vollständig gegen das Coronavirus geimpft.

Die USA, Kanada, die EU und Großbritannien würden Ende September über so viele Impfdosen verfügen, dass sie ohne weiteren Schaden für eigene Impfkampagnen rund 500 Millionen Dosen an andere Staaten weitergeben könnten, so Airfinity-Chef Rasmus Bech Hansen.

Für 2022 rechnet Pfizer-Vorstandschef Albert Bourla mit einer weiteren Produktionssteigerung auf vier Milliarden Dosen des Impfstoffes von Pfizer/Biontech. Ein großer Teil davon werde bereits in ärmere Länder geliefert. 2022 werde die Versorgung mit Impfstoffen zum Beispiel für Afrika so gut sein, dass sich nicht mehr die Frage stellen werde, ob man sich impfen lassen könne, sondern – analog zu Europa und den USA – ob sich die Menschen impfen lassen wollten, meinte Bourla.

Zahl der Infizierten in Krankenhäusern wird wichtigste Größe für Corona-Maßnahmen

Die Zahl der Corona-Patienten in den Kliniken soll künftig die wesentliche Messlatte zur Beurteilung der Pandemielage sein. Das sieht eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes vor, die der Bundestag beschlossen hat. Dies soll die bisherige Orientierung an den Infektionszahlen ablösen, die angesichts der Impfungen nicht mehr als so aussagekräftig gelten. Berücksichtigt werden sollen aber auch „weitere Indikatoren“. Genannt werden die Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen, verfügbare Intensivkapazitäten und die Zahl der Geimpften. Die Länder sollen dann jeweils festlegen können, wo kritische Schwellen liegen, ab denen weitergehende Alltagsbeschränkungen greifen.

Außerdem sollen Beschäftigte in Kitas, Schulen und Pflegeheimen für die Zeit der Krise vom Arbeitgeber gefragt werden können, ob sie geimpft sind. Die Änderungen im Infektionsschutzgesetz wurden an das Gesetzesverfahren angehängt, mit dem ein milliardenschwerer Hilfsfonds für den Wiederaufbau nach der Hochwasserkatastrophe im Westen Deutschlands eingerichtet wird. Der Bundesrat soll den Neuregelungen in einer Sondersitzung am Freitag noch zustimmen.

15:27

Oberverwaltungsgericht bestätigt Suspendierung von Grundschulleiterin

Die Schulleiterin einer Grundschule in Viersen ist rechtmäßig suspendiert worden, weil sie verpflichtende Corona-Schutzmaßnahmen an der Schule nicht beachtet hat. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster (AZ 6 B 1098/21) bestätigte laut Mitteilung einen entsprechenden Eilbeschluss des Verwaltungsgerichts Düsseldorf (VG Düsseldorf 2 L 1053/21). Der Beschluss ist unanfechtbar.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf habe in seiner Entscheidung zu Recht auf zwingende dienstliche Gründe verwiesen, warum der Klägerin verboten wird, die Dienstgeschäfte weiterzuführen, erklärten die Richter des OVG in Münster. Die Schulleiterin habe wiederholt gegen die unmittelbar aus der Corona-Betreuungsverordnung folgende Verpflichtung verstoßen, in der Schule eine Maske zu tragen. Die von der Schulleiterin vorgelegten ärztlichen Atteste hätten nicht die Mindestanforderungen an derartige Nachweise erfüllt. Durch ihre Weigerung, in der Schule eine medizinische Maske zu tragen, habe sich die Klägerin zugleich bewusst über eine ausdrückliche Weisung ihres Dienstherrn hinweggesetzt, argumentierten die Richter in Münster so wie auch die Richter der Düsseldorfer Vorinstanz.

Die Klägerin habe zudem Mitte April ihre Pflicht als Schulleiterin verletzt, wöchentlich zwei Corona-Selbsttestungen der Schülerinnen und Schüler an der Schule durchzuführen, erläuterten die Richter des OVG. Auch gebe es Anhaltspunkte auf weitere Pflichtverstöße, wie etwa die Durchführung dienstlicher Besprechungen ohne Einhaltung des Mindestabstands.

15:25

Brandenburger Koalition ist für Lockerungen für Geimpfte und Genesene

Die rot-schwarz-grüne Koalition in Brandenburg wirbt für die Option von Lockerungen für Geimpfte und Genesene beispielsweise für Gaststätten oder Kinos – das sogenannte 2G-Modell. SPD-Fraktionschef Erik Stohn sagte in Potsdam, seine Fraktion würde es begrüßen, „wenn Optionsmodelle für Betreiber gefahren werden, die unter Nutzung von 2G stärkere Wirtschaftlichkeit, aber auch eine stärkere Sicherheit für Unternehmen und für Betreiber von Einrichtungen vorsehen“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Jan Redmann schlug vor, die Regelung von Berlin für Clubs auf Brandenburg zu übertragen. In Berlin hatte das Verwaltungsgericht ein generelles Verbot gewerblicher Tanzveranstaltungen in geschlossenen Räumen gekippt. Der Senat erlaubte Clubs und Diskotheken, für Geimpfte und Genesene wieder zu öffnen. Die Gäste müssen in Innenräumen dort keine Masken mehr tragen. In Hamburg können Veranstalter und Wirte selbst entscheiden, ob sie nur Geimpfte und Genesene einlassen, die dann weitgehend von den Corona-Einschränkungen befreit sind, oder ob sie Tests akzeptieren.

Grünen-Fraktionschefin Petra Budke sagte, es könne für die ganze Kultur- und Veranstaltungsbranche möglicherweise sinnvoll sein, zu einer 2G-Regelung für Geimpfte und Genesene zu kommen, weil dann viele Beschränkungen für Besucherinnen und Besucher wegfielen.

15:21

Hamburg beginnt mit Auffrischungsimpfungen in Pflegeeinrichtungen

Mobile Teams haben in Hamburg mit Auffrischungsimpfungen in den Pflegeeinrichtungen begonnen. Diese Auffrischungsimpfungen sollen nach und nach in allen stationären Pflegeeinrichtungen angeboten werden, sagte Senatssprecher Marcel Schweitzer in Hamburg. Aktuell seien 56 Bewohnerinnen und Bewohner in insgesamt fünf stationären Pflegeeinrichtungen mit dem Coronavirus infiziert. In drei Pflegeeinrichtungen gebe es mehr als zehn Fälle. Der Impfschutz lasse bei immungeschwächten, sehr alten und pflegebedürftigen Personen schneller nach.

15:19

Müller stellt Corona-2G-Modell für Berlin in Aussicht

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat 2G-Corona-Regeln für bestimmte Bereiche in Aussicht gestellt. Mit solchen Angeboten nur für Geimpfte und Genesene seien aber komplexe Fragen verbunden. Noch sei nichts entschieden, sagte der SPD-Politiker nach der Senatssitzung. Der Senat werde in der kommenden Woche möglicherweise abschließend beraten, „wie wir 2G- und 3G-Angebote machen können“.

Das sogenannte 2G-Modell geht auf einen Vorstoß aus Hamburg zurück und bedeutet, dass der Zutritt in Innenräume nur Geimpften und Genesenen gewährt wird – die dann von bisherigen Corona-Einschränkungen wie Abstand oder Maske befreit sind. In Frage kommen dafür etwa Gastronomie und Hotellerie, Sport- oder Kultureinrichtungen. Bisher wird vielfach die 3G-Regel angewandt: Darunter fallen Geimpfte, Genesene und Getestete.

„Ich gehe davon aus, dass es doch eine Optionsregel geben wird, dass wir Formulierungen finden, wonach die entsprechenden Bereiche die Option ziehen können, nur Menschen, die genesen und geimpft sind, den Zugang zu entsprechenden Einrichtungen zu ermöglichen“, blickte Müller voraus. Das sei aber im Moment eine vorsichtige Einschätzung. „Wir werden das weiter diskutieren.“

14:55

Schulleitungsverband kritisiert Quarantäne-Regeln als „realitätsfern“

Der Allgemeine Schulleitungsverband Deutschland hat die Vereinbarung der Gesundheitsminister von Bund und Ländern zu Quarantäne-Regeln in Schulen scharf kritisiert. Die Verbandsvorsitzende Gudrun Wolters-Vogeler sagte im RBB-Inforadio, die Vereinbarung sei „realitätsfern“. Die Regeln gingen von einem „völlig veralteten Schulbild“ aus.

„Sie gehen davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler ständig an festen Plätzen arbeiten“, kritisierte die Vorsitzende der Dachorganisation der Schulleitungsverbände. Das entspreche nicht moderner Pädagogik: „Wenn wir gucken in dem Bereich Grundschule und Sekundarstufe 1, dann geht es da relativ viel um zum Beispiel Gruppenarbeit, Partnerarbeit.“ Das heiße, die Schülerinnen und Schüler hätten im Laufe eines Schultags enge Kontakte nicht nur – wie früher im Omnibussystem – zu immer denselben Schülern.

Nach den neuen bundeseinheitlichen Regel sollen bei Corona-Infektionen in der Schule nur noch der direkte Sitznachbar des Kindes und weitere, enge Kontaktpersonen für fünf Tage in Quarantäne. Danach können sich die Betroffenen „freitesten“.

14:53

Hunderte NGOs fordern Verschiebung von UN-Klimakonferenz

Wegen der unzureichenden Versorgung von ärmeren Ländern mit Corona-Impfstoff fordert ein Netzwerk aus rund 1500 Organisationen eine Verschiebung der UN-Klimakonferenz in Glasgow. Knapp zwei Monate vor der geplanten Konferenz sei „offenkundig, dass eine sichere, inklusive und gerechte Klimakonferenz unmöglich ist“, erklärte das Climate Action Network (CAN), dem rund 1500 Organisationen, darunter Greenpeace, WWF und Oxfam, angehören. Dies liege am „Scheitern, tausenden Menschen in armen Ländern Zugang zu Impfstoffen zu verschaffen“.

Ursprünglich sollte die UN-Klimakonferenz bereits im November 2020 stattfinden. Wegen der Corona-Pandemie wurde die sogenannte COP26 aber um ein Jahr verschoben. Sie ist nun vom 31. Oktober bis zum 12. November in der schottischen Stadt geplant.

14:52

Gericht bestätigt Einreiseverbot trotz Sinovac-Impfung

Angehörige aus Drittstaaten, die mit dem Impfstoff Coronavac des chinesischen Herstellers Sinovac vollständig geimpft sind, dürfen trotzdem an den deutschen Schengen-Außengrenzen abgewiesen werden. Das entschied das Verwaltungsgericht Berlin in einem Beschluss und wies damit einen Eilantrag einer iranischen Staatsangehörigen und ihrer Familie zurück.

Die Frau, die in Teheran lebt, wollte nach Angaben des Gerichts ihre in Deutschland lebende Tochter und Enkelkinder besuchen. Sie ist im Besitz eines Schengen-Visums zum Familienbesuch und verfügt über vollständigen Impfschutz. Allerdings ist der chinesische Impfstoff nicht auf der Website des Paul-Ehrlich-Instituts gelistet. Die Beschränkung auf die durch das Paul-Ehrlich-Institut gelisteten Impfstoffe verletze dabei die Antragsteller nicht in ihrem Gleichheitsrecht, entschied das Gericht. (AZ: VG 6 L 229/21). Gegen den Beschluss kann Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erhoben werden.

14:48

In Sachsen sollen mobile Impfteams ihre Arbeit fortsetzen

Sachsen verlängert den Einsatz mobiler Corona-Impfteams bis zum Jahresende. Das hat das sächsische Kabinett in Dresden beschlossen. Die insgesamt 13 Impfzentren in den Landkreisen und kreisfreien Städten schließen dagegen Ende September. Die Corona-Impfungen sollen nun stärker über die Hausärzte und Betriebsärzte sowie in den Krankenhäusern erfolgen, sagte Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) in Dresden.

Sachsen ist beim Impfen gegen das Coronavirus bundesweit Schlusslicht. Laut Robert Koch-Institut sind derzeit 52,6 Prozent der sächsischen Bevölkerung vollständig geimpft. Nach wie vor sei die Impfquote viel zu niedrig, sagte Köpping: „Das kann uns nicht zufriedenstellen.“ Dies gelte auch für die Schülerinnen und Schüler ab zwölf Jahren.

14:47

Rheinland-Pfalz führt neue Corona-Warnampel ein

Das öffentliche Leben in der Pandemie richtet sich in Rheinland-Pfalz ab Sonntag nach einer neuen Corona-Warnampel. Dabei gebe es für Geimpfte und Genesene „ein sehr großes Stück Normalität“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) nach einer Kabinettsitzung in Mainz. Allen anderen solle bei einem negativen Test ebenso eine Teilnahme an Veranstaltungen oder der Besuch von Restaurants ermöglicht werden, allerdings in einem geringeren Umfang.

Die drei neuen Warnstufen richten sich nicht mehr allein nach der Inzidenz der Neuinfektionen mit dem Virus SARS-CoV-2, wie Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD) mitteilte. Zusätzlich werde in der neuen Corona-Landesverordnung die Hospitalisierungsinzidenz berücksichtigt, kündigte Hoch an – also die Zahl der Neuaufnahmen von Covid-Patienten innerhalb von sieben Tagen bezogen auf 100.000 Einwohner. Als dritter Faktor für die Bemessung der Warnstufen kommt noch der prozentuale Anteil von Menschen mit Covid-19 auf den Intensivstationen der Krankenhäuser hinzu. Für alle drei Faktoren wurden konkrete Werte für die drei Warnstufen festgesetzt.

14:45

Schleswig-Holstein will die Maskenpflicht lockern

Schleswig-Holstein will die Maskenpflicht bei Veranstaltungen, beim Sport und in der Gastronomie abschaffen. Dort greift das sogenannte 3G-Prinzip, wonach nur Geimpfte, Genesene oder Getestete Zugang erhalten. „Überall da, wo 3G in Schleswig-Holstein eingehalten werden kann, gelten in Zukunft keinerlei Beschränkungen mehr“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nach einer Kabinettsitzung in Kiel.

Günther sprach von einem weiteren Schritt in Richtung Normalität, der aber mit mehr Eigenverantwortung der Menschen einhergehe. Die Landesregierung aus CDU, Grünen und FDP will damit zum 20. September einen klaren Kurswechsel vollziehen. Sie setzt künftig auf die sogenannte 3G-Regel. Den Plänen zufolge gibt es dann bei Veranstaltungen, im Kino, beim Sport oder in der Gastronomie keine Kapazitätsbeschränkungen mehr. Überall dort, wo die 3G-Regel nicht praktikabel sei wie im Einzelhandel oder im öffentlichen Nahverkehr bleibe es bei den bestehenden Regeln, sagte Günther.



Biontech-Impfung schützt Schwangere gut vor Infektion

Der Biontech-Impfstoff schützt auch Schwangere gut vor einer Corona-Infektion und vor einer Einweisung ins Krankenhaus. Die Wirksamkeit sei in etwa vergleichbar mit der in der Allgemeinbevölkerung, berichten Forschende aus Israel und den USA im Fachmagazin „Nature Medicine“. Sie hatten Daten von mehr als 21.000 geimpften und nicht-geimpften Schwangeren aus Israel ausgewertet.

Das Team um Noa Dagan vom Clalit Research Institute in Tel Aviv hatte das Infektionsrisiko bei 10.861 geimpften Schwangeren ab 16 Jahren mit dem von gleich vielen ungeimpften Schwangeren verglichen, die sich in zahlreichen Faktoren ähnelten, etwa Alter, Schwangerschaftsstadium, Herkunft und Wohnort. In der Nachbeobachtungszeit traten 131 Infektionen in der Gruppe der geimpften und 235 in der Gruppe der ungeimpften Schwangeren auf.

Mit Blick auf eine Ansteckung habe die Impfung nach der zweiten Dosis eine Wirksamkeit von 96 Prozent, schreiben die Wissenschaftler. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit der Geimpften, sich mit dem Erreger anzustecken, um 96 Prozent geringer ist als bei den Ungeimpften. Eine symptomatische Infektion verhinderte die Impfung mit einer Wirksamkeit von 97 Prozent, eine Einweisung ins Krankenhaus mit 89 Prozent. Unter den Teilnehmern gab es nur einen schweren Krankheitsverlauf in der ungeimpften Gruppe und keine Todesfälle. Mögliche Impfreaktionen und Nebenwirkungen der Impfung haben die Forscher nicht untersucht.

12:02



Neun von zehn corona-infizierte Kinder wegen anderer Diagnose in Klinik

Die Wahrscheinlichkeit, dass mit Sars-Cov-2 infizierte Kinder in Deutschland wegen einer Covid-19-Erkrankung ins Krankenhaus kommen, ist nach Angaben von Jörg Dötsch, Direktor der Klinik für Kinder und Jugendmedizin an der Uni-Klinik Köln, gering. Es seien zwar mehr Kinder mit einem positiven Abstrich im Krankenhaus, das Interessante sei aber: „Nur jedes zehnte Kind wird wegen einer Covid-Erkrankung

aufgenommen.“ Die anderen kämen wegen anderer Erkrankungen, wie Armbruch oder Blinddarm, sagte Dötsch bei einem Pressebriefing des Science Media Center (SMC).

Bekannt sei bisher, dass bestimmte chronische Vorerkrankungen bei Kindern zu etwas schwereren Covid-19-Verläufen führen können. Vor allem gehe es dabei um Krankheiten, die mehrere Organe betreffen – wie zum Beispiel Trisomie 21. Zudem seien Kinder mit sehr starkem Übergewicht gefährdet. Freiwillige Angaben aus Kliniken in ganz Deutschland zeigten, dass im August und September drei Kinder und Jugendliche intensivmedizinisch wegen Corona betreut werden mussten.

Bisher sind nach den Daten des Robert Koch-Instituts 23 Todesfälle bei unter 20-Jährigen bekannt, von denen die große Mehrzahl schwere Vorerkrankungen hatte.

10:44

Spahn: „Wir erleben eine Pandemie der Ungeimpften“

In Deutschland sind bisher 61,4 Prozent der Menschen vollständig gegen das Coronavirus geimpft. Das geht aus Zahlen des Robert Koch-Instituts vom Dienstag hervor (Stand: 9.21 Uhr). Demnach wurden am Montag 118 545 verabreichte Impfdosen gemeldet. Etwa 54,8 Millionen Menschen (65,9 Prozent) haben inzwischen mindestens eine Impfung bekommen.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) rief am Dienstag auf Twitter erneut zum Impfen auf. „Bei Inzidenz und auf Intensivstationen sehen wir: Wir erleben eine anwachsende Pandemie der Ungeimpften. Alle, die können, sollten sich ihren Schutz holen!“

Unter den Bundesländern verzeichnet Bremen laut RKI mit 76,0 Prozent den höchsten Anteil Erstgeimpfter. Der Stadtstaat zählt mit 71,4 Prozent auch den höchsten Anteil an vollständig geimpften Einwohnern. Sachsen steht mit 55,6 Prozent Erstgeimpfter und 52,4 Prozent vollständig geimpfter Einwohner am Ende beider Ranglisten.

Die Impfkampagne gegen den Erreger Sars-CoV-2 hatte in Deutschland Ende vergangenen Jahres begonnen. Mittlerweile können sich Menschen unabhängig von der bisher gültigen Prioritätenliste um einen Termin bemühen.

10:38

Kurz schließt neuen Corona-Lockdown für Geimpfte in Österreich aus

Für Geimpfte soll es in Österreich definitiv keinen Corona-Lockdown mehr geben. Dies kündigte Bundeskanzler Sebastian Kurz am Montagabend im Fernsehen an. Zudem solle nicht mehr die Sieben-Tage-Inzidenz der Maßstab für etwaige Einschränkungen sein. Vielmehr solle die Bettenbelegung auf den Intensivstationen der neue Leitindex für Entscheidungen werden.

„Es wird sicherlich keine Lockdowns mehr geben für geimpfte Menschen“, sagte Kurz. Er wolle so wenig Freiheitsbeschränkungen wie möglich. Dies bedeute für ihn, „dass die Zeit der Lockdowns vorbei sein muss“.

Einschränkungen solle es wenn nötig nur noch für Ungeimpfte geben – und zwar dann, wenn eine Überlastung der Krankenhäuser drohe. „Bevor ein Bereich ganz geschlossen wird, ist mir lieber, er bleibt für Geimpfte offen“, sagte Kurz.

09:50

Merkel ruft zur Impfung auf: Niemand ist Versuchskaninchen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Bevölkerung noch einmal eindringlich dazu aufgerufen, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen. „Sie leisten damit für sich und unsere gesamte Gesellschaft einen ganz wichtigen Beitrag, den Weg aus dieser Pandemie zu finden“, sagte sie am Dienstag bei einer Generaldebatte im Bundestag.

Gleichzeitig hob Merkel die Sicherheit der Impfstoffe hervor: „Natürlich war und ist niemand von uns beim Impfen in irgendeiner Form ein Versuchskaninchen“, versicherte die Kanzlerin. Die Impfstoffe in Deutschland hätten alle notwendigen Phasen der klinischen Prüfung und alle Zulassungsverfahren durchlaufen.

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte vergangene Woche in einem Interview der NRW-Lokalradios gesagt: „50 Millionen sind jetzt zwei Mal geimpft. Wir waren ja alle die Versuchskaninchen für diejenigen, die bisher abgewartet haben. Deshalb sage ich als einer dieser 50 Millionen – es ist gut gegangen! Bitte macht mit.“

09:36

Corona-Studie: Schlechte Belüftung bei Kappensitzung in Gangelt

Bei der Verbreitung des Coronavirus auf der sogenannten Kappensitzung in Gangelt am 15. Februar 2020 spielte die Belüftung eine wichtige Rolle. Das geht aus einer jetzt als Vorveröffentlichung (Preprint) publizierten Studie des Bonner Virologen Hendrik Streeck und anderer Wissenschaftler hervor. „Die Studie zeigt deutlich, wie wichtig eine gute Belüftung mit Frischluft und Filteranlagen sind“, sagte Streeck der Deutschen Presse-Agentur.

Die Forscher haben über Monate hinweg 411 der insgesamt etwa 450 Teilnehmer der Karnevalssitzung befragt. Die Sitzung hatte sich als Superspreader-Event herausgestellt. Fast die Hälfte der Teilnehmer – 46 Prozent – infizierte sich mit dem Virus.

Von Gangelt aus hatte sich das Virus in den darauf folgenden Wochen im ganzen Kreis Heinsberg verbreitet. Dadurch kam es in der Region an der niederländischen Grenze zum ersten großen Corona-Ausbruch in Deutschland.

06:26

Kuba will seine Grenzen ab dem 15. November schrittweise wieder öffnen

In der Corona-Krise will Kuba seine Grenzen ab dem 15. November schrittweise wieder öffnen. Das geht aus einem Schreiben hervor, das das kubanische Tourismusministerium Mintur am Montag (Ortszeit) veröffentlicht hat. Bis dahin sollen auch die hygienischen Schutzbestimmungen für die Einreise flexibilisiert werden. Man gehe davon aus, dass bis zu diesem Zeitpunkt 90 Prozent der Bevölkerung gegen das Coronavirus geimpft seien, heißt es in dem Schreiben.

Derzeit läuft für die Menschen in Kuba eine intensive Impfkampagne. Bis zum Monatsende sollen alle Bewohnerinnen und Bewohner, die den Schutz erhalten können, mindestens einmal mit einem der drei in dem Land selbst hergestellten Stoffe geimpft werden. Durch den Verlust von Tourismuseinnahmen aufgrund der Pandemie

hat die kubanische Wirtschaft schweren Schaden genommen. Die Tourismusbranche erwirtschaftet etwa zehn Prozent des Bruttonutzenprodukts des sozialistischen Inselstaates.

Derzeit erlebt das Land eine neue Welle der Corona-Pandemie. In den vergangenen Wochen infizierten sich täglich 8.000 bis .9000 Menschen. Damit ist Kuba einer der lateinamerikanischen Staaten mit der höchsten Inzidenz.

04:28

RKI meldet 6726 Neuinfektionen - Inzident fällt leicht auf 83,8

Das Robert-Koch-Institut meldet 6726 neue Positiv-Tests. Das sind 976 mehr als am Dienstag vor einer Woche, als 5750 Neuinfektionen gemeldet wurden. Die Sieben-Tage-Inzidenz sinkt auf 83,8 von 84,3 am Vortag. 59 weitere Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus. Damit erhöht sich die Zahl der gemeldeten Todesfälle binnen 24 Stunden auf 92.413. Insgesamt fielen in Deutschland bislang mehr als vier Millionen Corona-Tests positiv aus.

02:09

Kinderärzte halten 98 Prozent der Quarantänemaßnahmen an Schulen für nicht notwendig

Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) kritisiert, dass ein Großteil der bisher in Schulen verhängten Quarantänemaßnahmen überflüssig gewesen seien. „Daten aus der Vergangenheit zeigen, dass rund 98 Prozent der Quarantänen nicht notwendig gewesen wäre“, sagt der BVKJ-Sprecher und Kinderarzt Jakob Maske der Zeitung „Rheinische Post“ (Dienstausgabe). Er forderte daher „sehr spezifische Quarantäneregeln“, die nur die infizierte Person selbst oder sehr nahe Kontaktpersonen betreffen. Diese seien „für die Schüler und den Schulbetrieb und damit auch für die seelische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen immens

hilfreich“. Die neuen Quarantäne-Regeln seien seiner Ansicht nach verspätet beschlossen worden. „Einige haben gerade erst wieder mit der Schule begonnen.“

01:20



Kuba impft flächendeckend Zwei- bis Elfjährige - Vakzine von WHO nicht anerkannt

Kuba hat als erstes Land der Welt mit der Coronavirus-Impfung für Kleinkinder begonnen. Am Montag begannen die Behörden in der Provinz Cienfuegos mit den Impfungen für die Altersgruppe der Zwei- bis Elfjährigen. Die Kinder erhalten die in Kuba entwickelten Corona-Impfstoffe Abdala und Soberana, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) allerdings nicht anerkannt werden. Seit Freitag schon werden Kinder ab zwölf Jahren geimpft.

Wegen der Corona-Pandemie waren Kubas Schulen seit März 2020 die meiste Zeit geschlossen. Am Montag begann nun das neue Schuljahr – am Fernseher, weil nur wenige Haushalte in dem kommunistisch regierten Karibikstaat einen Internetanschluss haben. Die Behörden planen, die Schulen ab Oktober schrittweise wieder zu öffnen, wenn bis dahin alle für eine Corona-Impfung in Frage kommenden Kinder und Jugendliche die Impfspritzen erhalten haben.

In vielen weiteren Ländern der Welt werden Kinder ab zwölf Jahren mittlerweile ebenfalls geimpft, und in einigen werden auch Versuche mit jüngeren Kindern durchgeführt. China, die Vereinigten Arabischen Emirate und Venezuela haben angekündigt, dass sie jüngere Kinder bald regulär impfen lassen wollen – Kuba ist allerdings das erste Land mit einer flächendeckenden Impfkampagne für Kleinkinder.

Die Ausbreitung der hochansteckenden Delta-Variante des Coronavirus hat Kubas Gesundheitssystem an die Belastungsgrenze gebracht. Von den insgesamt rund 5700 Todesfällen durch die Pandemie in dem Inselstaat wurde fast die Hälfte allein im August registriert.

00:40

Widmann-Mauz: Integrationskurse für Impfangebote nutzen

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, will Integrationskurse nutzen, um die Corona-Impfquote zu steigern. „Integrationskurse müssen genutzt werden, um über die Corona-Schutzimpfung aufzuklären und ein niedrigschwelliges Impfangebot zu machen“, sagte die CDU-Politikerin dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Dienstag). „Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie das gelingen kann, vom Hinweis auf den Impfbus vor der Tür, über die Kooperation mit kommunalen Impfangeboten, bis hin zur Impfärztin, die direkt den Kurs besucht.“

06.09.2021

17:25

Niedersachsen beginnt ab Oktober mit Auffrischungsimpfungen

Niedersachsen will ab Oktober mit den Auffrischungsimpfungen gegen Covid-19 beginnen. Zunächst würden mobile Teams den Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen und weiteren Gemeinschaftseinrichtungen eine dritte Impfung anbieten, sagte eine Sprecherin des Gesundheitsministeriums am Montag dem epd. Bei niedergelassenen Ärzten könne sich schon jetzt jeder und jede eine Booster-Impfung abholen. Gesundheitsministerin Daniela Behrens (SPD) werde weitere Einzelheiten am Dienstag in Hannover mitteilen.

17:18

EMA überprüft BioNTech-Auffrischungsimpfung

Die Europäische Arzneimittelbehörde EMA will in den nächsten Wochen ihre Bewertung einer Auffrischungsimpfung mit dem Covid-19-Impfstoff von BioNTech/Pfizer abschließen. Der Antrag für eine dritte Dosis des Vakzins sechs

Monate nach der zweiten Dosis bei Personen über 16 Jahren werde beschleunigt geprüft, teilte die EMA am Montag mit. Die EMA überprüfe zudem Daten zu einer dritten Dosis eines der mRNA-Impfstoffe von Biontech und Moderna bei stark immungeschwächten Menschen.

14:36

Bericht: Bundesregierung konkretisiert Ende der kostenlosen Corona-Tests

Das Vorhaben der Bundesregierung, die kostenlosen Corona-Schnelltests weitgehend abzuschaffen, konkretisiert sich. Ein Referentenentwurf für die neue Testverordnung aus dem Bundesgesundheitsministerium sehe vor, dass sich grundsätzlich nur noch diejenigen kostenlos testen lassen dürfen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht gegen das Coronavirus geimpft werden könnten, berichtete das Magazin „Business Insider“ am Montag. Auch für Geimpfte solle es keine kostenlosen Schnelltests mehr geben.

Für Kinder zwischen zwölf und 18 Jahren soll demnach eine Übergangsregelung geschaffen werden. Dies geschehe offenbar vor dem Hintergrund, dass im Schulbetrieb in Deutschland regelmäßig getestet wird, um den Präsenzunterricht zu ermöglichen, berichtete das Magazin weiter.

Corona-Tests in Einrichtungen, in denen enger Kontakt zu stark durch das Virus gefährdeten Personen besteht, sollen den Angaben zufolge weiter durch den Staat finanziert werden. Dazu gehörten etwa Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

„Da mittlerweile allen Bürgerinnen und Bürgern ein unmittelbares Impfangebot gemacht werden kann, ist eine dauerhafte Übernahme der Kosten für alle Tests durch den Bund und damit den Steuerzahler nicht länger angezeigt und nicht erforderlich“, begründet das Gesundheitsministerium dem Bericht zufolge die Neuregelung. Bund und Länder hatten im August beschlossen, dass es Corona-Schnelltests ab Mitte Oktober für die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht mehr kostenlos sein sollen.

14:35

Corona-Impfungen in ein Drittel der Unternehmen mit Betriebsärzten

Etwa jedes dritte Unternehmen in Deutschland mit Betriebsärztinnen und Betriebsärzten bietet seinen Beschäftigten Impfungen gegen das Coronavirus an. 4 Prozent planen noch, dies zu tun, wie eine repräsentative Befragung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zwischen dem 2. und 17. August ergeben hat. Damit stieg der Anteil der Betriebe mit Impfangebot im Vergleich zur letzten Befragung im Juni um 4 Prozent.

„Dieser auf den ersten Blick geringe Anstieg ergibt sich unter anderem aus der hohen Zahl an Beschäftigten, die in der Zwischenzeit bereits geimpft wurden“, erläuterte IAB-Direktor Bernd Fitzenberger am Montag. 98 Prozent der Betriebe ohne Impfangebot geben demnach als Grund dafür an, dass bereits eine große Zahl der Beschäftigten geimpft sei.

Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit befragt seit August 2020 regelmäßig 1500 bis 2000 Betriebe der Privatwirtschaft zu den Folgen der Corona-Pandemie.

Nach der aktuellen Befragung bieten rund 60 Prozent der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten Impfungen durch Betriebsärztinnen und -ärzte an, aber nur jeder vierte Kleinstbetrieb mit bis zu 9 Beschäftigten und jeder dritte Betrieb mit 10 bis 49 Beschäftigten. Der Grund dafür ist nach IAB-Angaben, dass kleinere Unternehmen oft keine festen Betriebsärztinnen oder -ärzte haben.

Besonders wenige Impfungen gibt es aktuell im Baugewerbe sowie im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. „Das liegt vor allem daran, dass Beschäftigte in systemrelevanten Berufen, zu denen auch das Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen gehört, frühzeitig ein Impfangebot erhielten“, sagte Fitzenberger. Überdurchschnittlich viele betriebliche Impfangebote gibt es dagegen im Bereich Verkehr und Lagerei.

Coronavirus wird in Hessen landesweit im Abwasser gesucht

Abwässer in ganz Hessen werden künftig systematisch auf Coronaviren untersucht. Die Überwachung soll von Wissenschaftlern der Technischen Universität Darmstadt gesteuert und vom Land Hessen mit rund 1,5 Millionen Euro gefördert werden, wie Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Grüne) am Montag in Wiesbaden mitteilte. Mit den im Abwasser gemessenen Mengen an Viren-Erbgut und dessen Analyse soll das Infektionsgeschehen den Angaben zufolge bis zu 14 Tage schneller abgebildet werden als über die Testung von Einzelpersonen. Zudem könnten noch nicht klinisch nachgewiesene Mutationen sowie lokale Mutationscluster früher erfasst werden.

Für mehr Flexibilität und Geschwindigkeit bei Entnahme und Analyse der Wasserproben sorgt dabei die Entwicklung und Einrichtung eines mobilen Labors, wie es weiter hieß. Die Ministerin wies darauf hin, dass Hessen mit der Erprobung eines landesweiten Monitorings in Abwässern als erstes Bundesland in eine neue Phase der Pandemiebekämpfung starte. Dorn betonte, die TU Darmstadt habe eine europaweit herausragende Expertise im abwasserbasierten Monitoring von SARS-CoV-2 entwickelt. Dank des außergewöhnlichen Engagements der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um die Professorin Susanne Lackner könne man nun bei der Beobachtung, Bewertung und damit letztlich Bekämpfung der Pandemie in Hessen auf ein neues, effektives Instrument zurückgreifen.

14:34

Spahn: Fünf Tage Quarantäne in Schulen - aber mit Schutzkonzepten

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich für einfachere Quarantäne-Regeln bei Coronafällen in Schulklassen ausgesprochen, pocht dafür aber auf Schutzkonzepte. In der Regel solle eine einheitliche Quarantäne von fünf Tagen möglich sein, die dann mit einem negativen Test beendet werden könne, sagte der CDU-Politiker am Montag in Berlin. Gelten solle dies zudem nur für „umsitzende“ Kinder und nicht die ganze Klasse. Voraussetzung dafür sei aber, dass Grundregeln umgesetzt würden, nämlich Maske tragen für alle im Unterricht, regelmäßige Tests und Lüftungskonzepte.

„Dann ist aus unserer Sicht diese alltagstauglichere und gleichzeitig Schutz bietende Lösung möglich“, sagte Spahn vor Beratungen mit den Länder-Gesundheitsministern am Montagnachmittag. So sei es auch in einer Arbeitsgruppe zwischen Ländern, Bund und Robert Koch-Institut (RKI) schon miteinander diskutiert. Spahn sagte, er sehe die Chance, zu dieser einheitlichen Linie als Empfehlung zu kommen. Dabei könne es weiter auch Einzelfallsituationen geben, in denen Gesundheitsämter vor Ort abweichend vorgehen, etwa je nachdem, wie Kinder sitzen.

Bislang gehen die Länder bei einer Quarantänedauer von 14 Tagen unterschiedlich damit um, sollte sich in einer Klasse ein infizierter Schüler finden. Teilweise werden nur Sitznachbarn in Quarantäne geschickt, teils ganze Klassen.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte, eine große gemeinsame Linie der Länder würde für sehr viel Akzeptanz gerade bei Eltern sorgen. Präsenzunterricht sollte, so weit es gehe, dauerhaft möglich gemacht werden.

10:46



Laschet für Auskunftspflicht zu Impfstatus in allen Betrieben

Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat sich für eine Auskunftspflicht über den Impfstatus in allen Betrieben in Deutschland ausgesprochen. „Der Arbeitgeber muss wissen, wer im Betrieb geimpft ist, um Schutzmaßnahmen ergreifen zu können“, sagte der CDU-Vorsitzende am Montag beim „Wahlcheck“ der „Heilbronner Stimme“. Allerdings dürften Nicht-Geimpfte nicht diskriminiert werden. „Man muss das behutsam machen.“ Union und SPD im Bundestag haben sich nur darauf verständigt, dass die Arbeitgeber in Kitas, Schulen und Pflegeheimen die Beschäftigten fragen dürfen, ob sie gegen das Coronavirus geimpft sind. Bisher ist dies nur in Arztpraxen und Kliniken erlaubt.

Laschet sprach sich dagegen aus, angesichts der steigenden Zahlen in der Corona-Krise Ungeimpfte stärker einzuschränken. „Ich bin der Meinung, dass die 3G-Regel gelten sollte.“ Danach stehen bestimmte Bereiche des öffentlichen Lebens neben den Geimpften und Genesenen auch den negativ Getesteten offen. In manchen Bundesländern soll in einigen Bereichen 2G gelten, das heißt, dass Ungeimpfte stärker beschränkt werden sollen. Laschet wollte aber nicht ausschließen, dass es nochmal

Einschnitte für Ungeimpfte gibt. Einen erneuten Lockdown wollte er nur für Geimpfte ausschließen. „Insbesondere Geimpfte sollen keine Nachteile mehr erleiden.“

08:34

Kanzleramtschef für einheitliche Quarantäneregeln an Schulen

Kanzleramtschef Helge Braun hat sich für bundesweit einheitliche Quarantäneregeln etwa an Schulen ausgesprochen. „Ich wünsche mir eine einheitliche Regelung“, sagt der CDU-Politiker im ZDF. Die Länder und Kommunen sollten sich an dem Ministerpräsidenten-Beschluss von fünf Tage Quarantäne orientieren. Hintergrund ist, dass die 16 Länder, aber auch einzelne Kommunen die Quarantäneregeln verschieden auslegen. Die deutschen Amtsärzte hatten ebenfalls bundesweit einheitliche Quarantäneregeln bei Infektionsfällen in Schulen gefordert.

08:01

Neuseeland hebt landesweiten Lockdown nach drei Wochen auf

Neuseeland hebt den landesweiten Corona-Lockdown nach drei Wochen weitgehend wieder auf. Die Beschränkungen würden ab Mittwoch gelockert, sagte Ministerpräsidentin Jacinda Ardern am Montag. Lediglich in der Großstadt Auckland auf der Nordinsel, dem Zentrum des derzeitigen Ausbruchs, würden die Regeln zunächst weiter gelten, so Ardern.

Die Regierung in dem Inselstaat hatte am 18. August nach der Entdeckung eines einzigen Corona-Falls einen landesweiten Lockdown verhängt. Ende August wurden zeitweise mehr als 80 Fälle am Tag verzeichnet. Mittlerweile ist die Zahl aber auf etwa 20 gesunken.

Einige Regeln sollen dennoch weiter bestehen bleiben. So müssen die Bürger jetzt in Innenräumen Masken tragen. Zudem dürfen sich in geschlossenen Räumen nur noch maximal 50 Personen versammeln, im Freien bis zu 100 Personen.

Neuseeland hat lange eine Null-Covid-Strategie verfolgt, so dass die Menschen weitgehend normal leben konnten – monatelang auch ohne obligatorische Masken. Die hochansteckende Delta-Variante habe „das Spiel aber verändert“, betonte Arden. „Um das Virus zu schlagen, müssen wir jetzt auch unseren Spielplan ändern.“

Das Land im Südpazifik hat sich seit März 2020 weitgehend von der Außenwelt abgeschottet. Nur noch Staatsbürger und Menschen mit Wohnsitz im Land dürfen einreisen. Neuseeland gilt weltweit als Vorzeigestaat im Kampf gegen die Pandemie. Bislang wurden nur rund 3700 Infektionen bestätigt, 27 Menschen sind in Verbindung mit Covid-19 gestorben. 1,3 Millionen der fünf Millionen Einwohner sind mittlerweile vollständig geimpft.

06:15

Umfrage: Mehrheit für strengere Corona-Regeln für Ungeimpfte

Mögliche striktere Corona-Beschränkungen für Ungeimpfte als für Geimpfte etwa beim Zugang zu Veranstaltungen in Innenräumen treffen laut einer Umfrage mehrheitlich auf Zustimmung. In der Befragung des Meinungsforschungsinstituts YouGov befürworteten es 58 Prozent, wenn für Ungeimpfte strengere Regeln gelten würden – 28 Prozent halten dagegen gleiche Regeln wie für Geimpfte und Genesene für richtig. Weitere 9 Prozent der Befragten gaben an, alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie abzulehnen.

05:57

Westaustralien will sich bis 2022 vom Rest des Landes abschotten

Der australische Bundesstaat Westaustralien mit der Metropole Perth wird voraussichtlich erst im kommenden Jahr wieder seine wegen der Corona-Pandemie geschlossenen Grenzen zum Rest des Landes öffnen. Erst wenn 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung geimpft seien, dürften Menschen aus Regionen mit besonders hohen Infektionszahlen wie New South Wales, Victoria und Australian Capital Territory

(ACT) wieder in den Bundesstaat einreisen, sagte Regional-Premierminister Mark McGowan am Montag.

05:51

Amtsärzte dringen auf einheitliche Quarantäneregeln an Schulen

Amtsärzte fordern bundesweit einheitliche Quarantäneregeln bei Corona-Infektionsfällen in Schulen. „Die Verunsicherung bei Eltern, Lehrerinnen und Lehrern durch die vielen unterschiedlichen Quarantäneregeln ist groß“, sagte die Vorsitzende des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, Ute Teichert, den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Montag). Zum Teil gebe es nicht nur unterschiedliche Verfahren in den Ländern, sondern auch zwischen einzelnen Gesundheitsämtern. „Die Länder müssen sich jetzt dringend auf bundeseinheitliche Quarantäneregeln für Schulen einigen. Das schafft Sicherheit und erleichtert die Akzeptanz der Maßnahmen“, argumentierte Teichert.

05:09

RKI meldet 4749 Neuinfektionen - Inzidenz steigt auf 84,3

Das Robert-Koch-Institut meldet 4749 neue Positiv-Tests. Das sind 190 mehr als am Montag vor einer Woche, als 4559 Neuinfektionen gemeldet wurden. Die Sieben-Tage-Inzidenz steigt auf 84,3 von 83,1 am Vortag. Acht weitere Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus. Damit erhöht sich die Zahl der gemeldeten Todesfälle binnen 24 Stunden auf 91.354. Insgesamt fielen in Deutschland bislang mehr als vier Millionen Corona-Tests positiv aus.

01:37



Ostbeauftragter warnt vor stark steigenden Fallzahlen

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung warnt vor stark steigenden Corona-Fallzahlen in den neuen Bundesländern. „Wenn die Schulferien in allen fünf neuen Ländern zu Ende sind, werden die Infektionszahlen mit großer Sicherheit deutlich steigen“, sagt Marco Wanderwitz (CDU) den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Montagausgaben). Einmal, weil das Virus gerade im Osten auf eine im Vergleich zum Westen hohe Zahl von Ungeimpften treffe. Aber auch deshalb, weil hier die Zahl derjenigen groß sei, die die Schutzmaßnahmen verweigerten. „Ich rechne damit, dass die Inzidenzen im Osten in wenigen Wochen höher sein werden als jetzt im Westen. Ich fürchte, es wird dann kein Halten geben und wir werden ähnlich dramatische Verhältnisse haben wie im vergangenen Herbst.“

00:26

Lehrerverband mahnt Umsicht in Schul-Quarantänedebatte an

In der Debatte über Corona-Quarantänemaßnahmen an Schulen hat der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes Umsicht angemahnt. „Wenn eine gute Lüftung im Klassenzimmer gewährleistet ist, wenn vielleicht sogar eine Raumluftfilteranlage drin ist, dann muss man nicht die Kinder einer ganzen Klasse in Quarantäne schicken“, sagte Heinz-Peter Meidinger im Podcast „Die Schulstunde“ des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND). „Dann kann man sich auch auf die unmittelbaren Banknachbarn konzentrieren.“ Auch ob es eine Maskenpflicht gebe, spiele dabei eine Rolle. Geimpfte Kinder müsse man nicht in Quarantäne schicken.

05.09.2021

21:38

Israel teilt Daten über Auffrischungsimpfungen mit den USA

Israel teilt seine Daten über Auffrischungsimpfungen mit den USA. Ein Vertreter des Gesundheitsministeriums sagte, die US-Arzneimittelbehörde FDA habe um eine Unterrichtung gebeten. Ein virtuelles Treffen solle am 17. September stattfinden,

diskutiert werde dabei unter anderem über eine dritte Impfung mit dem Mittel von BioNTech/Pfizer. Israel hatte im Juli damit begonnen, älteren Bürgern eine Zusatzimpfung anzubieten. Die USA wollen ab dem 20. September mit Auffrischungsimpfungen beginnen.

20:29



Til Schweiger nennt Impfung bei Kindern „entsetzlich“

Der Schauspieler Til Schweiger hat sich in einem Trailer zu einem Film gegen die Corona-Impfung von Kindern positioniert. Schweiger sagt in dem Video: „Für Kinder ist dieses Virus absolut harmlos und die Gefahr von so einer Impfung, die man nicht erforscht hat, ist ungleich höher als der Virus selber, deswegen halte ich persönlich das für entsetzlich, entsetzlich finde ich das.“

Es soll sich bei dem Film „Eine andere Freiheit“ um eine Dokumentation handeln. Dahinter stecken nach Angaben der Produktionsfirma die österreichischen Filmemacher Patricia Josefine Marchart und Georg Sabransky, der sich offenbar bereits länger gegen die Corona-Maßnahmen engagiert. In dem Film soll auch der Regisseur Dietrich Brüggemann auftauchen, einer der Mitinitiatoren der Video-Aktion #allesdichtmachen, die im April für Aufsehen gesorgt hatte.

Schweiger spricht in dem Trailer auch davon, dass das Grundgesetz durch die Corona-Politik „praktisch außer Kraft gesetzt“ worden sei.

19:44

Merz drängt FDP zu Absage an Ampel-Koalition

Der CDU-Wirtschaftspolitiker Friedrich Merz hat die FDP aufgefordert, eine Ampel-Koalition mit SPD und Grünen im Bund auszuschließen. Die Liberalen sollten sich „klarer und deutlicher artikulieren“ und sagen, dass sie für eine Ampel nicht zur Verfügung stünden, sagte er am Sonntag in der ARD. Merz gehört zum achtköpfigen sogenannten „Zukunftsteam“ von Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet, mit dem dieser jüngst in die heiße Phase des Wahlkampfes startete.

FDP-Chef Christian Lindner vermied in der ARD eine Festlegung, ob eine Ampelkoalition infrage komme. Er werbe für eine starke FDP mit einer eigenständigen Rolle. „Unser Angebot ist eine Politik der Mitte – angesichts der Flirts von Rot-Grün mit der Linken und auch angesichts der gegenwärtigen Schwäche der Union.“ Wichtig sei aber weiter, dass die Union der FDP in der Sache näher stehe als SPD oder Grüne. Diese stünden für Offenheit für Enteignung, Bürokratismus und Umverteilung, Subventionierung und höhere Steuern. „Das ist jetzt nicht ein Programm, das eine innere Verwandtschaft zu unserem Programm hat.“

17:41

Gesundheitsminister beraten über Quarantäne

Die Gesundheitsminister der Länder wollen an diesem Montag über Quarantäne bei Schülern sprechen. Dabei soll es um „möglichst einheitliche Regeln“ gehen, wie der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz, Klaus Holetschek (CSU) aus Bayern, sagte.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte vor kurzem genau das gefordert: „Wir brauchen einheitliche Vorgaben für die Quarantäne in Schulen. Darauf sollten sich die Gesundheitsminister der Länder endlich einigen“, sagte er am Freitag dem „Spiegel“. Wenn die Schüler im Unterricht Masken trügen, müsse man nicht die ganze

Klasse in Quarantäne schicken, wenn ein positiver Fall auftrete. „Pragmatisch wäre, dass nur die Sitznachbarn für fünf Tage in Quarantäne gehen und sich dann freitesten können“, so Spahn.

16:56

Laschet für baldiges Ende von Corona-Hilfen für Unternehmen

Unionskanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) spricht sich für ein zügiges Ende der Corona-Hilfen für Unternehmen aus. „Ziel muss die schnelle Rückkehr zur normalen Wirtschaft sein“, sagte Laschet den Zeitungen der Funke Mediengruppe vom Samstag. Der Staat könne „nicht auf Jahre diese großen Leistungen erbringen“. Er sprach sich gegen Steuererhöhungen aus – die SPD übte daran Kritik.

„Die Wirtschaft beginnt gerade sich zu berappeln“, hob Laschet hervor. Wenn dies gelinge, würden „auch die pandemisch bedingten Wirtschaftshilfen enden“.

Steuererhöhungen seien in dieser Lage allerdings tabu. Entsprechende Pläne der SPD „würgen den zarten Aufschwung ab“, warnte der CDU-Chef.

16:06

Bericht: Deutlich mehr Impfungen als gemeldet

Die Zahl der Impfungen in Deutschland ist laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „[Spiegel](#)“ deutlich höher als gedacht. Das gehe aus Erhebungen der Kassenärztlichen Vereinigungen in mehreren Bundesländern hervor. Im zweiten Quartal sind demnach mindestens 350 000 verabreichte Dosen dem Robert Koch-Institut (RKI) nicht gemeldet worden und tauchen nicht in der bundesweiten Impfquote auf. Laut RKI sind derzeit mehr als 61 Prozent aller Einwohner vollständig gegen das Coronavirus geimpft.

Eine solche Lücke war zunächst in Hamburg bekannt geworden, wo bis Ende Juni rund 71 000 Impfungen nicht erfasst waren. In Bayern liegt die Lücke dem Bericht vom Sonntag zufolge bei rund 150 000, in Baden-Württemberg und Berlin jeweils bei rund 50 000 Impfungen. Sachsens Praxen haben rund 29 000 Impfungen nicht gemeldet. Im

Saarland und in Brandenburg gab es dagegen offenbar zusammen genommen rund 18 000 weniger Impfungen als gemeldet.

Die Praxen erfassen die Impfungen doppelt: einmal über ein Portal des RKI, zum anderen über ihre Abrechnungssoftware. Bei einem Vergleich dieser Zahlen seien die Differenzen zu Tage getreten.

16:04

Zehntausende demonstrieren in Amsterdam gegen Corona-Politik

Zehntausende Menschen haben am Sonntag in Amsterdam gegen die Corona-Politik der niederländischen Regierung demonstriert. Die Stimmung bei dem Protestzug durch das Zentrum der Hauptstadt war friedlich, es wurde getrommelt und getanzt und Teilnehmer hatten Luftballons dabei, wie auf Fernsehbildern zu sehen war. Einige der Transparente richteten sich gegen die Regierung, andere gegen die Corona-Schutzimpfung, man wolle seine Grundrechte zurück, hieß es. „Gemeinsam für die Niederlande“ lautete das Motto der Demonstration, an der sich auch der Rechtspopulist Thierry Baudet beteiligte.

15:14

Ministerpräsident: Israel kann Lockdown wegen Auffrischungen vermeiden

Der israelische Ministerpräsident Naftali Bennett hält einen vollständigen Lockdown während der jüdischen Feiertage in den kommenden Wochen wegen der Auffrischungsimpfungen gegen das Coronavirus für unnötig. Die Regierung hat Familien aufgerufen, große Versammlungen zu vermeiden. Gebeten in Synagogen dürfen nur kleine Gruppen Geimpfter beiwohnen. Bennett sagte dem Kabinett am Sonntag, Kinder, die nicht geimpft seien, sollten nicht mit in die Synagogen kommen.

Israelis begehen am Montagabend das jüdische Neujahrsfest Rosch Haschana. In den kommenden Wochen gibt es auch den Fastentag Jom Kippur und das einwöchige Fest

Sukkot. Die Feiertagszeit im vergangenen Jahr hatte zu einem Anstieg der Coronavirus-Infektionen geführt. Danach gab es einen vollständigen Lockdown.

13:16



Deutschland will 100 Millionen Impfdosen stellen

Deutschland will bis Jahresende 100 Millionen Impfdosen in der internationalen Corona-Impfkampagne zur Verfügung stellen. „Das ist so viel wie wir bisher auch in unserem Land verimpft haben“, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn am Sonntag am Rande des G20-Treffens der Gesundheitsminister in Rom. Ziel sei es, bis zum Ende des Jahres mindestens 40 Prozent der Weltbevölkerung geimpft zu haben. Die Pandemie sei erst vorbei, wenn sie auf der ganzen Welt vorbei sei, so der CDU-Politiker. Ansonsten könnten Varianten entstehen, die dann auch Deutschland wieder erreichten und zu Problemen führten.

Beim zweitägigen Treffen der Gesundheitsminister aus den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern (G20) ist die Corona-Pandemie ein zentrales Thema. Laut Italiens Gesundheitsminister Roberto Speranza strebt Italien an, den „Pakt von Rom“ zu unterzeichnen, um die Bewohner der ganzen Welt zu impfen. Kein Land könne sich selbst retten und die Impfstoffe seien die Waffe, die man habe. Italien hält derzeit den Vorsitz der G20-Staaten.

Die Gesundheitsminister wollen weitere Schritte in der Pandemie beraten. Es gehe unter anderem um den aktuellen Kampf gegen Covid-19 sowie um künftige Strategien gegen drohende Pandemien. Die Minister sprechen über Wege, wissenschaftliche Erkenntnisse und den Zugang zu Impfstoffen auf der Welt besser und gerechter zu verteilen. Das Ziel sei „eine starke Botschaft der Zusammenarbeit, Solidarität und Gerechtigkeit, unter der Überzeugung, dass niemand abgehängt wird“, hieß es von den Veranstaltern in Italien.

11:38

RKI meldet mehr als vier Millionen Corona-Infektionen

In Deutschland ist die Gesamtzahl der bestätigten Corona-Infektionen laut dem Robert-Koch-Institut (RKI) auf mehr als vier Millionen gestiegen. Insgesamt 4.005.641 Fälle wies das RKI am Sonntag auf seiner Website

Experience

aus. Das RKI meldete 10.453 neue Positiv-Tests, 2037 mehr als am Sonntag vor einer Woche. Die Sieben-Tage-Inzidenz stieg auf 83,1 von 80,7 am Samstag. Der Wert gibt an, wie viele Menschen je 100.000 Einwohner sich in den vergangenen sieben Tagen mit dem Coronavirus angesteckt haben. 21 weitere Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus. Damit erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Todesfälle binnen 24 Stunden auf 92.346.

10:59

Angriff auf mobiles Impfteam in Gera

Bei einem Angriff auf ein mobiles Impfteam sind am Samstag in Gera zwei medizinische Fachkräfte verletzt worden. Die Impfaktion gegen das Coronavirus wurde daraufhin abgebrochen, wie das thüringische Gesundheitsministerium und die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen mitteilten. Demnach hatte ein Mann einen Impfnachweis gefordert, ohne eine Impfung erhalten zu haben. Als ihm dies verweigert wurde, schlug er auf Mitarbeitende des Impfteams ein.

Die Impfaktion hatte in einem Einkaufszentrum stattgefunden. Der Angreifer konnte gefasst werden. Die Kassenärztliche Vereinigung erstattete Anzeige. KV-Chef Annette Rommel verurteilte den Angriff in scharfer Form: „Es ist unfassbar, dass Menschen, die die Corona-Pandemie hochgradig engagiert in vorderster Front bekämpfen, angegriffen werden.“

Thüringens Gesundheitsministerin Heike Werner (Linke) sagte: „Aus der Hetze der Impfgegner werden Taten. Das können wir als Gesellschaft nicht akzeptieren.“ Die Impfteams seien unterwegs, damit sich Menschen vor der Infektion schützen.

09:32



Polizei räumt Berliner Mauerpark - Feiernde werfen Flaschen

Die Berliner Polizei hat am Samstagabend erneut den Mauerpark im Stadtteil Prenzlauer Berg geräumt. Eine Einsatzkraft wurde dabei leicht verletzt, wie eine Polizeisprecherin am Sonntagmorgen sagte. Rund 1200 Feiernde hätten sich am späten Abend noch in dem Park aufgehalten. Die Polizei habe daraufhin begonnen, das Gelände zu räumen. Vereinzelt wurde mit Flaschen auf die Beamten geworfen. Ob es Festnahmen gab, konnte die Sprecherin zunächst nicht sagen.

Immer wieder sind in den vergangenen Wochen Tausende Menschen aufgrund der Corona-Pandemie für Partys in die Berliner Parks ausgewichen. Nach Anwohner-Beschwerden wegen der Lautstärke rückte in der Regel die Polizei an. Häufiger kam es dabei auch zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Feiernden und Beamten. Bei Krawallen im James-Simon-Park in Mitte etwa wurden Anfang August 19 Polizisten durch Flaschen- und Steinwürfe verletzt.

Für den James-Simon-Park hat der zuständige Bezirk deshalb Beschränkungen erlassen. Erst vor wenigen Tagen sperrte auch der Bezirk Treptow-Köpenick Teile des Treptower Parks ab einer bestimmten Uhrzeit.

05:23

Berlins Regierender Bürgermeister beklagt: „Impffortschritt sehr zäh geworden“

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat das langsame Tempo beim Impfen beklagt. „Inzwischen ist es mit dem Impffortschritt sehr zäh geworden. Wir kämpfen um jede einzelne Impfung, obwohl wir ausreichend Impfstoff und eine gute Infrastruktur haben“, sagte Müller der Deutschen Presse-Agentur. „Wir müssen daher mit kreativen Impfangeboten wie mit der Clubnacht, dem Impfen auf Parkplätzen, in der S-Bahn oder im Alexa weitermachen.“ Das bringe durchaus etwas, so Müller. „Wir haben mit diesen Angeboten rund 50 000 zusätzliche Impfungen in den letzten Wochen ermöglichen können.“

Es sei erstaunlich, dass es nach dieser langen Pandemiephase immer noch so schwer sei, die Menschen von der Wichtigkeit dieser Impfung zu überzeugen.

05:02

Inzidenz steigt auf 83,1

Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen ist erneut angestiegen – auf jetzt 83,1. Das meldet das RKI. Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich mehr als vier Millionen Menschen in Deutschland nachweislich mit dem Erreger Sars-CoV-2 infiziert.

03:27

Brasilien setzt Verwendung von 12 Millionen Sinovac-Impfdosen aus

Die brasilianische Gesundheitsbehörde Anvisa setzt die Verwendung von mehr als 12 Millionen Dosen des von der chinesischen Sinovac Biotech Ltd entwickelten Corona-Impfstoffs für 90 Tage aus. Nach Informationen der Behörde wurden die Impfdosen in einer nicht von Anvisa zugelassenen Anlage hergestellt. Anvisa werde versuchen, die Anlage zu inspizieren. Weitere neun Millionen Impfdosen aus der gleichen Produktionsstätte seien bereits auf dem Weg nach Brasilien.

04.09.2021

19:59



Massenproteste in Frankreich gegen Corona-Politik von Macron

In Frankreich haben am achten Wochenende in Folge wieder Zehntausende Menschen gegen die verschärften Corona-Regeln demonstriert. Landesweit wurde am Samstag zu 200 Protestzügen aufgerufen. Die quer durch das Land organisierten Demonstrationen richteten sich gegen den von Präsident Emmanuel Macron und der Regierung

verlangten Gesundheitspass zum Nachweis von Impfung, Genesung oder negativem Test sowie die Impfpflicht bestimmter Berufsgruppen, darunter Beschäftigte im Gesundheitswesen. In zahlreichen Städten wurden erneut Tausende Teilnehmer gezählt. Im südfranzösischen Montpellier sollen laut Präfektur mindestens 6000 Menschen auf die Straße gegangen sein, in Avignon rund 4000. Das französische Innenministerium ging für diesen Samstag wieder von bis zu 170.000 Teilnehmern landesweit aus. Im Juli und August waren an mehreren Samstagen jeweils mehr als 200.000 Menschen auf die Straße gegangen. Der in der landesweiten Corona-App speicherbare Gesundheitspass wird mittlerweile unter anderem zum Besuch von Museen, Schauspielhäusern, Kinos, Cafés und Restaurants sowie bei Reisen per Fernzug oder Flugzeug verlangt.

18:14

Zwei Verletzte bei Angriff auf Impfteam in Gera

Bei einer Corona-Impfkaktion in Gera am Samstag ein mobiles Impfteam angegriffen worden. Dabei seien zwei Mitglieder des Teams verletzt worden, teilte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums mit. Die Polizei bestätigte den Vorfall, der sich am Nachmittag in einem Einkaufszentrum ereignete. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) hatte der Mann am Nachmittag eine Impfbescheinigung verlangt, wollte sich aber nicht impfen lassen. Als die Mitarbeiter ihm sagten, dass es ohne Impfung keine Bescheinigung gebe, sei der Mann „ausgetickt“. Er habe eine medizinische Fachangestellte und einen Helfer verletzt.

15:28



Lauterbach: „Wenn die Zahlen weiter so steigen, müssen wir vermehrt 2G einführen – je früher, desto besser“

Angesichts wieder steigender Infektionszahlen hat der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach striktere Corona-Maßnahmen ab Herbst gefordert. „Wenn die Zahlen weiter so steigen, müssen wir vermehrt 2G einführen – je früher, desto besser“, sagte

er dem „Business Insider“ mit Bezug auf Geimpfte oder Genesene. Nur so sei es möglich, die Infektionskurve zu senken.

„Einen weiteren Lockdown halte ich nicht für notwendig“, sagte Lauterbach weiter. „Die einzige Frage ist, wann und wo kommt 2G. Anders kriegt man die Zahlen nicht nach unten.“ Besonders bei Clubs, Restaurants und Kneipen müssten die Vorgaben strenger werden.

Auch der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen sagte dem Portal, angesichts der steigenden Zahl an Patienten in den Kliniken und auf den Intensivstationen seien „flächendeckend 2G-Maßnahmen“ nötig, um die Fallzahlen und die Hospitalisierungsrate zu drücken. Das wäre indes vermeidbar gewesen, wenn im Sommer die 3G-Regeln konsequent umgesetzt worden wären, fuhr er fort. 3G schließt auch Getestete mit ein.

„Bis heute ist 3G eine politische Fiktion, die kaum effektiv kontrolliert wird“, kritisierte Dahmen. „So lässt sich die vierte Welle nicht bremsen.“ Deutschlandweit müssten 3G-Regeln für alle Indoor-Aktivitäten bis zu einem Schwellenwert der Inzidenz von 50 gelten. „Darüber gilt 2G.“ Das müsse auch kontrolliert werden.

15:22

Lauterbach fordert striktere Corona-Maßnahmen ab Herbst

Angesichts wieder steigender Infektionszahlen hat der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach striktere Corona-Maßnahmen ab Herbst gefordert. „Wenn die Zahlen weiter so steigen, müssen wir vermehrt 2G einführen – je früher, desto besser“, sagte er dem Portal „Business Insider“ mit Bezug auf Geimpfte oder Genesene. Nur so sei es möglich, die Infektionskurve zu senken.

„Einen weiteren Lockdown halte ich nicht für notwendig“, sagte Lauterbach weiter. „Die einzige Frage ist, wann und wo kommt 2G. Anders kriegt man die Zahlen nicht nach unten.“ Besonders bei Clubs, Restaurants und Kneipen müssten die Vorgaben strenger werden.

Auch der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen sagte dem Portal, angesichts der steigenden Zahl an Patienten in den Kliniken und auf den Intensivstationen seien

„flächendeckend 2G-Maßnahmen“ nötig, um die Fallzahlen und die Hospitalisierungsrate zu drücken. Das wäre indes vermeidbar gewesen, wenn im Sommer die 3G-Regeln konsequent umgesetzt worden wären, fuhr er fort.

13:56

Mehr als 61 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft

Mehr als 61 Prozent der Menschen in Deutschland sind vollständig gegen das Coronavirus geimpft. Das teilte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Samstag auf Twitter mit. Demnach haben mehr als 54 Millionen Menschen (65,7 Prozent) eine Erstimpfung erhalten. Fast 51 Millionen Menschen (61,2 Prozent) haben den vollen Impfschutz, für den es meist eine zweite Spritze braucht. „Das ist gut – aber wir brauchen noch mindestens 5 Millionen Impfungen für einen sichereren Herbst und Winter“, schrieb der CDU-Politiker am Samstag bei Twitter mit Blick auf vollständige Impfungen.

11:46

Corona-Leugner stürmten slowenisches Staatsfernsehen

Eine Gruppe von Corona-Leugnern und Impfgegnern ist am späten Freitagabend in das Gebäude des slowenischen Staatsfernsehens RTVS eingedrungen. Sie verlangten, dass der Sender ihre Meinung zu diesem Thema darstelle. Die Polizei beendete den Angriff umgehend und nahm 20 Eindringlinge im Nachrichtenstudio des Senders fest, wie die slowenische Nachrichtenagentur STA am Samstag berichtete. „Dies ist ein inakzeptabler Angriff auf die Medien, den Journalismus und die Demokratie“, sagte der Nachrichtenredakteur des Senders, Manica Janezic Ambrozic. Sloweniens Journalistenverband DNS erklärte, der Vorfall sei nur „die Spitze des Eisbergs“ in der „Hasskampagne“, die die Regierung von Premier Janez Jansa gegen die Medien führe.

Die Corona-Leugner protestieren seit vier Monaten immer wieder vor dem Fernsehgebäude und belästigen dort dessen Angestellte. In Slowenien betrug die Inzidenz der Corona-Neuansteckungen in den letzten 14 Tagen 257,3 pro 100 000 Einwohner. 50,8 Prozent der Slowenen haben den vollen Impfschutz.

11:43

3000 Feiernde - Polizei räumt erneut Mauerpark

Die Berliner Polizei hat in der Nacht zum Samstag erneut den Mauerpark im Stadtteil Prenzlauer Berg geräumt. Rund 3000 Feiernde hätten sich gegen Mitternacht noch in dem Park aufgehalten, teilte ein Polizeisprecher am Samstag mit. Die Polizei habe daraufhin begonnen, das Gelände zu räumen. Es seien Beleidigungen gegen die Beamten gefallen, vereinzelt sei mit Flaschen geworfen worden, sagte der Sprecher. Verletzt worden sei niemand. Auch Festnahmen habe es demnach keine gegeben. Zuvor hatte die „B.Z.“ berichtet.

11:07

Lehrerverband lehnt Impfauskunftspflicht ab

Der Deutsche Lehrerverband lehnt eine Impfauskunftspflicht ab und spricht sich für die Einführung einer konsequenten 3G-Regel an den Schulen aus. Auf diese Weise lasse sich das Ziel eines hohen Gesundheitsschutzes im Schulbereich genauso erreichen wie mit der umstrittenen Impfauskunftspflicht, sagte Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe. Nach der 3G-Regel bleibe es den Betroffenen überlassen, ob sie einen Impf- oder Genesungsnachweis vorlegen oder eine tägliche Testung machten.

„Diese 3G-Regel sollte für Schüler und Lehrkräfte gleichermaßen gelten“, fügte Meidinger hinzu. Die 3G-Regel könne gelten, solange nicht alle Mitglieder der Schulfamilie ein Impfangebot erhalten haben und wahrnehmen konnten, was derzeit unter anderem noch für sämtliche jüngeren Kinder gelte.

09:50

Gut 1200 Menschen lassen sich in Elphi und Volksparkstadion impfen

Mehr also 1200 Menschen haben sich bei Aktionen in der Elbphilharmonie und im Volksparkstadion gegen Corona impfen lassen. In der Elbphilharmonie holten sich am Freitag 831 Menschen den Pils gegen das Virus ab, im Volksparkstadion waren es 411, wie die Hamburger Gesundheitsbehörde am Samstag mitteilte. „Wir sind sehr erfreut darüber, dass durch die Impfangebote an dezentralen Orten die Impfquote weiter steigt“, sagte eine Behördensprecherin. Auch in den kommenden Wochen werde daher weiterhin auf niedrigschwellige Impfmöglichkeiten in originellem Ambiente gesetzt.

09:30

Spahn verteidigt Auffrischungsimpfungen für Senioren

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat das Vorgehen von Bund und Ländern verteidigt, noch vor einer offiziellen Empfehlung der Ständigen Impfkommission (Stiko) Auffrischungsimpfungen für Senioren und Immungeschwächte gegen Covid-19 anzubieten. „Ich will nicht warten, bis in den Pflegeheimen wieder Menschen sterben“, sagte Spahn dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“: „Dass wir jetzt mit den Booster-Impfungen begonnen haben, ist vorausschauendes, vorsorgliches Handeln. Damit schützen wir Menschenleben.“

Es gebe bereits viele Studien, die eindeutig belegten, dass Booster-Impfungen für Hochbetagte, Pflegebedürftige und Menschen mit bestimmten Immunerkrankungen sinnvoll seien, argumentierte Spahn. „Wir haben genug Impfstoff, um mit Booster-Impfungen für mehr Schutz zu sorgen. Also sollten wir auch handeln.“

08:29

Neuseeland meldet ersten Todesfall seit gut einem halben Jahr

Neuseeland hat seinen ersten Corona-Todesfall seit mehr als einem halben Jahr gemeldet. Eine um die 90 Jahre alte Frau sei in der Nacht in einem Krankenhaus in Auckland an den Folgen der Infektion gestorben, teilten die Behörden mit. Wegen Vorerkrankungen habe die Frau nicht künstlich beatmet werden können.

Die Frau ist das 27. Corona-Todesopfer in Neuseeland überhaupt und das erste Opfer der Pandemie seit dem 16. Februar. Neuseeland kämpft seit Mitte August gegen einen Corona-Ausbruch. Als Gegenmaßnahme wurde ein landesweiter Lockdown verhängt.

Seit dem neuen Ausbruch wurden 782 Corona-Infektionen nachgewiesen, vornehmlich in Auckland, der mit 1,7 Millionen Einwohnern größten Stadt Neuseelands. In den vergangenen Tagen ging die Zahl der täglichen Neuinfektionen wieder zurück. Der nun gemeldete Tod einer Infizierten sei jedoch „eine zutiefst traurige Erinnerung“ daran, warum Corona-Restriktionen notwendig seien, erklärte die neuseeländische Regierungschefin Jacinda Ardern.

05:36

Praxisärzte: Noch Unentschlossene jetzt für Impfungen erreichen

Die Praxisärzte werben für mehr Corona-Impfungen im Herbst. „Jetzt geht es vor allem darum, die noch Unentschlossenen zu erreichen“, sagte der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, der Deutschen Presse-Agentur. „Hier sollte der Hauptfokus der Anstrengungen liegen, noch vor den Auffrischimpfungen.“ Dabei gelte: „Erlaubt ist, was hilft.“ So seien niederschwellige Impfangebote ohne Terminvereinbarungen gute Beispiele für sinnvolle Maßnahmen. „Wir müssen Vertrauen in die Impfung erreichen und sie nicht mit Zwang durchsetzen wollen.“ Das Impf-Tempo war zuletzt stark zurückgegangen.

04:05



Intensivmediziner: Sorge vor dem Herbst, falls Impfquote nicht steigt

Die Intensivmediziner warnen für den Fall, dass die Corona-Impfquote in Deutschland nicht deutlich ansteigt, vor vielen Intensivpatienten im Oktober und November. „Wir sehen schon jetzt, wie stark sich die Delta-Variante in geschlossenen Räumen ausbreitet“, sagte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin, Christian Karagiannidis, der „Augsburger

Allgemeinen“ (Samstag). „Wenn wir bis Oktober nicht die Impfquote deutlich nach oben bringen, bekommen wir im Herbst einen richtig starken Anstieg der Corona-Fälle auf den Intensivstationen.“ Die Entwicklung könne für den Fall, dass die Impfquote kaum noch steigt, relativ genau vorausberechnet werden.

02:59

Spahn verteidigt Start von Corona-Auffrischungsimpfungen vor Stiko-Empfehlung

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat das Vorgehen von Bund und Ländern verteidigt, noch vor einer offiziellen Empfehlung der Ständigen Impfkommision (Stiko) Corona-Auffrischungsimpfungen für Senioren und Immungeschwächte anzubieten. „Ich will nicht warten, bis in den Pflegeheimen wieder Menschen sterben“, sagte Spahn dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (Samstagsausgaben). Den Beginn der Booster-Impfungen diesen Monat bezeichnete er als „vorausschauendes, vorsorgliches Handeln“. „Damit schützen wir Menschenleben“, betonte Spahn.

02:07

Laschet für baldiges Ende von Corona-Hilfen für Unternehmen

Unionskanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) spricht sich für ein zügiges Ende der Corona-Hilfen für Unternehmen aus. „Ziel muss die schnelle Rückkehr zur normalen Wirtschaft sein“, sagte Laschet den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Samstagsausgaben). Der Staat könne „nicht auf Jahre diese großen Leistungen erbringen“.

„Die Wirtschaft beginnt gerade sich zu berappeln“, hob Laschet hervor. Wenn dies gelinge, würden „auch die pandemisch bedingten Wirtschaftshilfen enden“. Steuererhöhungen seien in dieser Lage allerdings tabu. Entsprechende Pläne der SPD „würgen den zarten Aufschwung ab“, warnte der CDU-Chef.

Kuba startet Corona-Impfkampagnen für Kinder zwischen zwei und 18 Jahren

Kuba hat am Freitag (Ortszeit) mit einer Corona-Impfkampagne bei Kindern im Alter zwischen zwei und 18 Jahren begonnen. Zunächst sollen Kinder ab zwölf Jahren die in Kuba entwickelten Corona-Impfstoffe Abdala und Soberana erhalten, ab dem 15. September sind die jüngeren Kinder dran. Die kommunistische Regierung des Karibikstaates sieht in der Impfkampagne eine Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts.

Wegen der Corona-Pandemie waren Kubas Schulen seit März 2020 die meiste Zeit geschlossen. Die Kinder und Jugendlichen wurden via Fernsehen unterrichtet. Wenn am Montag das neue Schuljahr in Kuba beginnt, sollen alle Schüler solange Fernunterricht bekommen, bis alle für eine Corona-Impfung in Frage kommenden Kinder und Jugendliche die Impfspritzen erhalten haben. Die Behörden planen, die Schulen ab Oktober schrittweise wieder zu öffnen.

01:23

Karliczek fordert „klare Linie“ bei Quarantäneregeln in der Schule

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hat die Länder aufgefordert, sich bei Corona-Quarantäneregeln in der Schule auf eine „klare Linie“ zu verständigen. Diese solle den Gesundheitsämtern aber auch „notwendige Spielräume im Einzelfall“ lassen, sagte die CDU-Politikerin dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND, Samstag). Das Robert Koch-Institut überarbeite auch seine Empfehlungen. „Grundsätzlich gilt: Die Empfehlungen sollten die Richtschnur sein. Ich würde mich freuen, wenn die Quarantänezeit von 14 Tagen für Kinder mit einer klugen Teststrategie verkürzt werden könnte.“

Bislang gibt es in den Ländern höchst unterschiedliche Vorgaben für die Quarantäne, sollte sich in einer Klasse ein infizierter Schüler finden. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hatte zuletzt darauf gedrungen, die Regeln zu vereinheitlichen. „Wir brauchen einheitliche Vorgaben für die Quarantäne in Schulen. Darauf sollten sich die

Gesundheitsminister der Länder endlich einigen“, sagte der CDU-Politiker am Freitag dem „Spiegel“. Wenn die Schüler im Unterricht Masken trügen, müsse man nicht die ganze Klasse in Quarantäne schicken, wenn ein positiver Fall auftrete. „Pragmatisch wäre, dass nur die Sitznachbarn für fünf Tage in Quarantäne gehen und sich dann freitesten können.“

01:01

Laschet kritisiert Kompromiss zur Impfabfrage als unzureichend

Unionskanzlerkandidat Armin Laschet hat den Kompromiss der großen Koalition zur Impfabfrage in Unternehmen als unzureichend kritisiert. „Aus Gründen der Betriebssicherheit sollte es Arbeitgebern erlaubt sein, sich nach Impfungen in der Belegschaft zu erkundigen – natürlich unter der Voraussetzung, dass diese Informationen vertraulich bleiben“, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Samstagsausgabe) laut Vorabbericht. „Leider war das im Bund mit der SPD für alle Unternehmen nicht zu machen.“ Immerhin sei erreicht worden, dass die Arbeitgeber in besonders sensiblen Bereichen ein Auskunftsrecht bekämen, also in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. „Angesichts der aktuellen pandemischen Lage ist das aus Sicht des Infektionsschutzes auch absolut notwendig.“

Unternehmen, die noch einen Schritt weiter gehen und den Impfnachweis zur Eintrittskarte ins Büro machen, wollte Laschet nicht kritisieren. „Ich teile den Wunsch von Unternehmen und Beschäftigten nach bestmöglichem Gesundheitsschutz“, sagte er. „Deshalb sollten Betriebe und Tarifparteien individuell Lösungen finden, die Vertraulichkeit und Entscheidungsfreiheit respektieren.“ Allerdings solle der Staat hier keine Vorgaben machen. Dem schleppenden Impffortschritt will Laschet nach eigenen Angaben vor allem mit Aufklärung begegnen. Zudem wandte sich Laschet gegen einen weiteren Lockdown: „Es muss gelingen, Lockdowns zu verhindern – insbesondere für Geimpfte. Sie leisten Eigenschutz und viel für die Solidargemeinschaft und dürfen keine Nachteile erleiden. Beschränkungen darf es für sie nicht mehr geben.“

00:21

USA wollen sich besser für künftige Pandemien wappnen

Angesichts der verheerenden Folgen durch die Ausbreitung des Coronavirus wollen sich die USA besser für künftige Pandemien rüsten. Die US-Regierung stellte am Freitag Pläne vor, wie sie das Land für solche Gesundheitskrisen effizienter aufstellen will. Dazu gehöre unter anderem, landesweite Vorräte an Schutzausrüstung aufzustocken, Frühwarnsysteme zur Erkennung neuer gefährlicher Viren zu etablieren und systematisch die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Impfstoffe und Behandlungspräparate rasant entwickelt und hergestellt werden können. Investiert werden müsse etwa auch in öffentliche Labore und die Rekrutierung von Gesundheitsexperten in Kommunen, Bundesstaaten und auf Bundesebene.

03.09.2021

22:21

Studie: Deltavariante führt offenbar nicht zu schwereren Corona-Fällen bei Kindern

Die Deltavariante des Coronavirus führt ersten Erkenntnissen zufolge nicht zu schwereren Verläufen von Covid-19 bei Kindern. Wie eine Studie der US-Gesundheitsbehörde CDC zeigt, unterscheidet sich der Anteil der schweren Krankheitsverläufe bei Kindern aktuell nicht wesentlich von dem im Januar, als in den USA die Alpha-Variante des Coronavirus vorherrschte. Außerdem deuten die Daten auf eine hohe Wirksamkeit des Impfschutzes bei Jugendlichen hin.

Die Rate der Corona-bedingten Krankenhauseinweisungen bei Kindern und Jugendlichen im Alter bis 17 Jahren war in den USA zuletzt wieder stark gestiegen und lag Mitte August bei 1,4 pro 100.000. Die Forscher verglichen daraufhin rund 3100 Krankenhaus-Fälle vom Januar mit 164 aus der aktuellen Delta-Welle und stellten kaum Unterschiede bei der Stärke der Verläufe fest.

Der Anteil der Patienten, die auf eine Intensivstation verlegt werden mussten, lag im Januar vor Auftreten der Deltavariante bei 26,5 Prozent, nun liegt er bei 23,3 Prozent. Vor Delta brauchten 6,1 Prozent der erfassten Patienten Beatmung, mit Delta waren es

9,8 Prozent. Diese Unterschiede sind statistisch nicht signifikant. Für belastbarere Ergebnisse werden nach Aussage der Wissenschaftler jedoch weitere Daten benötigt.

Die Studie zeigt deutlich die Wirksamkeit der Corona-Impfung auch gegen die Deltavariante bei Jugendlichen. In den USA ist eine Impfung ab zwölf Jahren möglich. Zwischen dem 20. Juni und dem 31. Juli waren von 68 ins Krankenhaus eingelieferten Jugendlichen 59 nicht geimpft, fünf einmal und vier doppelt geimpft. Damit ist eine Krankenhausbehandlung bei ungeimpften Jugendlichen im Falle einer Corona-Infektion rund zehnmal so wahrscheinlich wie bei geimpften.

18:39

Spahn: Ungeimpfte Pflegekräfte sollen keinen engen Kontakt mit Schwerstkranken haben

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat seinen Widerspruch gegen eine Impfpflicht für Ärzte und Pflegekräfte bekräftigt. „Wir haben versprochen, dass es keine Impfpflicht geben wird, für wen auch immer“, sagte Spahn dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. „Aber wer sich zum Beispiel als Pflegekraft nicht impfen lassen will, kann nicht erwarten, dass er dann noch in engstem Kontakt mit schwerstkranken Menschen arbeiten kann. Wir wissen doch, wie brutal Corona in den Pflegeheimen gewütet hat“, sagte Spahn.

18:33

Britische Impfgegner greifen Sitz von Arzneimittelbehörde an

Eine Gruppe mutmaßlicher Impfgegner hat am Freitag versucht, den Sitz der britischen Arzneimittelbehörde MHRA in London zu stürmen. Wie auf Videos in sozialen Netzwerken zu sehen war, lieferten sich Demonstranten handgreifliche Auseinandersetzungen mit Polizisten, die verschiedene Eingänge zu dem Gebäude im Osten der britischen Hauptstadt bewachten. Nach Angaben der Polizei wurden mehrere Beamte verletzt.

Britische Impfgegner haben in den vergangenen Wochen immer wieder versucht, in die Gebäude von Medienhäusern in London einzudringen. Ende August gelang es einer Gruppe das Foyer der TV-Produktionsfirma ITN zu besetzen. Ähnliche Szenen hatte es Anfang August bei der ehemaligen BBC-Zentrale im Westen Londons gegeben, die von den Impfgegnern versehentlich ins Visier genommen wurde.

17:51

Baden-Württemberg: Sechs Prozent der Intensivbetten mit Covid-Patienten belegt

Sechs Prozent der in Baden-Württemberg verfügbaren Intensivbetten sind derzeit mit Covid-19-Patienten belegt. Die Zahl der Covid-Fälle auf den Intensivstationen stieg binnen eines Tages um 8 auf 139, wie das Landesgesundheitsamt am Freitag (Stand: 16.00 Uhr) mitteilte. Die Auslastung der Krankenhäuser ist ein wichtiges Kriterium bei der weiteren Bewertung der Pandemielage und für einschränkende Maßnahmen, die bei steigenden Zahlen nach den Plänen der Regierung vor allem Ungeimpfte treffen.

17:41

Britische Impfkommision rät von Impfung 12- bis 15-Jähriger ab

Die britische Impfkommision (JCVI) hat sich überraschend gegen flächendeckende Corona-Impfungen von 12- bis 15-Jährigen ausgesprochen. Die Kommission erweiterte zwar ihre Impfeempfehlung für an Herz, Lungen und Leber erkrankte Kinder und Jugendliche dieser Altersgruppe, eine allgemeine Impfeempfehlung wollte sie aber nicht aussprechen. Zur Begründung hieß es am Freitag in einer Mitteilung der Gesundheitsbehörde Public Health England, die gesundheitlichen Vorteile einer Impfung seien für gesunde Menschen dieser Altersgruppe marginal.

Bislang lautete die Empfehlung der Kommission, 12- bis 15-Jährige nur zu impfen, wenn sie in die Gruppe der besonders durch Covid-19 gefährdeten Menschen fallen. Dazu gehören beispielsweise Menschen mit unterdrücktem Immunsystem.

Erst eine Woche zuvor hatte das britische Gesundheitsministerium mitgeteilt, sich auf die flächendeckende Impfung der 12- bis 15-Jährigen im größten Landesteil England vorzubereiten. Ob die Regierung der Empfehlung der Impfkommision folgen wird, war zunächst unklar. Die medizinischen Chefberater der vier Landesteile England, Schottland, Wales und Nordirland sollen nun eine endgültige Empfehlung aussprechen, die neben der individuellen Gesundheit auch weitere Gesichtspunkte wie die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs einbezieht.

17:37

Corona-Geimpfte erhalten Gutscheine in Bulgarien - Proteste

Bulgarien bietet nun Gutscheine für Geimpfte gegen das Coronavirus an, um seine stockende Impfkampagne zu beschleunigen. Gutscheine für Lebensmittel in Wert von 20 Lewa (rund 10 Euro) galten ab Freitag in den Supermärkten einer großen Kette. Die Impfdosen sollen vor diesen Supermärkten in der Hauptstadt Sofia, im südbulgarischen Plowdiw sowie in den Schwarzmeerstädten Warna und Burgas verabreicht werden, berichtete der Fernsehsender Nova in Sofia.

Bulgarien ist mit einer Impfquote von nur knapp 16 Prozent vollständig Geimpften EU-Schlusslicht. Viele Bulgaren glauben Vorurteilen und Gerüchten über die Corona-Impfungen, die massiv im Internet verbreitet werden.

Vertreter, Eigentümer und Mitarbeiter der Gastronomie und Hotellerie protestierten in Plowdiw gegen angekündigte Corona-Einschränkungen wegen der Delta-Variante, die am 7. September in Kraft treten sollen. Die Demonstranten blockierten einem Bericht des Fernsehsenders bTV zufolge kurz die Innenstadt von Plowdiw. Ein ähnlicher Protest blockierte im Südwesten Bulgariens vorübergehend die E-79 nach Griechenland. Ein nationaler Protest der Branche ist für nächste Woche in Sofia angesagt.

17:00

Maskenpflicht in Schulen: Ministerium in Niedersachsen zufrieden

Nach den ersten beiden Schultagen in Niedersachsen nach den Sommerferien zieht das Kultusministerium eine überwiegend positive Zwischenbilanz. „Die bisherigen, nicht repräsentativen Rückmeldungen zu den aktuellen Schutzmaßnahmen in den Schulen sind weitgehend positiv – es überwiegt vor allem die Freude, dass unter den Vorgaben wieder Präsenzunterricht in voller Klassenstärke möglich ist“, sagte Ulrich Schubert, Sprecher des Kultusministeriums, der „Nordsee-Zeitung“ (Samstagsausgabe).

Kritik gebe es zum Teil von Eltern bezüglich der Maskenpflicht im Unterricht, insbesondere von Eltern, deren Kinder die Grundschule besuchen. Daten, ob Kinder aus Protest gegen die Test- und Maskenpflicht bewusst von ihren Eltern nicht in die Schule geschickt wurden oder werden, lägen dem Ministerium bislang nicht vor.

Seit Donnerstag müssen alle Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen wieder zur Schule gehen. Sie müssen auch im Unterricht eine Maske tragen.

16:18

Opposition kritisiert „Verfahrenstricks“ der Bundesregierung

Arbeitgeber in besonders sensiblen Bereichen wie Kitas, Schulen und Pflegeheimen sollen künftig nach dem Corona-Impfstatus ihrer Beschäftigten fragen dürfen. Auf eine entsprechende Gesetzesänderung einigte sich die große Koalition, wie Union und SPD am Freitag mitteilten. Die Auskunftspflicht soll so lange gelten, wie die epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht. Eine generelle Auskunftspflicht in den Betrieben, wie Union und Arbeitgeber sie verlangt hatten, wird es nicht geben.

FDP, Linke und Grüne warfen den Koalitionsparteien vor, durch „Verfahrenstricks“ eine Anhörung zu dem Gesetzesvorhaben verhindert und das Gesetz zu kurzfristig vorgelegt zu haben. „Diese Art der Gesetzgebung zwischen Tür und Angel wird die Legitimität und Akzeptanz des Auskunftsanspruchs wie des gesamten Pandemiemanagements nicht erhöhen.“

15:11

Erste Berliner Clubs öffnen für Genesene und Geimpfte

In Berlins berühmtem Nachleben öffnen sich nach langen Pandemiemonaten wieder ein paar wenige Türen. An diesem Wochenende werden nach Angaben der Clubcommission vor allem Clubs auch innen wieder zugänglich sein, die bereits in ihren Außenbereichen Veranstaltungen angeboten hatten. „Für alle anderen ist die Vorlaufzeit zu kurz“, sagte Lutz Leichsenring von der Clubcommission. Für die Vorbereitung seien ein bis zwei Monate notwendig.

Wer vollständig geimpft oder genesen ist, kann am Wochenende etwa in der „Wilden Renate“, im „Ritter Butzke“, dem „KitKatClub“ oder dem „Watergate“ auch ohne Maske tanzen. Nur ein negativer Test reicht nicht. Clubs wie „Tresor“ oder „Berghain“ bleiben noch geschlossen.

14:44

Bremen lädt per Brief zu Corona-Impfung ein

Das Land Bremen wirbt mit Briefen an alle Bürger für eine Corona-Impfung. „In diesen Tagen erhalten alle Bremerinnen und Bremer, alle Bremerhavenerinnen und Bremerhavener einen Brief nach Hause“, erläuterte Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke). „Damit wollen wir uns auf der einen Seite bedanken für viel Kraft aber auch Verständnis und Mitarbeit in den letzten eineinhalb Jahren.“ Zugleich sollten Menschen, die noch nicht geimpft sind, aufgerufen werden, eines der zahlreichen Impfangebote zu nutzen.

Mittlerweile seien im Land Bremen mehr als 75 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal gegen Corona geimpft, mehr als 70 Prozent hätten bereits einen vollständigen Impfschutz, hieß es. Damit liege Bremen im Vergleich aller Bundesländer an erster Stelle.

14:44

Japan und weitere Staaten neu als Corona-Hochrisikogebiete eingestuft

Bundesregierung und Robert-Koch-Institut (RKI) haben am Freitag mehrere Länder neu als Corona-Hochrisikogebiete eingestuft. Betroffen sind der neuen RKI-Liste

zufolge unter anderem Japan sowie in Europa Albanien und Serbien. Die Neueinstufungen sollen in der Nacht zu Sonntag in Kraft treten.

Hochrisikogebiete sind dann laut RKI außerdem neu Aserbaidtschan, Guatemala, die Palästinensergebiete und Sri Lanka. Nicht mehr als Hochrisikogebiet gilt dagegen Kuwait.

14:43

Blauer Himmel statt Smog: Corona sorgte für bessere Luftqualität

In vielen Städten der Welt haben Bewohnerinnen und Bewohner im vergangenen Jahr zumindest zeitweise mehr blauen Himmel statt Smog gesehen. Die Luftqualität war deutlich besser, weil wegen Corona-Beschränkungen weniger Verkehr unterwegs war, wie die Weltwetterorganisation (WMO) am Freitag in Genf berichtete. Mit der Lockerung der Maßnahmen sank die Luftqualität aber wieder auf das vorherige Niveau zurück, wie es im ersten Luftqualität- und Klima-Bulletin der WMO heißt.

Während die von Menschen gemachten Emissionen sanken, sorgten durch den Klimawandel verursachte Wetterextreme für Sand- und Staubstürme sowie Waldbrände, die die Luftqualität beeinträchtigten.

14:42

Zwei Drittel der Franzosen sind geimpft

Zwei Drittel der Menschen in Frankreich sind inzwischen vollständig gegen das Coronavirus geimpft, 72,3 Prozent haben eine erste Impfdosis erhalten. Parallel dazu sinkt die Zahl der Klinikeinweisungen von Corona-Patienten und die Sieben-Tage-Inzidenz ist rückläufig, teilten die Gesundheitsbehörden am Freitag in Paris mit. Dies gilt auch für die von Deutschland als Hochrisikogebiet eingestuften Regionen Okzitanien, Provence-Alpes-Côte d’Azur sowie die Insel Korsika. Angespant bleibt die Lage in den französischen Überseegebieten. Auch unter den Beschäftigten im Gesundheitsbereich, die von einer Impfpflicht betroffen sind, stieg die Quote weiter an.

14:41



Pandemie-Podcast mit Charité-Virologe Drosten startet wieder

Der Berliner Charité-Virologe Christian Drosten erläutert von diesem Freitag (3.9.) an wieder öffentlich seine Meinung zur Pandemie. Der NDR-Info-Podcast „Das Coronavirus-Update“ startet nach der Sommerpause gegen 18.00 Uhr als Audio-Podcast auf „NDR.de/coronaupdate“ sowie auch als Video bei „tagesschau24“ um 19.15 Uhr, wie der Norddeutsche Rundfunk am Freitag mitteilte. Im Radio werde ab 18.05 Uhr eine gekürzte Version des Podcasts zu hören sein. Drosten spreche im Interview mit Korinna Hennig über die aktuelle Lage, die Erfolge und Misserfolge des Sommers und über seine Erwartungen für den Herbst.

Das „Coronavirus-Update“ werde anschließend in einem 14-tägigen Rhythmus dienstags veröffentlicht. Die zweite Folge mit der Frankfurter Virologin Sandra Ciesek läuft am 14. September, kündigte der Sender an. Am 28. September sei dann wieder Virologe Drosten zu hören.

14:41

Gewerkschaften drängen auf Maskentragen im britischen Parlament

Vor dem Beginn der Sitzungszeit haben Vertreter der Angestellten im britischen Parlament die Abgeordneten mit Nachdruck zum Maskentragen aufgefordert. „Die Abgeordneten haben nicht nur eine Fürsorgepflicht für die Mitarbeiter des Unterhauses, sie haben auch eine wichtige Führungsrolle, sowohl im Parlament als auch im Land“, sagte der Chef der Beamtengewerkschaft FDA, Dave Penman, am Freitag.

Mike Clancy, Chef der Gewerkschaft Prospect, die auch Angestellte des öffentlichen Diensts vertritt, warnte: „Wenn wir die Mitarbeiter des Unterhauses nicht schützen, ist nicht nur ihre Gesundheit gefährdet, sondern auch das weitere normale Funktionieren des Parlaments.“

Das Parlament kehrt an diesem Montag (6. September) aus der Sommerpause zurück. Dort besteht Maskenpflicht – aber nur für Angestellte und Mitarbeiter. Die Parlamentarier können selbst entscheiden, ob sie Maske tragen.

14:40

Scholz erwartet Unterstützung in Bevölkerung für Impfauskunftspflicht

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat für die geplante Pflicht zur Auskunft über den Corona-Impfstatus von Beschäftigten in Kitas, Schulen und Pflegeheimen geworben. „Dass wir im Bereich, wo vulnerable Gruppen berührt sind, eine Auskunft über den Impfstatus möglich machen für die Zeit der Pandemie, das finde ich vertretbar und macht dann möglich, dass der Arbeitgeber damit umgehen kann und sich darum kümmern kann, seinen Betrieb so zu organisieren, dass eine geringe Gefahr für die zu Schützenden davon ausgeht“, sagte Scholz am Freitag bei einer Gesprächsrunde mit Verdi-Chef Frank Werneke in Berlin. Es sei ein Schritt, den „die Bürgerinnen und Bürger, glaub ich, auch mit großer Mehrheit unterstützen“.

13:52

Saarland setzt weiter aufs Impfen und Testen

Das Gesundheitsministerium im Saarland setzt in der Corona-Pandemie weiter auf das Testen und Impfen. „Wir müssen sicher durch den Herbst und Winter und jetzt schon Vorbereitungen treffen für das, was uns erwarten wird“, sagte Staatssekretär Stephan Kolling (CDU) am Freitag in Saarbrücken. „Die Kurve der Erkrankung möglichst gering zu halten, das ist unsere Mission, unser Auftrag.“

13:51

DGB sieht 2G-Optionsmodell zunehmend kritisch

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Hamburg sieht das 2G-Optionsmodell, bei dem etwa in Clubs oder Restaurants nur Corona-Geimpfte und Genesene zugelassen

werden können, mit Blick auf die dort Beschäftigten zunehmend kritisch. „Beschäftigte berichten darüber, dass ihnen von Arbeitgeberseite Druck gemacht wird, den eigenen Impfstatus offen zu legen oder dass versucht wird, durch 2G andere Schutzmaßnahmen zurückzunehmen, weil ja dann alle geimpft seien“, sagte Hamburgs DGB-Chefin Katja Karger am Freitag. Problematisch sei auch, „dass manche Beschäftigte gar nicht wissen, welche Rechte sie haben und womöglich ohne Lohnfortzahlung nach Hause geschickt würden, weil sie ihren Impfstatus nicht mitteilen“. Die rechtlich unklare Lage verunsichere Beschäftigte.

13:51



Niederlande verschärfen Einreiseregeln für Deutschland

Angesichts der verschlechterten Corona-Lage in Deutschland verschärfen die Niederlande ab kommendem Montag die Einreiseregeln. Erforderlich ist ab dann der Nachweis einer Impfung, eines negativen Tests oder der Genesung, teilte das Außenministerium in Den Haag am Freitag mit. Ausgenommen sind Kinder unter 12 Jahren. Wer mit dem Flugzeug in die Niederlande fliegt, muss künftig zuvor eine Gesundheitserklärung ausfüllen und bei sich führen. Auch geimpften Niederländern wurde bei der Rückkehr aus Deutschland zu einem Schnelltest geraten. Zuletzt gab es bei der Einreise von Deutschland in die Niederlande keine besonderen Restriktionen.

12:16



Corona-Variante Mu auf beunruhigendem Vormarsch

Die erstmals in Kolumbien aufgetretene Coronavirus-Variante Mu ist auf einem beunruhigenden Vormarsch. Mu sei inzwischen der vorherrschende Virusstamm in dem südamerikanischen Land und für den Großteil der Covid-19-Todesfälle verantwortlich, sagte am Donnerstag (Ortszeit) Marcela Mercado von der staatlichen Gesundheitsbehörde. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte Mu kürzlich als „Variante von Interesse“ eingestuft und vor einer möglichen Resistenz gegen Corona-Impfstoffe gewarnt.

Mu sei verantwortlich für die bisher tödlichste Welle der Corona-Pandemie in Kolumbien, sagte Mercado einem örtlichen Radiosender. Und nicht nur das: „Es ist

inzwischen in mindestens 43 Ländern und hat sich als hochansteckend gezeigt.“

12:16

Hessen weist Inzidenz künftig nach Geimpften und Ungeimpften aus

Hessen will die landesweite Inzidenz künftig getrennt nach geimpften und ungeimpften Menschen ausweisen. „Die Differenz ist groß“, erklärte Gesundheitsminister Kai Klose (Grüne) in Wiesbaden. Bezogen auf die Altersgruppe ab zwölf Jahren liege die Sieben-Tage-Inzidenz in der Gruppe der Ungeimpften am Freitag bei 262,3 pro 100 000 Einwohner. Bei den vollständig geimpften Menschen betrage der Wert 12,7 pro 100 000 Einwohner. Zu den Ungeimpften werden nach Angaben des Ministers Nichtgeimpfte, Teilgeimpfte und Personen gezählt, bei denen Angaben zum Impfstatus fehlen.

„Diese Zahlen belegen eindrucklich, wie wirksam die Impfung ist“, betonte Klose. „Es infizieren sich weit überwiegend Ungeimpfte.“

12:15

Auskunftsrecht zu Impfstatus im Bundestagsausschuss gebilligt

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat am Freitag in Berlin die Vorlage der Großen Koalition für ein Auskunftsrecht zum Impfstatus beschlossen. Sie soll am kommenden Dienstag vom Parlament verabschiedet werden. Union und SPD hatten sich darauf verständigt, dass Arbeitgeber in besonders sensiblen Bereichen nach dem Impfstatus der Beschäftigten fragen dürfen.

Dazu zählen dem Antrag zufolge Kindertagesstätten, Schulen, teil- und vollstationäre Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie Obdachlosen- und Asylbewerberunterkünfte und auch Gefängnisse. Die Leitungen können der Vorlage zufolge, die dem Evangelischen Pressedienst (epd) vorliegt, Geimpfte und Ungeimpfte dann an unterschiedlichen Stellen einsetzen, um das Infektionsrisiko in den Einrichtungen zu minimieren.

12:14

Spahn wirbt für Impfungen als „besseren Weg“ zur Immunität

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn lehnt trotz der stockenden Corona-Impfungen eine Impfpflicht weiter ab. „Ich war, bin und bleibe der Überzeugung, dass eine verpflichtende Impfung nicht die beste Lösung ist. Denn sie spaltet“, sagte der CDU-Politiker dem Magazin „Der Spiegel“. Er warb erneut für Impfungen als den „besseren Weg“, eigene Immunität zu erreichen. Großbritannien etwa habe sich eine hohe Immunität der Bevölkerung durch viele Infizierte und hohe Todeszahlen erkaufte. „Überträgt man die britische Pandemiepolitik auf Deutschland, hätten wir 100 000 Tote mehr gehabt, also mehr als doppelt so viele. Das ist nicht der Weg, den ich gehen möchte.“

12:14

Großbritannien und Australien tauschen vier Millionen Impfdosen

Um den Kampf gegen das Coronavirus anzukurbeln, haben Großbritannien und Australien einen Impfstoff-Deal vereinbart. Zunächst schickt die britische Regierung vier Millionen Dosen Impfstoff nach Australien, das wiederum noch vor Jahresende dieselbe Menge zurücksenden soll. Eine ähnliche Abmachung hat Australien bereits mit dem südostasiatischen Stadtstaat Singapur getroffen, der eine halbe Million Dosen schickt und später dieselbe Zahl zurückerhält.

Die australische Regierung steht in der Kritik, sie habe lange nicht genug getan, um sich Impfstoff zu besorgen. Nun hat die hoch ansteckende Delta-Variante für die bisher größte Welle in dem Land mit 25 Millionen Einwohnern gesorgt.

12:13

Altmaier pocht auf weiterreichende Impfauskunftspflicht

In der Debatte um eine Auskunftspflicht für Beschäftigte zu ihrem Corona-Impfstatus pocht Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) weiter auf eine umfassende Lösung. Den Plan der Koalition von SPD und CDU, demzufolge Arbeitgeber von Beschäftigten in Kitas, Schulen und Pflegeheimen künftig Auskunft über eine Impfung oder eine überstandene Covid-Erkrankung verlangen können sollen, nannte Altmaier am Freitag in Berlin einen „ersten wichtigen Schritt“. Weiter sagte der CDU-Politiker: „Ich bin aber überzeugt, dass weitere Schritte notwendig und erforderlich sind.“

Er setze darauf, dass der Koalitionspartner SPD seine „ablehnende Haltung“ ändere, sagte Altmaier. „Es geht immerhin um den Gesundheitsschutz von vielen tausend Menschen bei der Arbeit.“ SPD und Union hatten sich nach stundenlangen Beratungen am späten Donnerstagabend auf eine Impfauskunftspflicht für Kita-, Schul- und Heimbeschäftigte geeinigt.

12:12

Corona-Politik für 23 Prozent sehr wichtig für Wahlentscheidung

23 Prozent der Befragten im ZDF-Politbarometer geben an, die Corona-Politik ist für sie sehr wichtig bei ihrer Wahlentscheidung. Die aktuell geltenden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus finden 57 Prozent gerade richtig. 21 Prozent wollen härtere Maßnahmen, 19 Prozent finden die Vorgaben übertrieben. Privaten Firmen und Anbietern ein Wahlrecht wie in Hamburg zu lassen, um Ungeimpfte auszuschließen, finden 56 Prozent für ganz Deutschland gut. 41 Prozent geben an, es schlecht zu finden.

11:38



Italiens Regierungschef befürwortet Impfpflicht – Wirbel in Politik

Eine von Regierungschef Mario Draghi ins Spiel gebrachte mögliche allgemeine Impfpflicht hat in Italien für Kritik gesorgt. Die Chefin der rechtsnationalen Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens), Giorgia Meloni, sagte im Interview der Zeitung „La Stampa“ (Freitag), sie stelle sich auf die Seite der rechten Lega von Ex-Innenminister Matteo Salvini, eine Impfpflicht abzulehnen: „Ich glaube, Salvini hat Recht eine vernünftige Position zu vertreten, die wir mittragen und die von der Mehrheit der europäischen Länder geteilt wird“, erklärte die Politikerin.

Draghi hatte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz bejaht, dass er sich vorstellen könne, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die europäische und die italienische Arzneimittelagentur die Impfstoffe nicht mehr als Notfall-Arznei – sprich eine Impfung mit bedingter Zulassung-, sondern als gewöhnliche Arzneimittel mit vollständiger Zulassung festlegen.

10:42

Spahn will Corona-Quarantäneregeln für Schüler vereinfachen

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will die Corona-Quarantäneregeln für Schüler lockern und vereinheitlichen. „Wir brauchen einheitliche Vorgaben für die Quarantäne in Schulen. Darauf sollten sich die Gesundheitsminister der Länder endlich einigen“, sagte der CDU-Politiker am Freitag dem „Spiegel“. Wenn die Schüler im Unterricht Masken trügen, müsse man nicht die ganze Klasse in Quarantäne schicken, wenn ein positiver Fall auftrete. „Pragmatisch wäre, dass nur die Sitznachbarn für fünf Tage in Quarantäne gehen und sich dann freitesten können. Eine ganze Schulklasse wie jetzt in Quarantäne zu schicken führt dazu, dass irgendwann Hunderttausende Schülerinnen und Schüler für zwei Wochen nicht am Unterricht teilnehmen, obwohl sie gar nicht infiziert sind“, sagte Spahn.

10:41

EU-Kommission und AstraZeneca legen Rechtsstreit bei

Die Europäische Kommission und AstraZeneca einigen sich auf die Lieferung weiterer Impfdosen und legen ihren Rechtsstreit darüber bei. Danach verpflichtet sich der

britische Pharmakonzern zur Lieferung von 60 Millionen Impfdosen bis zum Ende des dritten Quartals, 75 Millionen Dosen bis Ende des vierten und 65 Millionen weitere Dosen bis zum Ende des ersten Quartals 2022. Die Kommission leitete im April rechtliche Schritte gegen AstraZeneca ein, weil der Konzern bei den Lieferungen die Verträge nicht einhalte.

10:41

Beschränkungen für Ungeimpfte doch erst nach Sommerferien möglich

Beschränkungen für Ungeimpfte in der Corona-Pandemie sollen in Baden-Württemberg nun doch erst nach Ende der Sommerferien möglich sein. Nach aktuellen Planungen will die grün-schwarze Landesregierung erst abwarten, dass das geänderte Infektionsschutzgesetz Bundestag und Bundesrat passiert. Darum soll die geplante neue Corona-Verordnung im Südwesten voraussichtlich erst Ende kommender Woche verkündet und am 13. September in Kraft treten, hieß es am Freitag aus dem Staatsministerium in Stuttgart. Dann fängt in Baden-Württemberg auch die Schule wieder an.

Wesentlicher Maßstab für zu ergreifende Maßnahmen soll nach dem Bundesgesetz insbesondere die Zahl aufgenommener Corona-Patienten in den Kliniken je 100 000 Einwohner in sieben Tagen sein.

10:41



Zahl der Kurzarbeitenden erstmals seit Beginn der Corona-Krise unter einer Million

Die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter ist im August erstmals seit Beginn der Corona-Krise unter eine Million gesunken. Sie lag laut einer Schätzung des Münchner Ifo-Instituts bei 688.000. Damit seien im August noch 2,0 Prozent der abhängig Beschäftigten in Kurzarbeit gewesen, nach 3,2 Prozent oder 1,06 Millionen im Juli.

Der Rückgang zog sich im August durch nahezu alle Wirtschaftszweige, wie Ifo-Umfrageexperte Stefan Sauer am Freitag erklärte. Einzig das Gastgewerbe hatte demnach im August noch 10,1 Prozent Kurzarbeit, was 107.000 Menschen entspricht. „Allerdings ging die Zahl auch hier erheblich zurück, denn im Vormonat betrug der Wert noch 17,1 Prozent.“

09:45

Altmaier begrüßt Einigung zur Abfrage von Impfstatus

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier begrüßt die Einigung, dass Arbeitgeber in sensiblen Bereichen wie Krankenhäusern und Kitas den Impfstatus ihrer Mitarbeiter abfragen dürfen sollen. „Dies ist ein erster wichtiger Schritt. Ich bin aber überzeugt, dass weitere Schritte notwendig und erforderlich sind“, sagt der CDU-Politiker. Er setze darauf, dass der Koalitionspartner SPD seine ablehnende Haltung noch ändern werde. „Es geht immerhin um den Gesundheitsschutz von vielen tausend Menschen bei der Arbeit.“

09:31

Sachsen-Anhalts Gesundheitsämtern fehlen Ärzte

Den Gesundheitsämtern in Sachsen-Anhalt fehlen trotz einiger Bemühungen und Lichtblicke in erheblichem Maß Ärztinnen und Ärzte. „Wir haben 30 unbesetzte Arztstellen, wir haben eine Altersstruktur der Amtsleiter, der Amtsärzte, ein Stück über 60. Die meisten werden innerhalb kürzester Zeit in Rente gehen“, sagte der Vorsitzende des Landesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Eike Hennig. „Sowohl für die Ärzte als auch für die Amtsärzte ist Nachwuchs praktisch nicht rekrutierbar.“ Das hänge aus seiner Sicht nach wie vor mit der vergleichsweise geringen Bezahlung zusammen.

Hennig, der seit rund 15 Jahren das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Magdeburg leitet und selbst vor dem Ruhestand steht, sagte weiter: „Die ersten drei Ämter, die ihren Amtsarzt jetzt aufgrund einer verdienten Pensionierung verloren haben, sind jetzt in Leitung von Juristen und Verwaltungsmitarbeitern. Ich halte diesen Weg für falsch.“

09:06

Weniger Hochschulabschlüsse in der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat zu deutlich weniger Hochschulabschlüssen geführt. Im Prüfungsjahr 2020 erwarben rund 477.000 Absolventinnen und Absolventen einen Abschluss an den deutschen Hochschulen, wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mitteilte. Das waren sechs Prozent weniger als im Vorjahr (508.000). Mit Ausnahme der Jahre 2018 und 2020 war die Zahl der Absolventinnen und Absolventen seit 2001 kontinuierlich gestiegen.

„Im Rückgang der Absolventenzahlen im Prüfungsjahr 2020 zeigen sich die Folgen der Corona-Pandemie“, sagte Thomas Feuerstein aus dem Referat „Hochschulen“ im Statistischen Bundesamt. Pandemiebedingt seien Prüfungen zum Teil in Folgesemester verschoben worden. Bibliotheken, Labore und Werkstätten seien zeitweise geschlossen oder nur eingeschränkt nutzbar gewesen.

Die Hälfte aller Hochschulabschlüsse (50 Prozent) im Jahr 2020 waren den Angaben zufolge Bachelorabschlüsse, gut ein Viertel (28 Prozent) Masterabschlüsse. Die Zahl der Bachelorabschlüsse sank um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Zahl der Masterabschlüsse um sieben Prozent.

08:35

Spahn sieht Pandemie der Ungeimpften – Risiko im Herbst

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn warnt vor großen Risiken für Ungeimpfte. „Wer nicht geimpft ist, wird sich mit sehr, sehr hoher Wahrscheinlichkeit in den Herbst- und Wintermonaten ohne Schutz anstecken“, sagt Spahn im Deutschlandfunk. Bei Corona handele sich inzwischen um eine Pandemie der Ungeimpften. Sie stellten zurzeit 90 Prozent der Covid-Intensivpatienten. Für Geimpfte gebe es keine Kontaktbeschränkungen, betont Spahn und mahnt zugleich zu Solidarität. „Die Impfmuffel und diejenigen, die noch überlegen oder sich verweigern, haben auch eine Verantwortung für die unter 12-Jährigen, die sich nicht impfen können.“ Für das

Frühjahr zeigte sich Spahn vorsichtig optimistisch: „Wenn keine Variante auftaucht, wo die Impfungen nicht helfen, (...) dann sind wir im Frühjahr aus dem Größten raus.“

07:39

Statt Impfnachweis-Pflicht – jetzt werden Rufe nach 3G für Arbeitnehmer laut



Kampf gegen Corona: Statt Impfnachweis-Pflicht – Jetzt werden Rufe nach 3G für Arbeitnehmer laut - WELT

Impfnachweis-Pflicht beim Arbeitgeber? Bei der Opposition im Bundestag ist der Vorschlag umstritten. Die mächtige Gewerkschaft IG Metall bringt nun eine 3G-Regelung für Arbeitnehmer ins Spiel. FDP und Grüne zeigen sich für ein solches Modell offen.

06:05



Spahn: Einigung auf Abfrage von Corona-Impfstatus in sensiblen Bereichen

Die große Koalition hat sich nach Angaben von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) darauf verständigt, dass Arbeitgeber in besonders sensiblen Bereichen wie Altenpflege und Kinderbetreuung nach dem Impfstatus ihrer Beschäftigten fragen dürfen. Spahn sagte im Gespräch mit dem Magazin „Der Spiegel“, Union und SPD seien sich darin einig.

Zuvor hatten bereits andere Medien über die Einigung zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD berichtet. In einer am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedeten Corona-Arbeitsschutzverordnung war ein Auskunftsrecht für Arbeitgeber zum Impfstatus der Beschäftigten noch nicht enthalten gewesen.

05:30

Berlins Bürgermeister Müller: „Wir kämpfen um jede einzelne Impfung“

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat das langsame Tempo beim Impfen beklagt. „Inzwischen ist es mit dem Impffortschritt sehr zäh geworden. Wir kämpfen um jede einzelne Impfung, obwohl wir ausreichend Impfstoff und eine gute Infrastruktur haben“, sagte Müller der Deutschen Presse-Agentur. „Wir müssen daher mit kreativen Impfangeboten wie mit der Clubnacht, dem Impfen auf Parkplätzen, in der S-Bahn oder im Alexa weitermachen.“ Das bringe durchaus etwas, so Müller. „Wir haben mit diesen Angeboten rund 50 000 zusätzliche Impfungen in den letzten Wochen ermöglichen können.“

04:31

Kretschmann hält Beschränkungen für Ungeimpfte für gerechtfertigt

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält bei einem starken Anstieg der Covid-19-Patienten in den Kliniken Einschränkungen für Ungeimpfte für unausweichlich. „Die Nicht-Geimpften sind jetzt natürlich die Träger der Pandemie“,

sagte der Grünen-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. Wenn es bei den Ungeimpften zu hohe Inzidenzen gebe, wirke sich das auf die Krankenhausbelegung aus. Und dann müsse die Politik handeln. „Das hat nichts mit Strafe oder irgendwas durch die Hintertür zu tun, sondern es ist die Erfordernis, die Pandemie im Griff zu behalten. Andere Motive stehen überhaupt nicht dahinter“, sagte Kretschmann.

04:03

Neuseeland erfolgreich bei Eindämmung des Delta-Ausbruchs

Neuseeland hat einen starken Rückgang bei den Neuinfektionen zu verzeichnen. Wie die Direktorin für Öffentliches Gesundheitswesen, Dr. Caroline McEnlay, erklärt, sei das Land auf dem besten Weg, die Übertragungskette der hochinfektiösen Delta-Variante des Coronavirus zu unterbrechen. Für etwa 1,7 Millionen Menschen in der größten Stadt Auckland gilt nach wie vor ein strenger Lockdown. Im Rest des Landes wurden die Beschränkungen zwar etwas gelockert, Schulen und Büros sowie Cafés, Restaurants und alle öffentlichen Einrichtungen bleiben jedoch weiter geschlossen.

03:46

Rheingau Musik Festival meldet trotz Corona Auslastung von 86 Prozent

Das zu Ende gehende Rheingau Musik Festival (RMF) meldet im Corona-Sommer 2021 eine Gesamtauslastung seiner Zuhörerplätze von 86 Prozent. Für 210 Veranstaltungen an 24 Spielstätten seien mehr als 100 000 Karten verkauft worden, teilte das Festival mit Sitz in Oestrich-Winkel mit. Fast die Hälfte der Konzerte sei ausverkauft gewesen. Rund 2800 Künstler seien zu Gast gewesen. Das am 26. Juni von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Kloster Eberbach bei Eltville eröffnete RMF soll an diesem Sonntag (5. September) mit einem Abschlusskonzert am selben Ort enden.

Im Sommer 2020 war das RMF als eines der größten vornehmlich privat finanzierten Festivals Europas der Corona-Pandemie zum Opfer gefallen. Mit Blick auf die Saison 2021 mit strikten Corona-Regeln betonte Intendant Michael Herrmann: „Viele Künstler

waren übergücklich, wieder spielen zu dürfen.“ Sie hätten oft ein euphorisches Publikum erlebt. „Die anfängliche Zurückhaltung der Zuschauer beim Kartenkauf ging mit anhaltendem Festival zunehmend zurück“, ergänzte Herrmann.

03:26

EU schickt in Südafrika produzierte Corona-Impfdosen nach Afrika zurück

Angesichts zunehmender Kritik an der ungerechten Verteilung von Corona-Impfstoffen schickt die Europäische Union Millionen in Südafrika produzierte Impfdosen des US-Herstellers Johnson & Johnson auf den Kontinent zurück. Zudem werde die Firma Aspen Pharmacare, die das Corona-Vakzin als Lizenznehmer von J&J in Südafrika herstellt, keine weiteren Dosen nach Europa schicken, teilte der zuständige Gesandte der Afrikanischen Union (AU), Strive Masiyiwa, am Donnerstag bei einer Online-Pressekonferenz mit.

„Alle bei Aspen produzierten Impfstoffe werden in Afrika bleiben und an Afrika verteilt werden“, sagte Masiyiwa. Die Vereinbarung des Unternehmens, Corona-Impfdosen an Europa zu liefern, sei „ausgesetzt“ worden. Damit sei die Angelegenheit „in einer sehr positiven Weise korrigiert“ worden.

03:23

USA liefern zwei Millionen Impfstoff-Dosen nach Kenia und Ghana

Die USA liefern im Rahmen des weltweiten COVAX-Hilfsprogramms mehr als zwei Millionen Dosen des Moderna-Impfstoffs nach Kenia und Ghana. Wie ein Sprecher des Weißen Hauses mitteilt, schickten die Vereinigten Staaten 880.320 Dosen nach Kenia, womit sich die Gesamtzahl der an das afrikanische Land gesandten Dosen auf knapp 1,76 Millionen belaufe. Etwa 1,2 Millionen Impfdosen gingen an Ghana. Der westafrikanische Staat habe damit ersten Mal eine Impfstoff-Lieferung aus dem USA erhalten, so der Sprecher.

Gesundheitsbehörden: Corona-Variante Mu in Kolumbien vorherrschend

Die als Mu bezeichnete Variante des Coronavirus hat sich in Kolumbien zum vorherrschenden Virusstamm entwickelt. Die Virusvariante sei verantwortlich für die bisher tödlichste Welle der Corona-Pandemie in dem südamerikanischen Land, sagte Marcela Mercado von den kolumbianischen Gesundheitsbehörden am Donnerstag einem örtlichen Radiosender.

Während der dritten Infektionswelle in Kolumbien von April bis Juni waren täglich rund 700 Menschen durch das Virus gestorben. Bei fast zwei Drittel der Tests bei Corona-Toten sei die hochansteckende Mu-Variante nachgewiesen worden.

00:54

Sarah Connor sagt Leipziger Konzert wegen Covid-19-Erkrankung ab

Sarah Connor (41) hat wegen einer akuten Covid-19-Erkrankung ein für diesen Freitag in Leipzig geplantes Konzert abgesagt. „Manchmal passieren Dinge, die man sich in den schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen möchte“, teilte die Semmel Concerts Entertainment GmbH am Donnerstagabend in Leipzig mit. „Das gesamte Team rund um Sarah Connor ist wahnsinnig enttäuscht und entschuldigt sich für die Umstände“, hieß es weiter.

00:31

Weltweit mehr als 4,7 Millionen Corona-Tote

Weltweit haben sich bislang mehr als 218,92 Millionen Menschen nachweislich mit dem Coronavirus angesteckt. Das ergibt eine Reuters-Zählung auf Basis offizieller Daten. Mehr als 4,71 Millionen Menschen starben mit oder an dem Virus. Die höchsten Infektions- und Totenzahlen weisen nach wie vor die USA auf.

00:23



Impfaskunftspsflicht für Kita-, Schul- und Heimbeschäftigte angepeilt

Arbeitgeber sollen künftig von Beschäftigten in Kitas, Schulen und Pflegeheimen voraussichtlich Auskunft über eine Corona-Impfung verlangen können. Das ist nach stundenlangen Beratungen in der Regierungskoalition zwischen Union und SPD der Verhandlungsstand vom späten Donnerstagabend, wie die Deutsche Presse-Agentur aus Koalitionskreisen erfuhr.

Gerade in diesen Bereichen könne es „im Interesse des Infektionsschutzes“ nötig sein, Beschäftigte hinsichtlich ihres Corona-Impf- und Serostatus, der über Antikörper Aufschluss gibt, „unterschiedlich einzusetzen oder von einer Beschäftigung ungeimpfter Personen (in bestimmten Bereichen) abzusehen“, heißt es im entsprechenden Entwurf eines Änderungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

Die Möglichkeit soll nur während der festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite gelten, die der Bundestag vergangene Woche für weitere drei Monate verlängert hatte. Damit scheint der ebenfalls erwogene Plan vom Tisch, dass Arbeitgeber generell den Impfstatus ihrer Beschäftigten abfragen dürfen. Dass es keinen allgemeinen Auskunftsanspruch für alle Unternehmen geben soll, hatte bereits „Business Insider“ berichtet.

02.09.2021

22:39

US-Virologe Fauci: Vermutlich dritte Corona-Impfdosis nötig

Für einen vollen Schutz gegen das Coronavirus ist nach Einschätzung des US-Virologen Antony Fauci wahrscheinlich eine dritte Impfdosis notwendig. Die endgültige Entscheidung darüber werde von der Lebens- und Arzneimittelbehörde FDA und den Zentren Krankheitskontrolle und -prävention CDC getroffen, sagte Fauci

am Donnerstag im Weißen Haus in Washington. Aufgrund seiner Berufserfahrung vermute er, dass eine dritte Dosis mit mRNA-Vakzinen wie denen von Biontech/Pfizer und Moderna für einen Langzeitschutz erforderlich sein werden.

In den USA werden sogenannte Booster-Impfungen für alle Amerikanerinnen und Amerikaner fünf bis acht Monate nach ihrer zweiten Dosis vorbereitet – vorbehaltlich der Zustimmung der FDA. Geprüft werde auch noch die Notwendigkeit einer zweiten Impfdosis des Vakzins von Johnson & Johnson, für das bislang nur eine Spritze vorgesehen ist.

21:46

RKI - Impfquote steigt nur noch langsam

Die Zahl der Geimpften in Deutschland steigt nach Einschätzung des Robert Koch-Instituts (RKI) nur noch langsam. Bis Ende August seien 61 Prozent der Bevölkerung komplett geimpft worden, teilt das RKI in seinem Wochenbericht mit. Dies ist ein Anstieg von zwei Prozentpunkten zur Vorwoche.

20:06

WHO: Großteil afrikanischer Staaten verfehlt Impfziel

Acht von zehn afrikanischen Staaten werden nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das „wichtigste“ Ziel im Anti-Corona-Kampf nicht erreichen. Wie das Regionalbüro der Organisation im kongolesischen Brazzaville mitteilte, werden voraussichtlich 42 von 54 Ländern es nicht schaffen, bis Ende dieses Monats die am stärksten gefährdeten zehn Prozent ihrer Bevölkerung gegen das Virus zu impfen.

Demnach haben neun afrikanische Länder, darunter Südafrika, Marokko und Tunesien, das Ziel bereits erreicht. Drei weitere seien auf dem besten Weg dazu und zwei „könnten es erreichen, wenn sie das Tempo der Immunisierung erhöhen“.

„Das Horten von Impfstoffen hat Afrika zurückgeworfen und wir brauchen dringend mehr Impfstoffe“, sagte die WHO-Regionaldirektorin für Afrika, Matshidiso Moeti. Nun, da mehr Impfstoffe eintröfen, müssten die Regierungen aber auch „genaue Pläne“

zur Verteilung der Mittel vorlegen, damit „schnell Millionen von Menschen geimpft werden können“.

18:58

Litauen: 70 Prozent aller Erwachsenen geimpft

Mit fast zweimonatiger Verspätung hat Litauen ein von Staatspräsident Gitanas Nauseda ausgerufenes Corona-Impfziel erreicht. In dem baltischen EU- und Nato-Land haben nun 70 Prozent aller Erwachsenen mindestens eine Impfdosis erhalten. „Ja, wir haben es geschafft!“, schrieb Nauseda auf Twitter. „Wir sind der Rückkehr zum normalen Leben einen großen Schritt näher gekommen.“ Es sei stolz und allen Menschen in Litauen dankbar.

Eigentlich sollte das Impfziel bereits am Staatstag am 6. Juli erreicht werden – es war im Januar ausgegeben worden. In Litauen lief die Impfkampagne jedoch mangels Impfstoff zunächst schleppend an und war zuletzt etwas ins Stocken geraten.

18:57

Italien bietet Auffrischungsimpfungen an

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie wird auch in Italien für gewisse Bevölkerungsgruppen eine dritte Impfdosis angeboten. Das teilte Ministerpräsident Mario Draghi nach einer Sitzung seiner Regierung mit. Eine dritte Dosis sollen ab Ende September Personen mit einer schwachen Immunreaktion bekommen, präzisierte Gesundheitsminister Roberto Speranza.

Darüber hinaus kündigte der Regierungschef an, dass der sogenannte Green Pass ausgeweitet wird. Derzeit dürfen nur Leute auf Inlandsflüge, in Fernbusse oder -züge, Museen und Innenbereichen von Restaurants, die den „Grünen Pass“ als Nachweis einer Impfung, Corona-Genesung oder eines Negativtests besitzen; Italien erkennt dabei den in der EU gültigen Corona-Pass an. Kinder unter zwölf Jahren sind davon ausgenommen. Dass der „Green Pass“ künftig auf weitere Bereiche angewandt wird, das sei sicher, sagte Draghi. Unklar blieb zunächst noch, welche das sein werden; denkbar sind Behörden oder Bereiche der privaten Wirtschaft.

18:53

NRW kündigt neue Indikatoren für Corona-Lage an

Nordrhein-Westfalen wird neue Indikatoren zur Beurteilung der Corona-Lage im Land einführen. Ab kommender Woche werde das Land in seinem Lagebericht die Neuaufnahme von Corona-Patienten in den Krankenhäusern – die sogenannte Hospitalisierungs-Inzidenz – sowie den Anteil der belegten Intensivbetten durch Covid-19-Patienten ausweisen, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) in einer Sondersitzung des Landtags.

Die Auslastung der Krankenhäuser und Intensivstationen sei aber schon zuvor „entscheidender Maßstab“ zur Beurteilung der aktuellen Lage in NRW gewesen, sagte Laumann. NRW setze sich für einheitliche Standards in ganz Deutschland ein.

17:49

Baden-Württemberg will Entschädigungen für Nichtgeimpfte beenden

Nicht gegen Corona geimpfte Personen, die wegen der Corona-Pandemie in häusliche Quarantäne müssen, können in Baden-Württemberg bald nicht mehr mit einer Entschädigung ihres Verdienstauffalls rechnen. Nach dem Infektionsschutzgesetz gebe es keine solche Entschädigung, wenn die häusliche Absonderung durch eine vorherige Schutzimpfung hätte vermieden werden können, teilte das baden-württembergische Gesundheitsministerium in Stuttgart mit.

Ab 15. September müssten Nichtgeimpfte nun damit rechnen, dass entsprechende Anträge für eine Entschädigung vom Land abgelehnt werden. Dies gelte auch für nicht geimpfte Kontaktpersonen, die in Quarantäne müssen, hieß es weiter. Grund dafür sei, dass bis zum 15. September alle Menschen in Baden-Württemberg bei Haus- oder Betriebsärzten und in Impfzentren die Möglichkeit für eine Immunisierung hätten.

Die Regelung gelte allerdings nicht, wenn eine Schutzimpfung, etwa aus medizinischen Gründen nicht in Anspruch genommen werden kann, oder wenn die Absonderung im Einzelfall trotz eines gültigen Status als immunisierte Person erfolgt. Denn vollständig

geimpfte oder genesene Kontaktpersonen, die nicht selbst positiv getestet wurden, müssten nur noch in Ausnahmefällen in Quarantäne.

17:47

Nordkorea lehnt Spende von chinesischem Impfstoff ab

Nordkorea hat ein Angebot von drei Millionen Dosen des chinesischen Corona-Impfstoffs abgelehnt. Wie das UN-Kinderhilfswerk Unicef mitteilte, begründete die Führung in Pjöngjang dies offiziell damit, dass das Vakzin zunächst Ländern zur Verfügung gestellt werden solle, die es dringender benötigten.

Nordkorea war das erste Land, das einen vollständigen Lockdown verhängte, nachdem sich das Coronavirus von China aus verbreitete. Noch heute erklärt sich das Land als virusfrei – dies wird allerdings von Fachleuten bezweifelt. Außerdem hatte der Lockdown dramatische Auswirkungen: Im Juni räumte die Führung in Pjöngjang ein, dass es eine „Lebensmittel-Krise“ gebe.

Das weitgehend isolierte Land habe mitgeteilt, dass die Impfstoffe aus China anderen Ländern zur Verfügung gestellt werden könnten, erklärte Unicef. Die Spende sollte an Nordkorea über die internationale Impfinitiative Covax abgewickelt werden. Pjöngjang erklärte laut Unicef aber seine Absicht, mit Covax in Kontakt zu bleiben, um „in den kommenden Monaten Impfstoffe zu erhalten“.

17:46

In Berlins Schulen gilt weiterhin Maskenpflicht

Für Schülerinnen und Schüler gilt in Berlin weiterhin Maskenpflicht. Das teilte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) bei der Plenarsitzung im Abgeordnetenhaus mit. Die Regelung gilt zunächst bis zum 3. Oktober. Das sei zum Schutz vor Ansteckungen mit dem Coronavirus weiter nötig. Das Tragen einer medizinischen Maske helfe, die Inzidenz konstant zu halten, sagte Scheeres. Die Entscheidung sei ihr gerade mit Blick auf die Grundschulen schwergefallen, so die Senatorin. „Es ist im Moment aber noch der richtige Weg.“ Die Maskenpflicht gilt auch für das Schulpersonal.

Der Hygienebeirat, der sich für die Beibehaltung ausgesprochen habe, werde das Thema bei seiner nächsten Sitzung am 20. September noch einmal beraten, kündigte Scheeres an. Dabei sollen auch Expertinnen und Experten gehört werden, darunter Kinderärzte und Psychologen.

17:45

Norwegen bietet Impfungen für 12- bis 15-Jährige

Angesichts eines enormen Anstiegs von Corona-Fällen bei Jugendlichen will Norwegen 12- bis 15-Jährigen nun Impfungen anbieten. „Die Situation ist jetzt unberechenbar“, sagte Regierungschefin Erna Solberg auf einer Pressekonferenz in Oslo, wie unter anderem die Zeitung „Verdens Gang“ berichtete. Wegen Infektionen oder Selbstisolation nach Corona-Kontakt müssten viele Schüler dem Unterricht derzeit fernbleiben. Das müsse sich ändern, betonte Solberg. Der Anstieg der Corona-Fälle war in der vergangenen Woche in der Altersgruppe der 13- bis 19-Jährigen am höchsten ist – die Zahl der Neuinfektionen stieg hier um 174 Prozent.

Zugleich kündigte Solberg an, geplante Lockerungen der Corona-Regeln zu verschieben, bis der Anteil der vollständig Geimpften höher ist. Dann sollen aber alle Einschränkungen aufgehoben werden. Bisher haben 57 Prozent der Erwachsenen beide Dosen erhalten. „Eine weitere Öffnung birgt nun das Risiko einer weiteren Infektion“, sagte die Regierungschefin. „Wir werden dieses Risiko nicht eingehen.“ Wenn mehr Menschen vollständig geimpft sind, könne das Land dann mit erhöhter Wachsamkeit in einen normalen Alltag übergehen.

17:44

Saar-Ministerpräsident Hans favorisiert 3G-Regelung

Das Saarland will die sogenannte 2G-Regelung in der Corona-Pandemie, die nur Geimpften und Genesenen Zutritt zu bestimmten Einrichtungen und der Gastronomie erlaubt, nicht flächendeckend einführen. „Ehrlich gesagt möchte ich keine Gesellschaft haben, in der Menschen, die schwanger sind, oder Familien mit Kindern nicht mehr vor die Tür gehen und nicht mehr ins Restaurant gehen können. Das kann nicht sein“, sagte Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) in Saarbrücken.

Für den öffentlichen Raum halte er die 3G-Regel (geimpft, genesen, getestet) für absolut ausreichend und auch gut geeignet, der Pandemie die Stirn zu bieten. Einen erneuten Lockdown und eine Impfpflicht lehnte der Ministerpräsident ab, ebenso wie eine Befreiung von der Maskenpflicht für Geimpfte und Genesene.

17:44

Bremen beginnt mit Auffrischimpfungen in Pflegeeinrichtungen

In Bremen nehmen ab Montag mobile Impfteams die ersten Auffrischimpfungen in Pflegeeinrichtungen vor. „Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten gesehen, wie gut die Impfungen gegen das Corona-Virus helfen. Die Inzidenzen, vor allem in den höheren Altersgruppen, sind deutlich gesunken, wir haben deutlich weniger Todesfälle verzeichnet“, sagte Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Linke). Allerdings wiesen erste Studien darauf hin, dass es vor allem bei älteren Personen zu einer nachlassenden Immunantwort kommt. Darum seien für die Senioren zunächst rund 10.000 Auffrischungen geplant.

17:42

Linke verlangt Veröffentlichung der Protokolle der Bund-Länder-Beratungen

Die Linke drängt die Bundesregierung, die Protokolle der Corona-Beratungen mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zu veröffentlichen. „Weil das Bundeskanzleramt mauert, prüft die Linksfraktion, wie wir die Herausgabe der Corona-Protokolle auf dem Rechtsweg einklagen“, sagte Parlamentsgeschäftsführer Jan Korte der Nachrichtenagentur AFP in Berlin.

„Die Öffentlichkeit hat ein klares Interesse an den Sitzungsprotokollen, die Bundesregierung kann sich nicht einfach so aus dem Staub machen“, sagte Korte. „Auch nach der Bundestagswahl werden wir für eine Aufarbeitung der Corona-Politik streiten.“

In der AFP vorliegenden Antwort des Kanzleramtes auf eine Linken-Anfrage lehnte die Regierung eine Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle erneut ab. „Eine Auskunft zu vertraulich geführten Gesprächen im Rahmen von Besprechungen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder liefe auf die Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Beratungen insgesamt hinaus“, schreibt das Bundeskanzleramt. Dieses „berechtigte schutzwürdige Interesse an einem geschützten Willensbildungs- und Entscheidungsprozess“ falle „in den Schutzbereich des Kernbereichs exekutiver Eigenverantwortung“. Er umfasse auch Entwürfe zu Entscheidungen sowie Arbeiten und Beschlüsse zu ihrer unmittelbaren Vorbereitung.

17:41

Fast 61 Prozent der Bevölkerung in Deutschland doppelt geimpft

Rund 61 Prozent der Menschen in Deutschland sind vollständig gegen das Coronavirus geimpft. Das geht aus Zahlen des Robert Koch-Instituts hervor (Stand: 11.33 Uhr). Demnach wurden am Mittwoch 264.072 Impfdosen verabreicht. Mehr als 54 Millionen Menschen (65,5 Prozent) haben inzwischen mindestens eine Impfung bekommen, 50,6 Millionen (60,9 Prozent) sind vollständig geimpft.

Unter den Bundesländern verzeichnet Bremen mit 75,4 Prozent den höchsten Anteil Erstgeimpfter. Der Stadtstaat zählt mit 70,8 Prozent auch den höchsten Anteil an vollständig geimpften Einwohnern. Sachsen steht mit 55,2 Prozent Erstgeimpfter und 51,9 Prozent vollständig geimpfter Einwohner am Ende beider Ranglisten.

14:36

Luca-App kündigt „umfassendes Update“ zum Herbst an

Die umstrittene Luca-App zur Eindämmung der Corona-Pandemie soll in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern zum Herbst hin ausgebaut und verbessert werden. Künftig sollen die Ärzte der Gesundheitsämter die Nutzer der Luca-App direkt kontaktieren und in unterschiedlichen Abstufungen warnen können,

kündigte am Donnerstag Patrick Hennig, Geschäftsführer der Culture4Life GmbH, an. Bislang erhalten App-User nur einen allgemeinen Hinweis, wenn ein Gesundheitsamt auf die Luca-Daten einer Person zugreift.

14:35

Zahl der Corona-Neuinfektionen in Israel auf Rekordniveau

Die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Israel ist auf den höchsten Stand seit Beginn der Pandemie gestiegen. Es seien 11.187 neue Fälle registriert worden, teilte das Gesundheitsministerium am Donnerstag mit. Der neue Höchststand wurde am Tag nach dem Schulbeginn veröffentlicht – Experten hatten davor gewarnt, dieser könnte das Infektionsgeschehen noch weiter befeuern. Es ist der dritte Tag in Folge mit mehr als 10.000 neuen Fällen in Israel. Die Zahl der Schwerkranken ist gleichzeitig stetig gesunken und liegt etwa bei der Hälfte des Wertes von Januar.

Experten betonen, der Impfstoff von Biontech/Pfizer sei weiterhin wirksam bei der Verhinderung von schweren Erkrankungen und Todesfällen. Hochgerechnet auf 100.000 Einwohner ist die Zahl der Corona-Erkrankungen in Israel in allen Altersgruppen unter den Ungeimpften um ein Vielfaches höher als unter den Geimpften. Dies gilt besonders für Schwerkranke über 60.

14:11

Razzia in Berliner Moscheeverein wegen Subventionsbetrugs bei Corona-Hilfen

Wegen Subventionsbetrugs im Zusammenhang mit Corona-Hilfen ist das Berliner Landeskriminalamt gegen einen Moscheeverein, einen Verein für kulturelle Interaktion und deren Verantwortliche vorgegangen. Drei Beschuldigte sollen teilweise in eigenen Namen und zum Teil für die Vereine unberechtigt insgesamt 47.000 Euro beantragt und erhalten haben, wie die Berliner Ermittler am Donnerstag mitteilten. Bei einer Razzia seien in Reinickendorf, Wedding, Gesundbrunnen, Spandau und Kreuzberg

insgesamt fünf Durchsuchungsbeschlüsse sowie ein Arrestbeschluss vollstreckt worden.

14:09

Prinz Harry fordert mehr Corona-Impfstoff für ärmere Länder

Prinz Harry (36) hat die Staatengemeinschaft mit Nachdruck zu mehr Corona-Impfungen in ärmeren Ländern aufgefordert. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung habe bereits mindestens eine Impfung erhalten, sagte der Enkel von Queen Elizabeth II. bei einer Veranstaltung am Mittwochabend. „Das klingt nach einer großen Leistung, und das ist es in vielerlei Hinsicht auch, aber es gibt eine große Diskrepanz zwischen den Menschen, die Zugang zu Impfstoffen haben und denen, die keinen haben.“ Harry betonte: „Weniger als 2 Prozent der Menschen in den Entwicklungsländern haben zu diesem Zeitpunkt eine erste Dosis erhalten.“

13:10



Bildungsministerin plädiert für Beibehaltung der Maskenpflicht an Schulen

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) spricht sich gegen eine Lockerung der Maskenpflicht an Schulen aus. „Wenn wir die Maskenpflicht beibehalten, dann werden wir es auch schaffen, den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten. Und das ist doch das Ziel“, sagt Karliczek in der RTL/ntv-Sendung „Frühstart“.

Karliczek kann sich auch eine Verkürzung der Quarantäneregeln an Schulen und Kitas vorstellen. Zwei Wochen Quarantäne seien sehr lang. Wenn es „gute Gründe gibt, einzelne nach einigen Tagen mit einer Testung wieder aus der Quarantäne zu entlassen, dann kann das eine Alternative sein.“

Auch Kassenärzte-Chef Andreas Gassen hält die Quarantänepflicht für ganze Klassen und Jahrgangsstufen für überzogen. „Die Schäden, die Kinder bei Wechselunterricht und langen Quarantänezeiten nachweislich erleiden, sind wohl weitaus größer als die möglichen Risiken durch Long-Covid-Symptome, die bislang nur vereinzelt auftreten,

und die in ihrer Relevanz noch wissenschaftlich untersucht werden müssen“, sagt der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) der „Rheinischen Post“ (Donnerstagsausgabe). Long Covid sei „kein Massenphänomen“ bei 14 Millionen Minderjährigen.

Trotz steigender Infektionszahlen unter jungen Menschen sieht auch der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) keinen Anlass zur Sorge. „Wir sehen zwar etwas vermehrt Corona-Fälle bei Kindern und Jugendlichen“, sagt Verbandssprecher Jakob Maske dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Es seien jedoch keine gehäuften Krankheitsraten oder mehr schwere Verläufe festzustellen.

10:45



Drosten rechnet mit erneuten Kontaktbeschränkungen für alle

Der Berliner Virologe Christian Drosten rechnet fest damit, dass im Herbst wieder gesamtgesellschaftliche Kontaktbeschränkungen nötig werden. Dabei berief er sich im Deutschlandfunk auf eine Modellierung des Robert-Koch-Instituts.

Er mahnte mit Blick auf die Delta-Variante zu mehr Tempo bei den Impfungen. „Mit dieser Impfquote können wir nicht in den Herbst gehen, das reicht absolut nicht aus.“ Corona-Tests allein seien keine Alternative. Sie seien nur ein Behelfsmittel gewesen, solange es noch keinen Impfstoff gegeben habe. „Jetzt nimmt die Bevölkerung die Impfung nicht an, das ist ein großes Problem.“

Weitere Schulschließungen könne man Kindern nicht zumuten. Es müsse aber verhindert werden, dass es zu einem exponentiellen Anstieg der Infektionen in dieser nicht geschützten Altersgruppe komme.

10:43

Virologe Streeck sieht 2G-Regel kritisch

Der Bonner Virologe Hendrik Streeck hat sich gegen 2G-Begrenzungen ausgesprochen, nach denen nur noch Geimpfte und Genesene bestimmte Angebote nutzen können. Getestete auszuschließen „ist weder sozial noch medizinisch sinnvoll“, sagte Streeck

der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Donnerstag). „2G mag in der Theorie einen Effekt haben. Es wird aber in der Realität nicht bewirken, was man auf dem Rechenschieber sehen mag.“

Streeck sieht die Gefahr, dass es mehr unkontrollierte und unkontrollierbare Ausbrüche im privaten Bereich geben würde, die dann auch nicht getestet würden. „Es ist doch nicht so, dass Menschen, die nicht geimpft oder genesen sind, nur noch frustriert alleine zu Hause sitzen und kein soziales Leben mehr haben“, fügte der Virologe hinzu.

10:42

Sachsen-Anhalt weiterhin mit bundesweit niedrigster Inzidenz

Sachsen-Anhalt ist weiterhin das Bundesland mit der niedrigsten Corona-Inzidenz. Das Robert Koch-Institut (RKI) gab die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen mit 18,9 an und damit etwas höher als am Vortag (16,9).

06:02

Thailand: Regierung plant weiter Öffnung vieler Provinzen ab Oktober

Trotz weiterhin hoher Corona-Zahlen will die Regierung in Thailand an einer weitgehenden Öffnung des Landes für den Tourismus ab Oktober festhalten. Nachdem die größten Inseln Phuket und Ko Samui bereits seit Juli wieder vollständig geimpfte Gäste empfangen, sollen ab 1. Oktober unter anderem die Hauptstadt Bangkok und die Provinz Chon Buri mit dem beliebten Badeort Pattaya folgen. Auch das kulturelle Zentrum Chiang Mai im Norden und Prachuap Khiri Khan mit dem Ort Hua Hin, der Sommerresidenz der thailändischen Königsfamilie, sollen dann öffnen.

Mitte Oktober würden voraussichtlich weitere 21 Provinzen des südostasiatischen Landes folgen, zitierte die Zeitung „Bangkok Post“ am Donnerstag Tourismusminister

Phiphat Ratchakitprakarn. „Die Regierung besteht auf ihrem Plan, diese Gebiete zu öffnen“, sagte er.

05:27

Australien: Victoria mit höchster Corona-Fallzahl seit einem Jahr

Der australische Bundesstaat Victoria mit der Metropole Melbourne kämpft trotz eines seit einem Monat geltenden strikten Corona-Lockdowns weiter gegen die Ausbreitung der Delta-Variante. Am Donnerstag meldeten die Behörden 176 Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden – so viele, wie seit einem Jahr nicht mehr. Die meisten Fälle wurden rund um die Millionenstadt Melbourne verzeichnet.

Die Regionalregierung hat den strikten Lockdown bis mindestens 23. September verlängert. Dann sollen 70 Prozent der 6,6 Millionen Einwohner mindestens eine Impfdosis erhalten haben. In weiten Teilen der Region würden die Beschränkungen aber wahrscheinlich bis Oktober bestehen bleiben, sagte Regionalpremierminister Daniel Andrews. Es ist bereits der sechste Lockdown in Victoria.

04:29

RKI: Bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz steigt auf 76,9

Die bundesweite Sieben-Tage-Inzidenz bei den Corona-Neuinfektionen ist weiter gestiegen und liegt nun bei 76,9. Wie das Robert Koch-Institut (RKI) am Donnerstagmorgen unter Berufung auf Angaben der Gesundheitsämter meldete, wurden binnen 24 Stunden 13.715 Neuinfektionen und 33 Todesfälle registriert.

Die Inzidenz steigt seit Wochen kontinuierlich an. Deutschland befindet sich nach Einschätzung des RKI inzwischen am Beginn der vierten Corona-Welle.

Die Gesamtzahl der verzeichneten Corona-Ansteckungen in Deutschland seit Beginn der Pandemie erhöhte sich nach RKI-Angaben auf 3.970.102, die der Todesfälle auf insgesamt 92.256. Die Zahl der Genesenen beträgt laut RKI rund 3.750.700.

Lauterbach dringt auf schnelle Stiko-Empfehlung zu Boostern

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach fordert eine schnelle Empfehlung der Ständigen Impfkommission (Stiko) für die Auffrischungsimpfung gegen Covid-19. „Ich halte es für unerlässlich, dass wir eine klare Empfehlung für die dritte Impfung seitens der Stiko jetzt bekommen“, sagt Lauterbach der Zeitung „Rheinische Post“ (Donnerstagsausgabe). Dabei sprach sich Lauterbach für zielgenaue Drittimpfungen aus. „Wird die Impfung unnötigerweise bei Niedrigrisiko-Vorgeimpften und Jüngeren gemacht, verschwenden wir nicht nur Impfstoff, der in anderen Ländern benötigt würde, sondern haben auch keine zusätzliche Wirkung des Impfstoffes zu erwarten.“

02:08



Kassenärzte-Chef rechnet mit Ende der Corona-Pandemie im Frühjahr 2022

Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, rechnet mit einem baldigen Ende der Corona-Pandemie. „Ich gehe davon aus, dass im Frühjahr 2022 Schluss sein wird mit Corona“, sagte Gassen der „Rheinischen Post“ (Donnerstagsausgabe). Diese Einschätzung werde auch von renommierten Wissenschaftlern geteilt. Bis zum Frühjahr werde die Impfquote weiter ansteigen und vor allem auch die Zahl der Genesenen mit Antikörpern zunehmen. „Einschränkungen werden dann wohl gänzlich unnötig werden“, sagte Gassen.

„Im Herbst werden die Infektionszahlen noch einmal ansteigen“, fügte der KBV-Vorsitzende hinzu. Dennoch sehe er „in der Ärzteschaft keine großen Sorgen, dass das Gesundheitssystem noch kollabieren könnte. Die Zahl schwerer Erkrankungen wird deutlich unter dem Niveau des letzten Winters bleiben. Etwas mehr Gelassenheit wäre also angebracht, ohne leichtsinnig zu werden“, sagte der Mediziner.

01:13

Zeitung: Jedes zehnte Kind in Hartz IV ohne Corona-Freizeitbonus

Jedes zehnte Kind in Hartz IV muss einem Zeitungsbericht zufolge ohne den für ärmere Familien gedachten Corona-Freizeitbonus auskommen. Rund 190.000 Kinder und Jugendliche hätten keinen Anspruch auf die staatliche Einmalzahlung von 100 Euro, obwohl sie in einem Hartz-IV-Haushalt leben, berichten die Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstag) unter Berufung auf eine Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion.

Ein Hauptgrund ist demnach, dass der Bonus nicht für ärmere Kinder und Jugendliche gezahlt wird, die in einem Hartz-IV-Haushalt leben und staatlichen Unterhaltsvorschuss erhalten. Diese Zahlung ist für Minderjährige vorgesehen, die bei einem getrennt lebenden Elternteil in Hartz IV wohnen.

01:12

Kindermediziner erwarten Corona-Impfstoff für Säuglinge

Kindermediziner rechnen mit Corona-Impfstoffen sogar für Säuglinge ab 2022. „Wir gehen fest davon aus, dass es ab kommendem Jahr Impfstoffe für alle Altersklassen geben wird, sogar zugelassen bis hin zu Neugeborenen“, sagt der Münchner Pädiater Florian Hoffmann, Oberarzt an der Kinderklinik der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstagsausgaben). Bereits zum Ende dieses Jahres seien Impfstoffe für Kinder unter zwölf Jahren zu erwarten.

00:23

Ärztepräsident gegen Auffrischungsimpfungen ohne Stiko-Empfehlung

Ärztepräsident Klaus Reinhardt kritisiert das Vorgehen der Gesundheitsminister von Bund und Ländern, Auffrischungsimpfungen für Senioren und Immungeschwächte ohne entsprechende Empfehlung der Ständigen Impfkommission (Stiko) anzubieten. „Es

spricht theoretisch einiges dafür, dass eine Auffrischimpfung für Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen, mit einem geschwächten Immunsystem sowie für Hochbetagte sinnvoll sein kann“, sagt Reinhardt dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Donnerstag). Insgesamt fehlten aber noch aussagekräftige Studien, ob, wann und für wen eine Boosterimpfung angezeigt sei. Es sei also von der Politik eine Erwartungshaltung bei den Patienten geschürt worden, die viele Ärztinnen und Ärzte ohne eine wissenschaftlich fundierte Impfempfehlung nicht bedienen wollen. „Ich halte es deshalb für einen Fehler, dass Bund und Länder in der Breite Auffrischungsimpfungen angekündigt haben, ohne eine entsprechende Empfehlung der Stiko abzuwarten.“

00:14

Kurz vor Anpfiff: Schweizer Xhaka positiv auf Coronavirus getestet

Der Schweizer Nationalmannschaftskapitän Granit Xhaka ist kurz dem Anpfiff des Testspiels gegen Griechenland positiv auf das Coronavirus getestet worden. Das teilte der Schweizer Verband am Mittwochabend mit. „Bei Xhaka wurden am Morgen des Spiels Symptome festgestellt, worauf er umgehend in seinem Zimmer isoliert wurde“, teilte der SFV mit. Ein Schnelltest beim 28-Jährigen war zunächst negativ ausgefallen, „der anschließend sicherheitshalber vorgenommene PCR-Test lieferte am Abend ein positives Resultat zutage“, hieß es.

Der in England für den FC Arsenal spielende Xhaka war den ganzen Tag ohne Kontakt zu seinen Teamkollegen geblieben. Da alle Schweizer Nationalspieler „entweder geimpft oder genesen sind“ ordnete der Kantonsarzt des Kantons Baselland keine weiteren Maßnahmen an.

Am Donnerstag soll ein weiterer PCR-Test vorgenommen werden. Danach dürfte auch klar sein, ob Xhaka am Sonntag im Spiel der WM-Qualifikation gegen Europameister Italien dabei sein kann.

01.09.2021

23:49

Moderna reicht bei US-Behörde Daten für Auffrischungsimpfung ein

Der amerikanische Impfstoffhersteller Moderna hat bei der US-Arzneimittelbehörde FDA erste Daten für die Prüfung einer Auffrischungsimpfung eingereicht. Die Booster-Impfung rufe eine robuste Antikörperreaktion auf die Delta-Variante hervor, teilt Moderna-Chef Stephane Bancel mit. Das Unternehmen wolle die Daten auch der europäischen Behörde EMA in den nächsten Tagen übermitteln. Mitte August hatte die FDA eine dritte Moderna-Impfung für Menschen mit einem geschwächten Immunsystem genehmigt.

23:47

Bericht: Seit März mehr als 15 Millionen Corona-Impfdosen in den USA weggeworfen

In den USA sind einem Medienbericht zufolge seit März mehr als 15 Millionen Corona-Impfdosen weggeworfen worden. Wie der Sender NBC am Mittwoch unter Berufung auf Daten der Gesundheitsbehörden berichtete, sind die Gründe für die Verschwendung vielfältig. Neben zerbrochenen Ampullen, kaputten Gefrierschränken und Fehlern bei der Verdünnung des Impfstoffs kommt es demnach auch vor, dass aufbereitete Impfdosen übrig bleiben und dann nach einigen Stunden entsorgt werden müssen.

Die Zahl der weggeworfenen Impfdosen ist deutlich höher als gedacht – und die Dunkelziffer könnte sogar noch höher sein. Laut NBC wurden die Zahlen von Bundesstaaten und Apotheken gemeldet. Mindestens sieben Bundesstaaten und mehrere Bundesbehörden fehlen aber in der Statistik.

21:48

Paramount verschiebt Start von Tom-Cruise-Filmen wegen Delta-Welle

Angesichts steigender Fallzahlen verschiebt Paramount Pictures den Start von gleich zwei Filmen des US-Stars Tom Cruise. „Top Gun: Maverick“ solle nun im Mai und „Mission: Impossible 7“ im September 2022 herauskommen, teilt ein Sprecher mit. Die bereits mehrfach verschobene „Top Gun“-Fortsetzung war zuletzt für den 19. November angesetzt und sollte kurz vor Thanksgiving die diesjährige Feiertags-Kinosaison einleiten. Der neue Termin am 27. Mai war eigentlich dem zweiten Film zugedacht, der nun deswegen auf den 30. September ausweichen muss. Kinoketten wie AMC Entertainment, Cineworld und Cinemark Holdings hoffen, dass derartige Blockbuster die Zuschauer wieder in ihre Säle anlocken können.

20:56

Spanien erreicht Impfquote von 70 Prozent

In Spanien sind 70 Prozent der Bevölkerung vollständig gegen das Coronavirus geimpft. Mehr als 66 Millionen Impfdosen seien verabreicht worden, teilt das Gesundheitsministerium mit. Rund 77 Prozent der Bevölkerung seien teilweise immunisiert.

18:18

Portugal lockert Corona-Einreisebeschränkungen für Briten und Brasilianer

Portugal lockert seine Corona-Einreisebeschränkungen für Reisende aus Großbritannien und Brasilien. Flugreisende, die sich vor dem Abflug in Großbritannien oder Brasilien aufgehalten haben, müssen seit Mittwoch nicht mehr in Quarantäne, wie das Innenministerium mitteilte. Aufgehoben wurde zudem das Einreiseverbot für brasilianische Touristen.

17:52

Schulen in Niedersachsen starten mit Tests und Maskenpflicht

Niedersachsens Schüler starten nach den Sommerferien am Donnerstag ins neue Schuljahr. Sie müssen sich auf tägliche Corona-Tests und eine Maskenpflicht im Unterricht einstellen. Beginnen soll das Schuljahr aber überall im Regelbetrieb („Szenario A“). Ziel sei es, so viel Normalität in der Schule zu bieten wie möglich, hatte Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) kurz vor Schulbeginn gesagt.

Bis zum 10. September müssen sich Schüler an jedem Tag vor der Schule „freitesten“. Danach soll auf drei Tests pro Woche umgestellt werden, das Kultusministerium setzt dabei auf Selbsttests. Ausgenommen von der Testpflicht sind vollständig Geimpfte oder Genesene. Für alle Schüler gilt eine Maskenpflicht im Unterricht. Regelmäßige „Maskenpausen“ insbesondere an den Grund- und Förderschulen sollen in den Tagesablauf integriert werden.

16:59



Nordkorea lehnt nach Unicef-Angaben drei Millionen Impfdosen ab

Nordkorea weist dem UN-Kinderhilfswerk Unicef zufolge ein Angebot über rund drei Millionen Dosen des chinesischen Impfstoffes von Sinovac Biotech zurück. Die Führung in Pjöngjang begründe ihre Ablehnung damit, dass der Impfstoff an Länder gegeben werden solle, die von der Corona-Pandemie schwer getroffen seien.

Die Dosen sollten über das von Unicef verwaltete Covax-Programm für ärmere Länder an Nordkorea gehen. Der weitgehend isolierte Staat hat bislang keine Corona-Fälle gemeldet und strikte Beschränkungen des öffentlichen Lebens verhängt. Unter anderem wurden die Grenzen geschlossen und Reisen im Inland begrenzt.

16:53

Impfpflicht für griechisches Gesundheitspersonal tritt in Kraft

Beschäftigte im Gesundheitssektor in Griechenland müssen sich ab Mittwoch gegen das Coronavirus impfen lassen. Rund 10.000 Angestellten, die noch nicht geimpft sind,

droht deshalb nun die Entlassung, wie der Verband der Beschäftigten in öffentlichen Krankenhäusern mitteilte. Das sind rund zehn Prozent des gesamten Gesundheitspersonals des Landes. Die Wirtschaftszeitung „Naftemporiki“ schätzte, dass alleine den Rettungsdiensten 1245 Mitarbeiter verloren gehen könnten.

16:07

Luxemburg will Corona-Regeln verlängern

Die Corona-Vorschriften sollen in Luxemburg bis zum 18. Oktober verlängert werden. Das kündigte Premierminister Xavier Bettel nach einer Sitzung des Regierungsrates an. „Das Virus ist während des Sommers nicht verschwunden“, sagte er. Die Zahl der Neuinfektionen steige wieder leicht. „Wir dürfen nicht meinen, dass das Spiel schon gewonnen ist für die nächsten Wochen.“ Das neue Covid-Gesetz werde mit leichten Änderungen im Parlament eingebracht, sagte Bettel. Dazu gehöre, dass bei jedem Besuch im Krankenhaus der sogenannte 3G-Covid-Check verlangt werde: Das heißt, man muss nachweisen, dass man geimpft, genesen oder getestet ist. Bettel kündigte zudem an, dass die bisher kostenlosen PCR-Tests vom 15. September an selbst bezahlt werden müssen. Die Regelungen ähneln damit denen in Deutschland.

16:05

Auffrischungsimpfungen gegen Corona in MV gestartet

In Mecklenburg-Vorpommern haben am Mittwoch die Drittimpfungen gegen Covid-19 begonnen. Im Landkreis Nordwestmecklenburg verabreichte der Hausarzt Fabian Holbe in seiner Praxis in Neuburg die ersten „Booster“-Impfungen an ein über 80-jähriges Ehepaar, wie der Landkreis mitteilte.

15:24

WHO-Frühwarnzentrum für Pandemien in Berlin eingeweiht

Zur besseren Vorbereitung auf künftige Pandemien hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Berlin ein Pandemiefrühwarnzentrum geschaffen. Das Zentrum wurde am Mittwoch von Bundeskanzlerin Angela Merkel und WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus eingeweiht. Es soll Milliarden Daten über Tiergesundheit, Krankheiten, Bevölkerungsbewegungen Klimawandelfolgen und vieles mehr verarbeiten. Darin sollen Muster frühzeitig erkannt und anhand von Computermodellen Bedrohungsszenarien erstellt werden.

Ziel ist es, bei einer neuen Pandemie viel früher als bei Corona Maßnahmen umzusetzen, damit ein Erreger sich möglichst nicht auf der ganzen Welt verbreitet. Erster Direktor ist der in Deutschland geborene nigerianische Epidemiologe Chikwe Ihekweazu, der zurzeit die Gesundheitsbehörde Nigerias leitet. Das Zentrum startet auf dem Gelände der Charité, einem der Gründungspartner, und soll künftig einen eigenen Campus in Kreuzberg erhalten, wie die WHO mitteilte.

14:42

Verdi kündigt Widerstand gegen „Impfpflicht durch die Hintertüre“ an

Die Gewerkschaft Verdi hat Widerstand gegen einen möglichen Rechtsanspruch für Arbeitgeber auf Auskunft über den Impfstatus von Beschäftigten angekündigt. „Wir werben dafür, dass sich Beschäftigte impfen lassen, es darf aber keine Impfpflicht durch die Hintertüre geben“, sagte Verdi-Chef Frank Werneke der Deutschen Presse-Agentur. „Für Beschäftigte darf nicht aus „3G“ einfach „2G“ gemacht werden. Das stößt auf unseren entschiedenen Widerstand.“ Die Möglichkeit etwa, Zugang zu Innenräumen durch Vorlage eines negativen Tests zu erhalten, dürfe nicht ausgehebelt werden. Die Tests seien dabei weiter durch die Arbeitgeber zu finanzieren.

14:27

Bayerische Krankenhaus-Ampel steht auf Grün

Die neue bayerische Krankenhaus-Ampel, die für eine mögliche Verschärfung von Anti-Corona-Maßnahmen entscheidend ist, steht derzeit klar auf Grün. Auf Gelb würde sie springen, wenn bayernweit binnen sieben Tagen mehr als 1200 Patienten mit einer

Corona-Erkrankung neu in Krankenhäuser aufgenommen werden müssten. Dieser Wert liegt laut Gesundheitsministerium aktuell bei 232. Auf Rot würde die Ampel schalten, wenn mehr als 600 Corona-Patienten auf Intensivstationen in Bayern liegen – das sind im Moment 169.

13:41

Frankreich startet mit Auffrischungsimpfungen für ältere Personen

Frankreich hat mit Auffrischungsimpfungen gegen das Coronavirus für Personen über 65 und Menschen mit Vorerkrankungen begonnen. Wer vollständig mit dem Impfstoff von BioNTech und Pfizer oder dem von Moderna geimpft ist, kann frühestens sechs Monate nach der Zweitimpfung eine dritte Spritze bekommen. Diejenigen, die den Impfstoff von Johnson & Johnson erhalten haben, der mit nur einer Impfung verabreicht wird, können frühestens vier Wochen danach eine Auffrischung mit BioNTech oder Moderna bekommen.

13:38

Regierung prüft Auskunftspflicht von Beschäftigten zum Impfstatus

Regierungssprecher Steffen Seibert sagt, es werde geprüft, ob Arbeitgeber ein Recht bekommen sollen, bei ihren Mitarbeitern den Impfstatus abzufragen. „Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Auskunft.“ Es gebe Argumente dafür und dagegen. „Wir sind jetzt in der Prüfung.“ Zum Zeitplan will Seibert nichts sagen.

13:26



Thüringen droht Eltern ungetesteter Schüler mit Bußgeld von bis zu 250 Euro

In der Corona-Pandemie droht Thüringer Eltern, deren Kinder ungetestet in die Schule kommen, künftig ein Bußgeld zwischen 60 und 250 Euro. Das gilt nicht für

Eltern geimpfter oder genesener Kinder und Jugendlicher, wie Bildungsminister Helmut Holter (Linke) in Erfurt mitteilte. Geplant ist demnach, dass das Vergehen als Ordnungswidrigkeit eingestuft wird.

Nach der 14-tägigen Testphase, die Holter als Sicherheitspuffer bezeichnet, soll es diese Testpflicht nur in der höchsten Corona-Warnstufe 3 des Freistaates geben. Ausschlaggebend für das Erreichen einer Warnstufe ist in Thüringen neben der Sieben-Tage-Inzidenz unter anderem auch die Belegung der Intensivbetten in Krankenhäusern. Die Schule beginnt im Freistaat am Montag.

Holter sagte, dass das Bußgeld für die Eltern, die ihre Kinder nicht testen lassen wollten, gestaffelt berechnet werden solle. Demnach sollen bei wiederholtem Vergehen höhere Strafen drohen. An den Details werde aber noch gearbeitet.

13:14

Bundeswehr will Sachsen-Anhalt bei Pandemiebekämpfung weiter helfen

Die Bundeswehr will in Sachsen-Anhalt weiter bei der Pandemiebekämpfung anpacken. Aktuell seien insgesamt 90 Soldaten in diesem Bereich abgestellt, teilte ein Sprecher des Landeskommmandos mit. Sie unterstützten in erster Linie die Impfzentren, hieß es.

12:53

Indische Schulen öffnen schrittweise wieder

Trotz steigender Corona-Fallzahlen erlaubt Indien Schülern die Rückkehr in die Klassenzimmer. In der Hauptstadt Neu Delhi konnten am Mittwoch zunächst Kinder der neunten bis zwölften Klassen wieder zur Schule gehen, wenn sie und ihre Eltern das wollten. Eine Verpflichtung zum Erscheinen im Unterricht gab es nicht.

Schulen und Hochschulen in mindestens sechs weiteren Unionsstaaten sollten stufenweise im Verlauf des Septembers öffnen. Für alle galten Hygienemaßnahmen. In Neu Delhi müssen alle Mitarbeiter gegen das Coronavirus geimpft sein, die Klassen dürfen nur zur Hälfte belegt werden. Einige Eltern kündigten dennoch an, ihre Kinder aus Sorge vor einer Infektion vorerst nicht in den Unterricht schicken zu wollen.

Die Zahl der täglichen Neuinfektionen in Indien ist seit dem Höchststand von mehr als 400.000 im Mai stark zurückgegangen. Doch am Samstag wurden landesweit 46.000 neue Fälle gemeldet, das war der höchste Stand seit fast zwei Monaten.

12:39

Athen besteht auf Impfpflicht im Gesundheitssektor - Proteste

In Griechenland ist am Mittwoch die verpflichtende Frist für Krankenhauspersonal, sich gegen Corona impfen zu lassen, abgelaufen. Athen hatte dies gesetzlich festgelegt. Wer die Impfung weiterhin verweigert, könnte vom Dienst suspendiert werden und keinen Lohn bekommen. „Das Gesetz wird Anwendung finden“, sagte der Gesundheitsminister Thanos Plevris im Staatsfernsehen. Zunächst gab es keine Informationen, ob Impfverweigerer vom Dienst suspendiert wurden.

Dennoch zeigten sich am Mittwoch manche Gegner des Vorhabens hart: Einige Dutzend von ihnen demonstrierten vor den Eingängen von Krankenhäusern in Athen und Thessaloniki, wie das Fernsehen zeigte. „Keine Impfpflicht“, skandierten sie.

12:16

Grüne fordern PCR-Tests für Lehrer und Schüler zu Schuljahresbeginn

Den Grünen geht das Corona-Testkonzept an den bayerischen Schulen zum Schuljahresstart nicht weit genug – sie fordern zu Beginn flächendeckend PCR-Tests für alle Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, die nicht geimpft und genesen sind. Er frage sich, warum das Schuljahr nicht gut vorbereitet werde, mit einem „richtig guten Testkonzept“, sagte Landtagsfraktionschef Ludwig Hartmann im Landtag in München. PCR-Tests können Corona-Infektionen zuverlässiger nachweisen als Antigen-Schnelltests.

dpa/Reuters/AP/AFP/epd/jm/gub/jmi/cwu/mre/säd/jr/sebe/coh/ll/kami/krö/krott/grs/vu/do/dp/saw/mhe

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/230889917>